



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Digitale politische Partizipation in Österreich. Vergleichende Analyse der User:innen von „meineabgeordneten.at“ mit allgemeinen Wähler:innen

verfasst von | submitted by

Julian Sarwat BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Dr. David Campbell Privatdoz.

Abstract

Diese Masterarbeit untersucht die Auswirkungen der Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ auf das politische Partizipationsverhalten in Österreich. Dabei lautet die zentrale Forschungsfrage: Wodurch unterscheiden sich Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ in der grundsätzlichen Ausprägung und Gründen ihrer Partizipation? Durch eine quantitative Befragung von Plattformnutzenden und einer Kontrollgruppe werden sechs Hypothesen zu politischen Aktivitäten, Partizipationsmotiven, wahrgenommener Repräsentativität und politischer Selbstwirksamkeit sowie zum Einfluss soziodemografischer Merkmale und sozialer Netzwerke auf das politische Engagement getestet. Weiters werden die Ergebnisse auch mit anderen repräsentativen Sekundärdaten zum österreichischen Elektorat verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Nutzung der Plattform signifikant mit einer erhöhten politischen Aktivität und einem stärkeren Gefühl der Selbstwirksamkeit verknüpft ist. Nutzende der Plattform beteiligen sich häufiger an politischen Diskussionen, unterschreiben Petitionen und fühlen sich befähigter, politische Veränderungen herbeizuführen. Darüber hinaus weisen Plattformnutzende tendenziell keine linksgerichtete politische Orientierung auf. Höheres Bildungsniveau und ein überdurchschnittliches Einkommen als positive Prädiktoren für die Nutzung identifiziert wurden. Zudem zeigen die Analyse, dass soziales Kapital, gemessen an der aktiven Teilnahme in sozialen Netzwerken und am Vertrauen in Mitmenschen, die politische Teilhabe und das Interesse an Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ verstärkt. Die Befragten, die eine starke politische Vernetzung aufweisen, nutzen die Plattform häufiger, was darauf hindeutet, dass soziale Unterstützung und ein weites Informationsnetzwerk eine Rolle bei der Nutzung digitaler politischer Tools spielen können. Diese Studie unterstreicht die zunehmende Bedeutung digitaler Plattformen für die Förderung politischer Partizipation in modernen Demokratien. Sie liefert wertvolle Einblicke in die Mechanismen, durch die digitale Tools das politische Engagement fördern und zeigt auf, wie technologische Innovationen dazu beitragen können, das demokratische Bewusstsein und die politische Involvierung der Bürger zu stärken.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	6
1.1 PROBLEMSTELLUNG.....	6
1.2 ZIELSETZUNG.....	13
1.3 VORGEHENSWEISE	15
1.4 POLITISCHE RELEVANZ	17
1.5 BEGRIFFSDEFINITION POLITISCHER PARTIZIPATION	18
2. THEORETISCHER RAHMEN	21
2.1 AKTUELLER STAND DER FORSCHUNG	21
2.2 PARTIZIPATION IN ÖSTERREICH.....	67
2.3 NUTZUNGSMUSTER UND -HÄUFIGKEIT DER PLATTFORM „MEINEABGEORDNETEN.AT“	80
3. METHODIK.....	82
3.1 FORSCHUNGSDESIGN	82
3.2 FORSCHUNGSINTERESSE	89
3.3 HYPOTHESEN.....	90
4. AUSWERTUNG	92
4.1 DESKRIPTIVE ANALYSE	92
4.2 VERGLEICH MIT ÖSTERREICHISCHEM ELEKTORAT	109
4.3 INFERENZANALYSE	139
5. DISKUSSION	151
5.1 WICHTIGSTE ERGEBNISSE	151
5.2 BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGE	153
5.3 FAZIT	159
5 AUSBLICK	159
6 LITERATURVERZEICHNIS.....	164
7 APPENDIX.....	174

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Partizipationspyramiede (Quelle: Milbrath und Goel, 1977, p.18).....	31
Abbildung 2: Kategorisierung der Aktivitäten von Partizipation (Quelle: Deth, et al., 2007, S.202)	62
Abbildung 3: Partizipationsausprägung österreichisches Elektorat (Quelle: SORA-Demokratiemonitor 2022)	69
Abbildung 4: Zustimmung politisches System Österreich (Quelle: SORA-Demokratiemonitor 2021).....	71
Abbildung 5: Sozio-Ökonomie und Partizipation (Quelle: SORA, 2020).....	73
Abbildung 6: Diskussion und Partizipation (Quelle: SORA, 2020)	76
Abbildung 7: Überblick über das Forschungsdesign (Quelle: Erstellt durch Autor)	84
Abbildung 8: Frage 1: Teilnahme an Wahlen (Single Choice) (Quelle: Fragebogen).....	85
Abbildung 9: Frage 4: Zugehörigkeit zu politischer Partei (Multiple Choice) (Quelle: Fragebogen).....	85
Abbildung 10: Frage 6: Selbsteinordnung politische Skala (Rating Scala) (Quelle: Fragebogen)	85
Abbildung 11: Frage 8: Alter (Zahleneingabe) (Quelle: Fragebogen).....	86
Abbildung 12: Frage 13: Vertrauen in Institutionen (Frage-Matrix) (Quelle: Fragebogen).....	86
Abbildung 13: Frage 16: Politische Selbstwirksamkeit (5-Skaliert) (Quelle: Fragebogen)	86
Abbildung 14: Stichproben (Quelle: Erstellt durch Autor)	87
Abbildung 15: Soziodemografische Merkmale (Quelle: Erstellt durch Autor)	96
Abbildung 16: Vergleich der Nutzenden und Kontrollgruppe (Quelle: Erstellt durch Autor)	98
Abbildung 17: Vertrauen in politische Institutionen allgemein (Quelle: Erstellt durch Autor)....	99
Abbildung 18: Vertrauen in Institutionen nach Gruppe (Quelle: Erstellt durch Autor)	99
Abbildung 19: Selbstwirksamkeit und politische Effektivität (Quelle: Erstellt durch Autor)	102
Abbildung 20: Deskriptive Tabelle der politischen Gemeinschaftsidentifikation und Zugehörigkeit (Quelle: Erstellt durch Autor).....	103
Abbildung 21: Häufigkeit der politischen Diskussion in sozialen Medien oder online Foren (Quelle: Erstellt durch Autor)	104
Abbildung 22: Übersicht über ausgewählte partizipatorische Merkmale (Quelle: Erstellt durch Autor)	107

Abbildung 23: Politische Partizipation und Engagement (Quelle: Erstellt durch Autor)	110
Abbildung 24: Vertrauen in Institutionen (Quelle: Erstellt durch Autor)	111
Abbildung 25: Zufriedenheit mit dem politischen System (Quelle: Erstellt durch Autor)	113
Abbildung 26: Sozio-Ökonomische Faktoren im Vergleich zum Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)	116
Abbildung 27: Teilnahme an politischen Aktivitäten. Gegenüberstellung von Nutzer*innen, Kontrollgruppe und dem Elektorat. (Quelle: Erstellt durch Autor)	120
Abbildung 28: Parteimitgliedschaft im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)	120
Abbildung 29: Parteizugehörigkeit im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)	121
Abbildung 30: Teilnahme an politischen Versammlungen, Diskussionsgruppen oder Treffen im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)	122
Abbildung 31: Politische Selbstverortung im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)	123
Abbildung 32: Durch politische Aktivitäten an Gleichgesinnte gebunden (Quelle: Erstellt durch Autor)	123
Abbildung 33: Zugehörigkeit zu politischer Gruppe (Quelle: Erstellt durch Autor)	124
Abbildung 34: Vertrauen in den Bundespräsidenten (Quelle: Erstellt durch Autor)	125
Abbildung 35: Vertrauen in das Parlament (Quelle: Erstellt durch Autor)	126
Abbildung 36: Vertrauen in die Bundesregierung im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	127
Abbildung 37: Vertrauen in politische Institutionen (Quelle: Erstellt durch Autor)	127
Abbildung 38: Vertrauen in die Polizei im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	128
Abbildung 39: Vertrauen in die Medien im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	129
Abbildung 40: Vertrauen in die Justiz im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	129
Abbildung 41: Der Staat bevormundet uns immer mehr im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	130
Abbildung 42: Gut situierte machen sich Politik aus Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	130

Abbildung 43: Behandelt wie Menschen zweiter Klasse Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	131
Abbildung 44: Menschen wie ich können in der Politik etwas bewirken im. Selbstwirksamkeit im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	132
Abbildung 45: Selbstwahrnehmung der Repräsentation im österreichischen Parlament im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	133
Abbildung 46: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems in Österreich im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)	134
Abbildung 47: Häufigkeit der Diskussion politischer Angelegenheiten (Quelle: Erstellt durch Autor)	134
Abbildung 48: Politische Aktivität (Quelle: Erstellt durch Autor)	136
Abbildung 50: Politische Selbstwirksamkeit (Quelle: Erstellt durch Autor)	136
Abbildung 52: Durchschnittliche Anzahl politischer Aktivitäten (Quelle: Erstellt durch Autor)	140
Abbildung 53: Regressionsanalyse 1 (Quelle: Erstellt durch Autor)	141
Abbildung 54: Modellzusammenfassung Regressionsanalyse (Quelle: Erstellt durch Autor)	142
Abbildung 55: Koeffizienten der Regressionsanalyse (Quelle: Erstellt durch Autor)	142
Abbildung 56: Selbstwirksamkeit und politische Effektivität (Quelle: Erstellt durch Autor)	145
Abbildung 57: Alter und Bildungsabschluss nach Nutzung (Quelle: Erstellt durch Autor)	147
Abbildung 58: Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen (Quelle: Erstellt durch Autor)	149
Abbildung 59: Unterschiede in der Nutzung verschiedener Partizipationsverfahren (Quelle: Erstellt durch Autor)	150
Abbildung 60: Forschungsleitungsfragen (Quelle: Erstellt durch Autor)	156

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Das Internet und seine neuen Formen der Online-Beteiligung gelten seit langem als vielversprechende Werkzeuge zur Stärkung der politischen Partizipation. In einer Zeit, in der viele politische Systeme unter einer Legitimationskrise leiden – gekennzeichnet durch zunehmende politische Apathie und erstarkende Protestbewegungen – gewinnen Online-

Partizipationsinstrumente besondere Aufmerksamkeit. Digitale Tools bieten potenziell neue Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger, die bisher wenig oder gar nicht politisch aktiv waren, zu mobilisieren (Mobilisierungsthese). Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, ob diese Instrumente nicht lediglich etablierten politischen Eliten neue Kanäle zur Einflussnahme eröffnen und deren Macht weiter verfestigen.¹ Werden diese Instrumente die Demokratie stärken können, indem sie bislang beteiligungsferne Gruppen mobilisieren (Mobilisierungsthese) oder werden sie lediglich den etablierten politischen Eliten neue Wege der Beteiligung eröffnen und deren Einfluss weiter festigen?² Es ist offenkundig, dass Online-Partizipation die traditionellen Formen der politischen Beteiligung – sei es repräsentativ, direktdemokratisch, deliberativ oder demonstrativ – ergänzt und mit ihnen interagiert. Dabei ist die Nutzung digitaler Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ keine exklusive Form der Partizipation, sondern wird, wie jede politische Aktivität, durch die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen der Gesellschaft geprägt. Diese Arbeit untersucht anhand der Theorien der Knowledge-Democracy und der Sozialkapitaltheorie, was die Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ zur politischen Partizipation motiviert und inwiefern ihre Beweggründe und ihr Engagement sich von denen der Durchschnittswählerschaft in Österreich unterscheiden. Dabei vergleicht die Studie Nutzer*innen der Plattform, sowohl mit einer Kontrollgruppe als auch mit repräsentativen Sekundärdaten des österreichischen Elektorats. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Fragen: Fördert die Nutzung der Plattform die politische Teilhabe und Selbstwirksamkeit? Unterscheiden sich die Partizipationsmotive der Plattformnutzer*innen von jenen der Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung? Und welche demografischen Merkmale korrelieren mit einer höheren Nutzung der Plattform?³

¹ Pippa Norris, *Driving Democracy: Do Power-Sharing Institutions Work?* / (Cambridge : Cambridge University Press, 2008), <https://doi.org/10.1017/CBO9780511790614>.

² Russell J. Dalton, *Democratic challenges, democratic choices: the erosion of political support in advanced industrial democracies*, Comparative politics (Oxford ; New York: Oxford University Press, 2004).

³ Manuel Castells, *The Rise of the Network Society*, Second edition, with a new preface, The Information Age / Manuel Castells Volume 1 (Chichester: Wiley-Blackwell, 2010), <https://doi.org/10.1002/9781444319514>; Robert D Putnam, „Bowling Alone: America’s Declining Social Capital“, *Journal of Democracy* 6, Nr. 1 (1995): 65–78.

Die Idee, dass sich Bürger*Innen in den demokratischen Entscheidungsprozess einbinden sollten, ist so alt wie die attische Demokratie. Perikles soll in seiner Grabrede im Peloponnesischen Krieg gesagt haben, dass eine Person, welche nicht an der Demokratie teilnimmt, ein „schlechter Mensch“⁴ ist. Etwas später definierte Abraham Lincoln Demokratie als, Regierung durch die Menschen, von den Menschen für die Menschen.⁵ In der Zeit der Massenparteien ersinnt Schumpeter dann einen etwas praktischeren Demokratiebegriff: die demokratische Methode ist jene Institutionelle Vorgehensweise, welche eine politische Entscheidung dadurch trifft, dass Individuen darüber abstimmen, welche wiederum durch einen kompetitiven Wettbewerb für Wählerstimmen bestimmt werden. Nun sehen wir, dass Demokratie meist durch Menschen und ihre unterschiedlich intensive, organisierte und formelle Teilnahme am politischen Prozess definiert wurde. Eine Frage, welche sich viele große Geister schon seit Anbeginn der Herrschaftsform Demokratie stellen, bleibt allerdings noch unbeantwortet: Wird Demokratie bessern, je mehr Menschen sich daran beteiligen?

Diese wenig banale Frage ist Gegenstand einer intensiven Debatte in der politischen Theorie und Praxis. Oft wird diese Diskussion im Kontext der politischen Partizipation und mit dem Konzept der "partizipativen Demokratie" geführt. Dabei gibt es die Schule der partizipativen Demokratie-Theorie, welche argumentiert, dass eine höhere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger die Qualität der Demokratie verbessert. Sie betont, dass eine breite Beteiligung die Legitimität von Entscheidungen erhöht, da sie den Willen einer größeren Bevölkerungsmehrheit widerspiegelt. Politische Theoretiker wie Carole Pateman haben die Idee der partizipativen Demokratie befürwortet.⁶ Robert Dahl, ein prominenter politischer Theoretiker, hat in seinem Konzept der "polyarchischen Demokratie" argumentiert, dass eine umfassende politische Beteiligung dazu beiträgt, die Machtbalance in einer Demokratie aufrechtzuerhalten und die Kontrolle über

⁴ Viktoria Kaina und Andrea Römmele, *Politische Soziologie: ein Studienbuch*, 1. Aufl (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, Wiesbaden, 2009).

⁵ Clarence Gohdes u. a., „The Collected Works of Abraham Lincoln.“, *American Literature* 25, Nr. 2 (Mai 1953): 254, <https://doi.org/10.2307/2921291>.

⁶ Carole Pateman, *Participation and Democratic Theory*, Reprinted (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2000).

politische Eliten zu gewährleisten⁷. Befürwortende der partizipativen Demokratien verwenden gerne die Schweiz als Beispiel für eine hohe politische Partizipation.⁸ Mit ihrem System von Volksinitiativen und Referenden haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, über eine breite Palette politischer Fragen abzustimmen. Dies hat dazu geführt, dass sich viele Schweizerinnen und Schweizer stärker in politischen Entscheidungsprozessen engagieren und eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen. Studien haben auch gezeigt, dass eine höhere politische Partizipation dazu beitragen kann, politische Korruption zu reduzieren und die politische Repräsentation zu verbessern. Länder mit höherer Bürgerbeteiligung neigen dazu, weniger korrupte Regierungen zu haben, da die Öffentlichkeit ein wachsames Auge auf politische Entscheidungsträger hat.⁹

„Strengthening relations with citizens is a sound investment in better policy-making and a core element of good governance. It allows governments to tap new sources of policy-relevant ideas, information and resources when making decisions. Equally important, it contributes to building public trust in government, raising the quality of democracy and strengthening civic capacity.“¹⁰

Zusätzlich müssen wir uns allerdings fragen, welche Rolle die Digitalisierung dabei spielt. Neben den klassischen Faktoren wie Öffentlichkeit, Macht und Medien, verflechten sich Einflüsse auf die Politik zusehens auch im Internet. An sich ist dies kein neuer Faktor per-se, jedoch beeinflusst das Internet die Demokratie dadurch, dass Gesellschaft auch dort stattfindet,

⁷ Robert A. Dahl, *Polyarchy: Participation and Opposition* / (New Haven : Yale University Press, 1971), <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=52899>.

⁸ Bo Rothstein und Jan Teorell, „What Is Quality of Government? A Theory of Impartial Government Institutions“, *Governance (Oxford)* 21, Nr. 2 (2008): 165–90, <https://doi.org/10.1111/j.1468-0491.2008.00391.x>.

⁹ Daniel Treisman, „The Causes of Corruption: A Cross-National Study“, *Journal of Public Economics* 76, Nr. 3 (2000): 399–457, [https://doi.org/10.1016/S0047-2727\(99\)00092-4](https://doi.org/10.1016/S0047-2727(99)00092-4).

¹⁰ OECD, *Focus on Citizens: Public Engagement for Better Policy and Services*, OECD Studies on Public Engagement (OECD, 2009), <https://doi.org/10.1787/9789264048874-en>.

und das teilweise unter anderen Regeln. Das wird besonders stark sichtbar beim Thema Vertrauen in die Politik, da hier immer wieder Falschmeldungen, teilweise bewusst, teilweise unbewusst, in Umlauf gebracht werden, was auf lange Sicht das Vertrauen in die Politik negativ beeinflussen könnte und der Partizipation schaden könnte. Verstärkter Einsatz digitaler Technologien in den Beziehungen zwischen Bürger*innen und Regierung kann daher als eine Reaktion auf verschiedene gesellschaftliche und politische Anforderungen verstanden werden. Erstens ist dies eine Antwort auf den zunehmenden Druck zur Digitalisierung und Verbesserung öffentlicher Dienste. Zweitens drückt es den Wunsch nach einer intensiveren Bürgerbeteiligung in der Politikgestaltung aus. Drittens reflektiert es den politischen Willen, Verwaltungsdaten öffentlich zugänglich zu machen.

Öffentliche Verwaltungen führen digitale Technologien vermehrt als Reaktion auf den wachsenden Ruf nach einer Digitalisierung staatlicher Abläufe ein.¹¹ Dieser ‚digitale Imperativ‘ ist das Ergebnis der schnellen Akzeptanz digitaler Technologien in der Gesellschaft. Stand Juli 2024 verzeichnete Nordeuropa die höchste Internetdurchdringungsrate weltweit, wobei über 97,5 Prozent der Bevölkerung das Internet nutzen. Nordamerika folgte dicht dahinter mit einer Internetnutzungsrate von 96,9 Prozent. Im globalen Durchschnitt lag die Internetdurchdringungsrate bei etwa 67,1 Prozent.¹² Laut dem Global Web Index verbrachten Internetnutzer*innen im Alter zwischen 16 und 64 Jahren im Jahr 2020 durchschnittlich zwei

¹¹ Tatiana De Feraudy, „Cartographie de la civic tech en France, Observatoire de la civic tech et de la démocratie numérique en France, Décider ensemble.“, 2019, [https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+\(2019\).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&oq=de+Feraudy%2C+T.+\(2019\).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&aqs=chrome..69i57j69i64l2j69i60.423j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8](https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+(2019).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&oq=de+Feraudy%2C+T.+(2019).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&aqs=chrome..69i57j69i64l2j69i60.423j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8).

¹² „Global Internet Penetration Rate by Region 2024“, Statista, zugegriffen 4. November 2024, <https://www.statista.com/statistics/269329/penetration-rate-of-the-internet-by-region/>.

Stunden und 24 Minuten pro Tag in sozialen Medien.¹³ Es wird aufgrund der vehementen Nutzung von digitalen Technologien im globalen Norden anerkannt, dass bestehende Strukturen geändert werden müssen, um die Vorteile der Technologie auszuschöpfen.¹⁴ Außerdem wirken sich dieser partizipatorische Imperativ und der digitale Imperativ gemeinsam auf die Gestaltung, Umsetzung und Bewertung öffentlicher Politik aus.¹⁵ Die politische Analyse attestiert, dass es keine Demokratie ohne politische Wahlfreiheit geben kann und spiegelt die Idee wider, dass eine zunehmende Beteiligung der Öffentlichkeit das Funktionieren einer Demokratie verbessern kann. Im Internet gibt es umfassende Demonstrationen und Aktivistenbewegungen im Internet und auf Social-Media-Plattformen, auf der ganzen Welt. Solcherlei politisches Engagement stellt die Ziele der Bevölkerung nach mehr Gerechtigkeit und Solidarität dar und kritisiert Untätigkeit der Regierung bei großen globalen Krisen wie etwa dem Klimawandel. Einige Regierungen bieten als Reaktion auf diesen neuen Partizipationszwang Online- und Offline-Instrumente zur Beteiligung an (einschließlich Bürgertechnologie, kollektive Intelligenz und Bürgerversammlungen). Solcherlei werden von Surowiecki (2004) als „Wiseness of Crowds“ und von Linders (2012) als Übergang vom E-Government zum We-Government bezeichnet, umgangssprachlich bekannt unter dem Terminus „Schwarmintelligenz“. ¹⁶ Letzteres betont die

¹³ „Digital Economy and Society Index (DESI) 2020 | Shaping Europe’s Digital Future“, 11. Juni 2020, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2020>.

¹⁴ Vishanth Weerakkody u. a., „Realising Transformational Stage E-Government: Challenges, Issues and Complexities“, *AMCIS 2008 Proceedings*, 1. Januar 2008, <https://aisel.aisnet.org/amcis2008/181>.

¹⁵ Tatiana De Feraudy, „Une ville plus contributive et durable: crowdsourcing urbain et participation citoyenne numérique. Iddri Study, 4, 1–72.“, 2017, [https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+\(2017\).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+num%C3%A9rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&oq=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+\(2017\).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+num%C3%A9rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&aqs=chrome..69i57j69i64l2.337j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8](https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+(2017).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+num%C3%A9rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&oq=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+(2017).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+num%C3%A9rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&aqs=chrome..69i57j69i64l2.337j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8).

¹⁶ „Surowiecki (2004) ‚Wiseness of Crowds‘ - Google Search“.

neue, aktive Rolle, die Einzelpersonen übernehmen: Sie arbeiten mit anderen zusammen, um die öffentliche Ordnung mitzugestalten, sei es mittels „Do-it-yourself-Regierung“ (Selbstorganisation), „Regierung als Plattform“ (Informationen und Anreize) oder Bürgerbeschaffung (Beratung und Ideenfindung).¹⁷ Alle diese Daten zugänglich zu machen, ist als politische Position jedoch eher neu. Die Europäische Kommission (EU) hat seit 2003 Forderungen nach Transparenz verstärkt, und die amerikanische Regierung hat seit 2009 dasselbe getan. Ziel dieser neuen Open-Data-Regeln ist es, alle staatlichen Informationsbestände, ob digital oder analog, nutzbar und digitalisiert zu machen.¹⁸ Ein weiteres Ziel für die Bereitstellung dieser öffentlich finanzierten Daten ist die Steigerung der Rendite öffentlicher Investitionen.¹⁹ Offene Daten ermöglichen es Einzelpersonen und Organisationen außerhalb der Regierung, sich am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen und sich so zu „demokratischen Innovatoren“ zu entwickeln.²⁰ Infolgedessen werden Daten und Wissen von der Regierung an Drittorganisationen weitergegeben.²¹ Die traditionelle Machtkonstellation zwischen Regierung und breiterer Gesellschaft wird durch diese Verschiebung von der inneren zur äußeren Regierung beeinflusst. Andere Organisationen nutzen die von Behörden zugänglich gemachten Daten und entwickeln neue Geschäftsmodelle, weil es den Menschen häufig an Zeit und Wissen dafür mangelt. Dies ist ein Problem, bei dem diejenigen, die über mehr Ressourcen und Wissen verfügen, überproportional von diesen Open-Data-Vorschriften profitieren und ihre Argumente und ihre eigene Position im gesamten politischen Entscheidungsprozess stärken könnten.²²

¹⁷ Linders, „From E-Government to We-Government“.

¹⁸ Anneke Zuiderwijk, Marijn Janssen, und Chris Davis, „Innovation with open data: Essential elements of open data ecosystems“, *Information Polity* 19 (12. Juni 2014): 25, <https://doi.org/10.3233/IP-140329>.

¹⁹ Peter Arzberger u. a., „An International Framework to Promote Access to Data“, *Science (American Association for the Advancement of Science)* 303, Nr. 5665 (2004): 132, <https://doi.org/10.1126/science.1095958>.

²⁰ Ursula Maier-Rabler und Stefan Huber, „Towards a Participatory Society. A Socio-Technological Approach to ICTs and Participation“, 2011.

²¹ Zuiderwijk, Janssen, und Davis, „Innovation with open data“, 31.

²² Zuiderwijk, Janssen, und Davis, „Innovation with open data“.

1.2 Zielsetzung

Das Hauptziel dieser Studie besteht darin, die politische Teilhabe von österreichischen Bürgers oder einer Bürgerin im Zusammenhang mit „meineabgeordneten.at“ zu untersuchen. Insbesondere wird erforscht, wer diese Plattform nutzt und aus welchen Motiven heraus eine Person sich an politischen Aktivitäten beteiligt. Gibt es Unterschiede in den Merkmalen und Motiven zwischen den Nutzenden und der Allgemeinheit? Ein weiterer zentraler Aspekt der Untersuchung ist die Bewertung der Auswirkungen von „meineabgeordneten.at“ auf die politische Teilhabe in Österreich. Es wird untersucht, ob diese Plattform tatsächlich zur Steigerung der politischen Aktivität und zur Erhöhung der Repräsentativität politischer Entscheidungen beiträgt oder ob sie eher eine passive Informationsquelle bleibt. Darüber hinaus wird der Zusammenhang zwischen sozialem Kapital, Bildung und der Partizipation auf „meineabgeordneten.at“ analysiert. Besonderes Augenmerk liegt dabei darauf, wie soziale Netzwerke, Vertrauen und soziale Normen die Beteiligung einer Person beeinflussen. Dadurch trägt diese Studie dazu bei, das Verständnis für die politische Teilhabe in Österreich zu vertiefen und konkrete Erkenntnisse darüber zu liefern, wie digitale Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ in den politischen Prozess integriert werden können. Dahingehend soll auch betrachtet werden, ob es einen Unterschied zwischen Nutzenden der Plattform und weniger stark partizipatorisch aktiven Menschen gibt. In vielen Ländern ist die Wahlbeteiligung im Sinken begriffen, Menschen wenden sich von der Demokratie ab vermehrt hin zur Autokratie. Oft geschieht dies in Anbetracht der Ungleichberechtigung mancher Gesellschaftsteile, welche von Partizipation ausgeschlossen werden. Es besteht eine gewisse Sättigung, welche durch jahrelange, teilweise erfolglose Teilnahme am politischen Geschehen, wie zum Beispiel durch eher weniger invasive Methoden wie Demonstrationen, Boykotte oder Blockaden entstanden ist. Unweigerliche Gewöhnung führt dazu, dass Aktionen immer ausgefallener und größer sein müssen, um noch dasselbe Maß an Aufmerksamkeit zu erreichen. Für Organisationen, Gruppen oder Individuen mit niedrigem Strukturierungsgrad ist dies allerdings eine Herausforderung. Stattdessen sind es nun oft Bürger*innen welche dauerhaft motivierte und/oder finanzierte Aktivistinnen oder Professionalisten sind. Dies führt zur Professionalisierung und mitunter zur Kommerzialisierung von politischer Partizipation, welche moderne Marketingkonzepte und -strategien nutzen, um den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen. Eine Folge dessen ist der

sukzessive Rückgang von institutionellen und traditionellen Partizipationsformen zugunsten von Formen welche direkt an Bürger*innen appellieren und diese bei Konferenzen oder für Projekte mit Expertinnen vernetzten.²³ Neue Kommunikationsmittel haben eine Welle des Optimismus bei Partizipationsbefürwortern hervorgerufen, welche sich eine Erweiterung des Personenkreises, sowie der Reichweite politischer Partizipation erwartet haben.²⁴ Bei vielen Forschenden überwiegt allerdings Pessimismus in Bezug auf höhere Inklusivität durch solche Methoden. In Österreich ist direkte Demokratie, als Demokratie, die vom Volk ausgeht, in den Grundprinzipien der Verfassung verankert was eine solide Basis für partizipative Verfahren und Bewegungen bedeutet. Laut dem demokratischen Prinzip „Die politische Freiheit aller BürgerInnen soll verwirklicht und gesichert werden. Alle BürgerInnen sollen sich frei an der politischen Meinungsbildung und an Wahlen beteiligen können, alle sollen die Möglichkeit haben, auch selbst politisch aktiv zu werden“²⁵ können also Bürger*Innen selbstbestimmt an der Demokratie teilnehmen, sowie die Richter von politischem Verhalten sein. Allerdings ist dieses Ziel der Verfassung mitnichten bindend, weder für jene welche systematisch Verfahren zur Verfügung stellen müssen, um Personen einzubinden, noch für jene welchen eingebunden werden sollen. Wie verschiedene Studien bestätigen, ist in vielen Ländern die Stichprobe, welche stark an Politik partizipiert, nicht repräsentativ für den politischen Bevölkerungsschnitt. Dem zugrunde liegt der sozio-ökonomische Hintergrund welcher bei einigen Studien als ausschlaggebend kommuniziert wurde. Menschen die dahingehend besser ausgestattet sind, haben es leichter ihre partizipativen Potentiale zu realisieren. Weiters spielen politische Institutionen sowie Parteien dabei eine Rolle. Parteien, Vereine oder Organisationen können also auch als Mediatorvariable angesehen werden.²⁶ Hierbei wird vor allem Österreich als Beispiel genannt, weil Arbeiter und Bauern ihre politische Aktivität sehr stark durch ihre soziale Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie definieren. Dies Bezieht sich allerdings vor allem auf

²³ Kaina und Römmele, *Politische Soziologie*.

²⁴ Martin Emmer und Gerhard Vowe, „Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger“, *Politische Vierteljahresschrift* 45, Nr. 2 (1. Juni 2004): 191–212, <https://doi.org/10.1007/s11615-004-0031-x>.

²⁵ „Grundprinzipien | Parlament Österreich“.

²⁶ Sigel u. a.

Wahlen, wobei weichere Formen der Partizipation nicht so stark durch parteipolitische Aktivitäten zu erklären sind. Aber auch innerhalb von Parteigänger*innen schaffen sozio-ökonomische Voraussetzungen auch noch eine weitere Stratifikation in Bezug auf Partizipation. Wenn die Zufriedenheit und das Vertrauen in Politik hoch sind, ermöglicht dies Wohlstand und Erfolg der Demokratie als Staatsform über alle Wirkungsfelder hinweg wie etwa in Unterkategorie wie Wirtschaft usw. Wenn die Zufriedenheit niedrig ist, dann bedeutet dies Krise der Demokratie, des Rechtsstaates und der Staatsform, also auch dem Zusammenleben der Menschen. Partizipation ist aber nicht gleich Partizipation, denn es sind viele Teile der Gesellschaft ausgeschlossen, zum Beispiel Arme, Obdachlose, Behinderte, Ausländer*innen und viele mehr die entweder nicht an Wahlen teilnehmen dürfen oder ähnliches. Partizipation ist also nicht gleich Partizipation, sondern individuell und sozial stratifiziert. Wer sind also demnach die Stakeholder in diesem Prozess? Soziologisch gesehen sind es Individuen, Gruppen und Institutionen. Politisch gesehen sind es Bürger*innen, welche am demokratischen Prozess durch verschiedenen Aktivitäten teilhaben können. Zentral ist festzustellen welche Personen freiwillig am politischen Geschehen partizipieren, und welche es aufgrund von Eigeninteressen tun. Dies kann Personen beinhalten die aufgrund von beruflichen, privaten, wirtschaftlicher- oder sonstigen Vorteilen daran teilnehmen.²⁷

1.3 Vorgehensweise

Diese Arbeit zielt darauf ab, die Forschungsfragen zu entwickeln und die zu berücksichtigenden Faktoren zu definieren um dadurch ein umfassendes Bild der Nutzer*innen der Plattform „„meineabgeordneten.at““ zu erstellt, wobei insbesondere die Gründe für deren Partizipation beleuchtet werden. Ein strukturierter Fragebogen wird verwendet, um diese Ausprägungen zu erfassen und anschließend zu analysieren und einer Kontrollgruppe, sowie Sekundärdaten aus dem österreichischen Elektorat gegenüberzustellen. Die Ergebnisse werden statistisch ausgewertet und analysiert, um sie mit den Motiven der allgemeinen Wählerschaft zu vergleichen und Unterschiede aufzuzeigen. Anschließend dient die vergleichende Analyse der

²⁷ Rosie Campbell und Thomas Zittel, „The Personal Sources of Responsiveness. Introduction to a Special Section“, *Swiss Political Science Review* 26, Nr. 1 (März 2020): 1–9, <https://doi.org/10.1111/spsr.12389>.

Nutzer*innen der Plattform und der allgemeinen Wählerschaft dazu, die Motive und Tendenzen der Partizipation zwischen den beiden Gruppen zu unterscheiden. Es wird angestrebt, herauszufinden, welche Motive Menschen zur Online-Partizipation bewegen und somit zur Stärkung der Demokratie beitragen. Ein strukturierter Fragebogen, der spezifische Aspekte der Partizipation erfasst und sich am Demokratiemonitor 2022 orientiert, bildet die Basis dieser Untersuchung. Die theoretischen Ansätze und Modelle, die in dieser Herleitung eine Rolle spielen, sind für das Forschungsprojekt von großer Bedeutung. Sie helfen dabei, die Motive der Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ besser zu verstehen und dienen als Grundlage für die Entwicklung des Fragebogens. Insbesondere werden Theorien zur politischen Partizipation und zur Motivation für politisches Engagement herangezogen, um eine solide theoretische Basis zu schaffen. Auf diese Weise trägt die theoretische Herleitung dazu bei, eine fundierte Grundlage für die Studie zu schaffen. Durch die Verknüpfung von theoretischem Wissen und praktischer Forschung soll ein umfassendes Verständnis für die Motive der politischen Partizipation auf der Online-Plattform „meineabgeordneten.at“ entwickelt werden. Dabei zielt diese Untersuchung darauf ab, die Umfrageergebnisse quantitativ zu analysieren und die Motive der Plattformnutzer*innen mit denen der allgemeinen Wählerschaft zu vergleichen. Die vergleichende Analyse soll Unterschiede in den Motiven und Verhaltensweisen der Partizipation zwischen den beiden Gruppen aufdecken. Die Analyse von Online-Partizipation und traditioneller politischer Beteiligung liefert wichtige Einblicke und kann potenzielle Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufzeigen. Verschiedene methodische Ansätze und Modelle, wie z.B. die multivariate Analyse, werden verwendet, um die Ergebnisse sinnvoll zu interpretieren und Schlussfolgerungen zu ziehen.²⁸ Neben dem Ziel, ein besseres Verständnis für die Beweggründe der Online-Partizipation zu gewinnen, strebt die Arbeit auch an, konkrete Empfehlungen abzuleiten. Diese Empfehlungen sollen dazu beitragen, Menschen verstärkt zur online politischen Beteiligung zu motivieren und somit zur Stärkung der Demokratie beizutragen. Im Kontext der aktuellen Diskussionen über die Digitalisierung und die Zukunft der politischen Partizipation ist dieses Vorhaben besonders relevant. Insgesamt trägt die Arbeit dazu bei, das Verständnis für die Dynamik der politischen Partizipation im digitalen Zeitalter zu

²⁸ Nina Baur und Jörg Blasius, Hrsg., *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2014), <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.

vertiefen und konkrete Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie für Plattformbetreiberinnen und -betreiber abzuleiten.

Forschungsfrage:

Wodurch unterscheiden sich Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ in der grundsätzlichen Ausprägung und Gründen ihrer Partizipation?

Politische Partizipation bezieht sich dabei auf die verschiedenen Möglichkeiten, wie Einzelpersonen sich am politischen Prozess beteiligen und die öffentliche Politik und Entscheidungsfindung beeinflussen können. Dies kann Aktivitäten wie Abstimmungen, Wahlkampf für einen Kandidaten oder ein Thema, die Teilnahme an politischen Kundgebungen oder Versammlungen oder das Eintreten für eine bestimmte Sache umfassen. Politische Partizipation kann auch formellere Formen des Engagements umfassen, wie z.B. die Bewerbung um ein öffentliches Amt oder die Mitarbeit in einem Regierungsausschuss oder -vorstand.

1.4 Politische Relevanz

Die untersuchten Faktoren sind von erheblicher Relevanz für die Politikwissenschaft, da sie wesentliche Einblicke in die Funktionsweise politischer Systeme und Prozesse bieten. Diese Erkenntnisse sind entscheidend, um zu verstehen, warum politische Entscheidungen getroffen werden und wie verschiedene Einflussfaktoren politische Ergebnisse beeinflussen können.²⁹ Im 21. Jahrhundert stehen Demokratie und politische Partizipation vor neuen und komplexen Herausforderungen. Die Digitalisierung hat die politische Landschaft grundlegend verändert. Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ und soziale Medien haben den Zugang zu Informationen und die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe erheblich erweitert. Diese Entwicklungen beeinflussen die Interaktion zwischen Bürgern und politischen Institutionen maßgeblich. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, zu untersuchen, wie digitale Plattformen die politische Partizipation in Österreich beeinflussen. Die traditionelle

²⁹ Stephen Coleman und Jay G. Blumler, *The Internet and Democratic Citizenship: Theory, Practice and Policy*, 1. Aufl. (Cambridge University Press, 2009), <https://doi.org/10.1017/CBO9780511818271>.

repräsentative Demokratie sieht sich der Herausforderung gegenüber, Wege zu finden, um Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen, ohne die Legitimität politischer Institutionen zu untergraben. Diese Forschung kann klären, ob digitale Partizipationsplattformen dazu beitragen können, diese Anforderungen zu erfüllen.³⁰ Auch auf europäischer Ebene ist die Bedeutung politischer Partizipation enorm. Die Europäische Union steht vor erheblichen Herausforderungen, darunter der Brexit, die Bewältigung der Migration und die Bekämpfung des Klimawandels. In dieser komplexen und interdependenten Umgebung kann die Art und Weise, wie Bürger in politische Prozesse einbezogen werden, erhebliche Auswirkungen auf die politische Stabilität und die Legitimität der EU-Institutionen haben³¹. Weltweit zeigen sich zudem der Aufstieg populistischer Bewegungen und demokratische Rückschritte. Die Stärkung der politischen Beteiligung und die Sicherstellung, dass politische Entscheidungen auf breiter gesellschaftlicher Basis getroffen werden, sind entscheidend, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Soziale Medien spielen dabei eine zentrale Rolle in der heutigen politischen Kommunikation. Sie können zur Verbreitung von Desinformation und zur Bildung von Echokammern beitragen, was die politische Kommunikation und die Demokratie herausfordert.³² Die Untersuchung der Auswirkungen digitaler Medien auf die politische Partizipation ist daher von großer Bedeutung, um effektive Strategien zur Förderung der politischen Bildung und Beteiligung zu entwickeln. Insgesamt sind die Forschungsfragen dieser Studie vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen von erheblicher politischer Relevanz. Sie könnten dazu beitragen, die Gestaltung von Partizipationsmöglichkeiten und politischen Entscheidungsprozessen in Österreich, der EU und weltweit zu verbessern.

1.5 Begriffsdefinition politischer Partizipation

Politische Partizipation umfasst die verschiedenen Wege, durch die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf politische Prozesse und Entscheidungen nehmen können. Dies schließt sowohl formelle, institutionalisierte Formen (wie Wahlen und Parteimitgliedschaften) als auch

³⁰ Pippa Norris, *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism* (Cambridge : Cambridge University Press, 2002).

³¹ Putnam, „Bowling Alone“.

³² Coleman und Blumler, *The Internet and Democratic Citizenship*.

informelle und unkonventionelle Wege (wie Demonstrationen, Petitionen oder politische Diskussionen in sozialen Medien) ein. In der wissenschaftlichen Literatur wird der Begriff häufig weiter differenziert, um die Vielfalt der Partizipationsformen zu erfassen und deren Bedeutung im politischen Prozess zu beleuchten.³³

Politische Partizipation

In dieser Arbeit wird der Begriff „politische Partizipation“ in einem erweiterten Sinne verwendet, der sowohl traditionelle als auch digitale Partizipationsformen integriert. Diese Definition lehnt sich insbesondere an die Arbeiten von Verba, Schlozman und Brady (1995) sowie Norris (2002) an, die politische Partizipation als ein breites Spektrum von Aktivitäten definieren, das sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Formen des politischen Engagements umfasst. Zusätzlich zur allgemeinen Definition umfasst diese Arbeit spezifische Dimensionen der politischen Partizipation, die auch in den verwendeten Fragebogen einfließen. Zu den untersuchten Dimensionen zählen.³⁴

Politisches Selbstverständnis

Das politische Selbstverständnis beschreibt das Bewusstsein der eigenen politischen Identität, Überzeugungen und Werte sowie das Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit – die Überzeugung, durch eigenes politisches Handeln Veränderungen bewirken zu können. Dieses Konzept ist eng mit der politischen Sozialisation verbunden, die durch verschiedene gesellschaftliche Einflüsse wie Familie, Schule und soziale Netzwerke geprägt wird. Politische Selbstwirksamkeit spielt dabei eine entscheidende Rolle, da Bürgerinnen und Bürger, die sich politisch handlungsfähig fühlen, tendenziell aktiver an politischen Prozessen teilnehmen.³⁵

Politische Efficacy (Selbstwirksamkeit)

³³ Sidney Verba, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady, *Voice and equality: civic voluntarism in American politics* (Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1995).

³⁴ Norris, *Democratic Phoenix*.

³⁵ Albert Bandura, „Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change.“, *Psychological Review* 84, Nr. 2 (1977): 191–215, <https://doi.org/10.1037/0033-295X.84.2.191>.

Dieser Begriff bezieht sich auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Fähigkeit, durch eigenes Handeln politische Ergebnisse zu beeinflussen. Es wird in interne Efficacy (Überzeugung, politische Prozesse zu verstehen und zu beeinflussen) und externe Efficacy (Überzeugung, dass politische Institutionen auf die Interessen der Bürger reagieren) unterteilt.³⁶

Politisches Vertrauen

Politisches Vertrauen beschreibt das Maß, in dem Bürgerinnen und Bürger den politischen Institutionen und Akteuren vertrauen, dass sie im besten Interesse des Volkes handeln. Politisches Vertrauen ist entscheidend für die Stabilität eines politischen Systems, da es die Bereitschaft der Bürger erhöht, sich am politischen Prozess zu beteiligen und die Legitimität von Entscheidungen zu akzeptieren.³⁷

Bildung

Bildung wird oft als Schlüsselfaktor für politisches Engagement betrachtet. Studien zeigen, dass höher gebildete Personen tendenziell stärker politisch engagiert sind, da sie besseren Zugang zu Informationen haben und in der Lage sind, komplexe politische Themen zu verstehen und zu bewerten. Bildung fördert auch kritisches Denken, das für die politische Partizipation notwendig ist. Im Kontext politischer Prozesse ermöglicht ein höherer Bildungsgrad den Menschen, bewusste Entscheidungen zu treffen und ihre politische Meinung zu äußern.³⁸

Soziales Kapital

Soziales Kapital bezieht sich auf das Netzwerk von Beziehungen zwischen Individuen, das Vertrauen und die gegenseitige Unterstützung schafft, die als Ressourcen für politisches Engagement dienen können. Es wird oft als entscheidender Faktor für politische Mobilisierung betrachtet, da es den Austausch von Informationen und die Förderung kollektiver Aktionen

³⁶ Richard G. Niemi, Stephen C. Craig, und Franco Mattei, „Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study“, *The American Political Science Review* 85, Nr. 4 (1991): 1407–13, <https://doi.org/10.2307/1963953>.

³⁷ Marc J. Hetherington, *Why Trust Matters: Declining Political Trust and the Demise of American Liberalism*, 2. print., 1. paperback print (Princeton, NJ: Princeton Univ. Press, 2007).

³⁸ Verba, Scholzman, und Brady, *Voice and equality*.

erleichtert. Soziales Kapital unterstützt auch die politische Teilhabe, indem es Menschen verbindet, die ähnliche Interessen teilen, und sie dazu motiviert, sich gemeinsam für politische Anliegen einzusetzen.³⁹

Ökonomischer Status

Der ökonomische Status – oft gemessen durch das Einkommen oder den finanziellen Wohlstand – ist ebenfalls ein bedeutender Faktor für politische Partizipation. Menschen mit höherem Einkommen haben tendenziell mehr Ressourcen und Zeit, um sich politisch zu engagieren. Sie sind oft auch besser informiert und haben Zugang zu Netzwerken, die politisches Engagement erleichtern. Finanzielle Sicherheit ermöglicht es diesen Personen, sich aktiv und dauerhaft in politischen Prozessen zu beteiligen.

Wahrnehmung von Repräsentativität und Transparenz

Die Wahrnehmung von Repräsentativität bezieht sich darauf, wie gut die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass ihre Interessen und Meinungen in politischen Entscheidungen und Institutionen angemessen vertreten sind. Transparenz beschreibt, wie nachvollziehbar und offen politische Entscheidungsprozesse für die Öffentlichkeit sind. Beide Faktoren sind entscheidend für die politische Beteiligung, da Menschen eher politisch aktiv werden, wenn sie glauben, dass ihre Stimme gehört und ihre Interessen vertreten werden und wenn sie den politischen Prozess als transparent und fair empfinden.⁴⁰

2. Theoretischer Rahmen

2.1 Aktueller Stand der Forschung

Digitalisierung und Demokratie

Digitale Technologien können in drei Schlüsselbereichen nützlich sein: (1) Erleichterung des Zugangs zu Informationen, damit die Bürger gut informiert sind; (2) es den Bürgern zu ermöglichen, in Konsultationen ihre Meinung zu Projekten und gesellschaftlichen Themen zu

³⁹ Putnam, „Bowling Alone“.

⁴⁰ Norris, *Driving Democracy*.

äußern, die sie betreffen; und (3) Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse⁴¹. Darüber hinaus haben zahlreiche Regierungen als Reaktion auf die Forderung nach einer Digitalisierung öffentlicher Maßnahmen neue E-Government-Dienste entwickelt, um (a) die Effektivität und Effizienz staatlicher Dienste zu maximieren und (b) den Bürger in den Mittelpunkt der Gestaltung der bereitgestellten Dienste zu stellen durch Organisationen und (c) das Vertrauen der Öffentlichkeit in Regierungen stärken. Dabei spielt nicht nur das Vertrauen, sondern auch die Bereitschaft Risiken einzugehen. Dazu haben Tulloch und Lupton (2003) überlegt, das freiwillige Bereitschaft Risiken einzugehen, eine Aktivität ist, in welcher Individuen den Eindruck haben in mehreren Sinnen ein Risiko einzugehen, aber trotzdem willentlich und absichtlich interagieren.⁴² Diese Definition zeigt drei Zentrale Momente auf: Reflexivität, dass bewusst ein Risiko in Kauf genommen wird, Kapazität eine Entscheidung zu treffen und die Freiwilligkeit dieser Entscheidung.

Wie kann Digitalisierung zu mehr Partizipation führen?

Die Diskussion über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die politische Partizipation ist von großer wissenschaftlicher Bedeutung. Ein Standpunkt, der die Digitalisierung als förderlich für die Partizipation ansieht, argumentiert, dass die Verbreitung digitaler Medien und sozialer Plattformen den Zugang zu politischen Informationen und Diskussionen erheblich erleichtert. Durch das Internet können Bürgerinnen und Bürger auf eine breite Palette von politischen Inhalten zugreifen, von Nachrichtenartikeln bis hin zu politischen Diskussionen in sozialen Medien. Diese Fülle an Informationen kann dazu beitragen, dass Menschen besser informiert sind und sich aktiver in politische Prozesse einbringen. Forschende haben eine Vielzahl dieser Wahrnehmungsfehler identifiziert, darunter die "feindselige Medienwahrnehmung" oder die Neigung von Parteigängern auf entgegengesetzten Seiten eines politischen oder sozialen Themas, vermeintlich neutrale Medieninhalte als voreingenommen gegenüber ihrem Standpunkt wahrzunehmen. Menschen verarbeiten demnach Informationen im Lichte ihrer vorherigen

⁴¹ „Citizens as Partners: OECD Handbook on Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making | READ online“, [oecd-ilibrary.org](https://read.oecd-ilibrary.org/governance/citizens-as-partners_9789264195578-en), zugegriffen 22. September 2023, https://read.oecd-ilibrary.org/governance/citizens-as-partners_9789264195578-en.

⁴² Deborah Lupton und John Tulloch, *Risk and Everyday Life, Social Theory & Health*, Bd. 3, 2003.

Überzeugungen. Das Phänomen kann als "relationale Variable - eine Reaktion des Publikums auf Medieninhalte" zu verstanden werden. Mit anderen Worten, die Ideologie und der Bildungsgrad einer Person sind wichtigere Faktoren, die bestimmen, wie voreingenommen sie die Medien wahrnimmt.⁴³ Demnach ist die Auslegung der Medial dargebrachten Information durch das Elektorat ein weiterer Faktor, der die Dynamik der Partizipation beeinflusst. Also sind die Ideologie und der Bildungsgrad einer Person sind wichtigere Faktoren bei der Entscheidung, wie parteiisch Menschen die Medien einschätzen oder Engagement in politischen Kampagnen, Proteste oder Aktivismus in sozialen Medien, ausleben⁴⁴. Ein weiteres Argument für die Förderung der politischen Partizipation durch die Digitalisierung besteht darin, dass digitale Plattformen niedrigere Eintrittsbarrieren bieten. Im Vergleich zu traditionellen politischen Aktivitäten, wie der Teilnahme an physischen Versammlungen oder Demonstrationen, erfordert die Teilnahme an Online-Diskussionen oder die Unterzeichnung von Online-Petitionen weniger zeitlichen und finanziellen Aufwand. Dies kann die politische Beteiligung von Menschen erhöhen, die sonst möglicherweise weniger aktiv wären. Digitalisierung ermöglicht auch eine Echtzeit-Rückkopplung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Entscheidungsträgern. Politiker können über soziale Medien direkt auf Anliegen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Dadurch kann die Reaktionsfähigkeit der Regierung erhöht und der politische Dialog verbessert werden.⁴⁵ Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch Argumente gegen die Annahme, dass die Digitalisierung zwangsläufig zu mehr politischer Partizipation führt. Eine wichtige Sorge ist die digitale Kluft, denn nicht alle Bürgerinnen und Bürger haben gleichermaßen Zugang zu digitalen Medien, sei es aufgrund fehlender Infrastruktur oder mangelnder digitaler Fähigkeiten. Dies kann dazu führen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen von politischer Partizipation ausgeschlossen werden.⁴⁶ Ein weiteres

⁴³ Matthew Barnidge u. a., „Comparative Corrective Action: Perceived Media Bias and Political Action in 17 Countries“, *International Journal of Public Opinion Research* 32, Nr. 4 (2020): 2, <https://doi.org/10.1093/ijpor/edz043>.

⁴⁴ Barnidge u. a., 3.

⁴⁵ Eytan Bakshy, Solomon Messing, und Lada A. Adamic, „Exposure to Ideologically Diverse News and Opinion on Facebook“, *Science (American Association for the Advancement of Science)* 348, Nr. 6239 (2015): 1331, <https://doi.org/10.1126/science.aaa1160>.

⁴⁶ „Digital Economy and Society Index (DESI) 2020 | Shaping Europe’s Digital Future“, 28.

Problem, das oft diskutiert wird, ist das Phänomen der "Filterblasen". Soziale Medien neigen dazu, Informationen auf der Grundlage der Vorlieben der Nutzer*innen und Nutzende zu personalisieren. Dies kann dazu führen, dass Menschen nur mit Meinungen und Informationen konfrontiert werden, die ihre bestehenden Überzeugungen bestätigen, was die politische Polarisierung verstärken und den Dialog erschweren kann.⁴⁷ Die Anonymität des Internets kann jedoch auch negative Auswirkungen auf die politische Diskussion haben. Sie ermöglicht es Nutzer*innen und Nutzende beispielsweise, sich hinter anonymen Profilen zu verstecken und möglicherweise beleidigendes oder hassvolles Verhalten an den Tag zu legen, was die Qualität politischer Diskussionen beeinträchtigen kann.⁴⁸ Wenn wir diese Debatte auf Österreich beziehen, sehen wir ähnliche Tendenzen. Auf der einen Seite hat die Digitalisierung den Zugang zu politischen Informationen erleichtert und neue Formen der politischen Beteiligung ermöglicht, wie zum Beispiel Online-Petitionen und Bürgerinitiativen. Andererseits gibt es nach wie vor digitale Divergenzen und das Problem der Desinformation, welches bis hin zu gezielter Manipulation von Wahlen reicht.

Wieviel Partizipation ist gut für die Demokratie?

In Bezug auf die Frage, ob mehr politische Partizipation gut für die Demokratie ist, wird viel diskutiert und es kann keine klare Antwort darauf geben. Demnach geht es darum, welche Form die Partizipation hat, wie die Demokratie beschaffen ist und wie die unterschiedlichen Ziele der Akteure verfolgt werden.⁴⁹ Zu viel direkte Demokratie, starke Beteiligungen Form von Protesten oder Boykotten kann zu Instabilität führen, was für die Partizipierenden vielleicht ein Ziel ist – eventuell um ein korruptes Regime zu stürzen – jedoch können damit genauso legitime

⁴⁷ Eli Pariser, *The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You* (New York, NY [u.a.]: Penguin Books, 2012), 48.

⁴⁸ Arthur D. Santana, „Virtuous or Vitriolic: The Effect of Anonymity on Civility in Online Newspaper Reader Comment Boards“, *Journalism Practice* 8, Nr. 1 (2014): 48, <https://doi.org/10.1080/17512786.2013.813194>.

⁴⁹ Pippa Norris und Graham Murdock, „Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide“, *European Journal of Communication* 17, Nr. 3 (2002): 12.

demokratische Strukturen unterwandert und zerstört werden⁵⁰. Auf der anderen Seite kann zu wenig Partizipation zu einem Mangel an Rechenschaftspflicht und Bürgerbeteiligung führen, welche sich nicht mehr involviert fühlen, als hätten diese keinen Einfluss auf das Geschehen und demnach verdrossen werden. Eine ausgewogene Beteiligung, die auf informierter Entscheidungsfindung und dem Schutz von Minderheitenrechten basiert, wird oft als erstrebenswerteste Form der Partizipation angesehen. Digitalisierung könnte also dahingehend genutzt werden, um Partizipation zu erleichtern, aber gleichzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Desinformation und digitale Spaltungen minimiert werden.⁵¹

Ein Argument gegen die Idee, dass mehr Partizipation immer besser sei, ist die Möglichkeit von "Tyrannenmehrheiten". Wenn eine Bevölkerungsmehrheit extrem ist und alle politischen Entscheidungen kontrolliert, kann dies zu ungerechten Ergebnissen führen und die Minderheitenrechte gefährden. Befürworter der pro-Partizipationsposition argumentieren also, dass eine aktive Bürgerschaft und eine starke Zivilgesellschaft eine effektive Kontrolle über die Regierung ausüben können. Wenn die Öffentlichkeit in politische Prozesse eingebunden ist und politische Entscheidungsträger zur Rechenschaft gezogen werden, könne die Korruption reduziert werden. Dieses Argument wird oft als Grundlage für demokratische Governance-Modelle wie die partizipative Demokratie verwendet. Kritiker argumentieren, aber dass eine zu starke politische Beteiligung und die direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf politische Entscheidungen zu Instabilität und ineffizienten Regierungen führen können⁵². Sie befürchten auch, dass populistische Bewegungen und Mehrheitsentscheidungen die Minderheitenrechte gefährden könnten. Diese Position argumentiert, dass politische Experten

⁵⁰ Alex France, „Cass R. Sunstein: #Republic: Divided Democracy in the Age of Social Media: Princeton, Princeton University Press, 2017. [Hardback] (ISBN 9780691175515) (\$29.95 | £24.95) [310 + 1x Pp.]“, *Ethical Theory and Moral Practice* 20, Nr. 5 (2017): 1092, <https://doi.org/10.1007/s10677-017-9839-5>.

⁵¹ Zeynep Tufekci, *Twitter and Tear Gas: The Power and Fragility of Networked Protest* / (New Haven : Yale University Press, 2017), <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=1510181>.

⁵² Norris, *Driving Democracy*, 46.

und gewählte Vertreter besser in der Lage sind, komplexe politische Entscheidungen zu treffen.

53

Was Österreich betrifft, gibt es verschiedene Ansichten: Wir sehen hierzulande eine starke Zivilgesellschaft und eine lange Tradition der politischen Beteiligung, die sich in der hohen Wahlbeteiligung (durchschnittlich um die 80%) und der Möglichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen widerspiegelt. Dies hat die politische Kultur des Landes geprägt und somit eine wirksame politische Öffentlichkeit geschaffen. Einige argumentieren, dass diese aktive Bürgerbeteiligung dazu beigetragen hat, Korruption auf niedrigem Niveau zu halten. Andere könnten jedoch Bedenken hinsichtlich der Effizienz und Stabilität angesichts der Vielzahl von politischen Entscheidungen und Diskussionen äußern. Zusätzlich ist Österreich ein Land mit traditionell starken Boulevardmedien mit guten politischen Kontakten, aufgrund der Verflechtung zwischen Politik und Medien insbesondere bei der Medienfinanzierung und Inseraten, was in einigen Fällen der Inseratenaffären der Jahre 2020-2023 zutage gekommen ist. Diese ist sinnbildlich für ein System, in dem sich kleine mafiöse Eliten politische Entscheidungen ausmachen. Daraus folgt in vielen Teilen der Bevölkerung wachsende Politikverdrossenheit und Elitenfeindlichkeit.⁵⁴ Weiters weist Österreich ein starkes Stad-Land Gefälle auf, welches eine gewisse Inkonsistenz zwischen den Zuständen in Land und Stadt hervorbringt. Insgesamt ist die Beziehung zwischen politischer Partizipation und Korruption ein komplexes Thema, das weiterhin Gegenstand der Forschung und politischen Debatte ist. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab, einschließlich der spezifischen politischen Institutionen und der politischen Kultur eines Landes.⁵⁵ Die Frage ob politische Partizipation ausnahmslos gut oder schlecht ist und was ihre Auswirkungen auf die Qualität der Demokratie sein wird, ist komplex und kontextabhängig, kann nicht für alle politischen Systeme gleichermaßen gesehen werden und ist für verschiedene Aktanten von unterschiedlichem Nutzen. Es gibt Argumente

⁵³ Putnam, „Bowling Alone“, 120.

⁵⁴ Milan W. Svolik, *The Politics of Authoritarian Rule*, Cambridge Studies in Comparative Politics (Cambridge: Cambridge University Press, 2012), 210, <https://doi.org/10.1017/CBO9781139176040>.

⁵⁵ Robert A. Dahl, *Democracy and Its Critics* (New Haven : Yale University Press, 1989), 28, <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=52831>.

sowohl für als auch gegen eine umfassende politische Beteiligung. Die Literatur und empirischen Untersuchungen zu diesem Thema bieten ein breites Spektrum von Erkenntnissen, welche je nach politischem System und den jeweiligen Bedingungen variieren können. Daher ist es wichtig, die Debatte kontinuierlich zu führen und die Auswirkungen der politischen Beteiligung auf die Demokratie kritisch zu analysieren.

Was ist gute Demokratie?

Weiters stellt sich die Frage, was denn eine gute, qualitätvolle Demokratie ist und was nicht. Dabei werden in der aktuellen Forschung die fünf Kriterien Freiheit, Gleichheit, Kontrolle, nachhaltige Entwicklung und Selbst-Organisation berücksichtigt.⁵⁶ Betrachtet man die politische Partizipation in Österreich anhand jener fünf Kriterien, so können folgende Einschätzungen gemacht werden. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den österreichischen Nationalratswahlen in den letzten 50 Jahren lag bei etwa 80 Prozent. Damit gehört Österreich im europäischen Vergleich zu den Ländern mit eher hoher Wahlbeteiligung da Österreich in der Regel über dem europäischen Durchschnitt liegt. Österreichs hohe Wahlbeteiligung deutet auf ein stärkeres Maß an politischem Interesse und Engagement in der Bevölkerung hin und zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer Demokratie teilnehmen können.⁵⁷ Dies ist ein Zeichen für politische Freiheit und die Möglichkeit, politische Entscheidungen mitzugestalten. Hohe Wahlbeteiligung und die Verfügbarkeit von partizipativen Instrumenten wie Volksbegehren und Volksabstimmungen tragen außerdem zur Gleichheit bei, da sie allen Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Möglichkeit bieten, ihre Stimme zu geltend zu machen und politische Fragen zu beeinflussen, wenngleich manche Gruppen eher dazu geneigt sind für ihre Meinung einzutreten und andere weniger. Verglichen mit anderen europäischen Ländern zeichnet sich Österreich also durch eine hohe Verfügbarkeit von partizipativen Instrumenten aus. In vielen Ländern sind Volksabstimmungen und Volksbegehren seltener und auf spezifische Themen beschränkt. Einige Länder haben auch andere partizipative Modelle, wie Bürgerforen oder Bürgerkonsultationen, entwickelt. Die effektive Nutzung dieser Instrumente hängt jedoch

⁵⁶ Campbell und Zittel, „The Personal Sources of Responsiveness. Introduction to a Special Section“.

⁵⁷ Sidney Verba und Norman Nie, *Participation in America: Political Democracy and Social Equality* (New York, NY [u.a.]: Harper & Row, 1972), 87.

von verschiedenen Faktoren ab, einschließlich der politischen Kultur, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Beteiligungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sowie der medialen Berichterstattung und der Bildung der Bürgerinnen.⁵⁸ Erfahrungen in Österreich können daher für andere Länder als Modell dienen, wie partizipative Instrumente genutzt werden können, um die politische Beteiligung und die demokratische Teilhabe zu fördern. Partizipative Instrumente wie Volksabstimmungen ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern die Kontrolle über politische Entscheidungen. Sie können dadurch direkt Einfluss nehmen und sicherstellen, dass ihre Interessen berücksichtigt werden. Möglichkeiten von Volksabstimmungen zu Themen wie Umweltschutz und Klimawandel tragen dadurch auch zur Förderung der Debatte um nachhaltige Entwicklung bei. Die Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für umweltfreundliche Politik einsetzen. Die aktive Zivilgesellschaft in Österreich, bestehend aus NGOs und Bürgerinitiativen, ermöglicht es den Menschen, sich selbst zu organisieren und für bestimmte Anliegen einzutreten. Dies fördert die Selbst-Organisation und stärkt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.⁵⁹

Was ist politische Partizipation?

Insgesamt trägt die politische Partizipation in Österreich dazu bei, die Demokratie anhand dieser fünf Kriterien zu stärken. Sie kann grundsätzlich Freiheit, Gleichheit, Kontrolle, nachhaltige Entwicklung und Selbst-Organisation fördern, also die Indikatoren für eine gute Demokratie. Die Möglichkeit der direkten Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf politische Entscheidungen sowie die aktive Zivilgesellschaft sind positive Aspekte, die die Qualität der Demokratie in Österreich bereichern. In der modernen Welt der politischen Partizipation geht das weit über das einfache Wählen bei Wahlen hinaus. Beteiligung manifestiert sich in verschiedenen Formen, sei es durch Demonstrationen, das Sammeln von Unterschriften oder sogar durch gezielte Boykotts. Diese vielfältigen Möglichkeiten zur aktiven Beeinflussung politischer Ereignisse sind von entscheidender Bedeutung für das Funktionieren einer Demokratie. Ein Mangel an politischer Partizipation kann problematisch sein und die Demokratie selbst gefährden.⁶⁰ In vielen Ländern hat sich das Repertoire der politischen

⁵⁸ Verba und Nie, 82–85.

⁵⁹ „Volksbegehren“, zugegriffen 4. Oktober 2023, https://www.bmi.gv.at/411/start.aspx#pk_01.

⁶⁰ Norris, *Democratic Phoenix*, 24.

Partizipation durch Digitalisierung erheblich erweitert. Die Einführung neuer digitaler Dienste, die unter dem Schlagwort "Liquid Democracy" zusammengefasst sind, hat die politische Landschaft verändert. Darüber hinaus sind zahlreiche neue politische Gruppen und Bewegungen entstanden, die innovative Methoden zur Beeinflussung politischer Entscheidungen entwickelt haben. Diese Bewegungen reichen von Menschenrechts- und Umweltaktivisten bis hin zu Nationalisten, die kreative Wege finden, um ihre Anliegen voranzutreiben.⁶¹ Die Motivation zur politischen Aktivität kann aus verschiedenen Quellen stammen. Einerseits basiert sie oft auf intrinsischen Werten und dem Bedürfnis nach mentalem Wohlbefinden. Andererseits können politische Aktivitäten das Ergebnis des Wunsches sein, eigene Interessen und Ansichten in politischen Entscheidungsprozessen zu artikulieren und zu verteidigen. Dieses Streben nach politischer Selbstverwirklichung wurde bereits von Philosophen wie Plato und Aristoteles als Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung betrachtet.⁶²

Partizipation, im politischen Kontext oft als politische Beteiligung bezeichnet, beschreibt eben auch die verschiedenen Wege, auf denen Bürgerinnen und Bürger aktiv an politischen Prozessen teilnehmen können. Diese Beteiligung kann sowohl formal, beispielsweise durch Wahlen und Abstimmungen, als auch informell, etwa durch Proteste und Bürgerinitiativen, erfolgen.⁶³ Der Begriff der Partizipation ist zentral für das Verständnis demokratischer Prozesse und wird in der politischen Wissenschaft vielfältig definiert und untersucht. Laut Verba und Nie (1972) ist politische Partizipation „jede Aktivität, die darauf abzielt, die öffentliche Politik oder die Verteilung von Ressourcen zu beeinflussen“⁶⁴. Eines der bekanntesten Modelle zur

⁶¹ Edgar Everardo Guerra Blanco, „Charles Tilly. Regimes and repertoires. Chicago, Ill.: The University of Chicago Press, 2006. 256 p“, *Estudios sociológicos (Mexico City, Mexico)* 25, Nr. 75 (2007): 41.

⁶² Dahl, *Polyarchy*, 61.

⁶³ Max Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“, in *Vergleichende Politikwissenschaft: Ein einführendes Studienhandbuch*, hg. von Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel, Uni-Taschenbücher (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1997), 159–74, https://doi.org/10.1007/978-3-322-97392-4_10.

⁶⁴ Verba und Nie, *Participation in America*.

Beschreibung der Partizipation ist die Partizipationspyramide von Lester Milbrath (1965).⁶⁵ Dieses Modell visualisiert die verschiedenen Ebenen politischer Aktivität und ordnet sie hierarchisch an. An der Basis der Pyramide stehen einfache, weit verbreitete Formen der Partizipation wie das Lesen von politischen Nachrichten und das Diskutieren politischer Themen im privaten Kreis. In der Mitte der Pyramide befinden sich aktivere Formen der Teilnahme wie das Besuchen politischer Versammlungen und das Mitmachen in politischen Organisationen. An der Spitze der Pyramide stehen intensive und weniger verbreitete Aktivitäten wie das Kandidieren für politische Ämter und das Führen politischer Kampagnen. Diese Struktur verdeutlicht, dass es unterschiedliche Grade und Formen politischer Beteiligung gibt, die unterschiedlich viel Engagement und Ressourcen erfordern. Neben der Partizipationspyramide existieren weitere Modelle und Konzepte, die unterschiedliche Aspekte und Dimensionen politischer Beteiligung beleuchten. So unterscheidet das Modell der „Stufen der Partizipation“ von Arnstein (1969) zwischen verschiedenen Graden der Einflussnahme und Mitbestimmung, von der reinen Information bis hin zur vollständigen Selbstbestimmung und Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger.⁶⁶

Wichtige Konzepte der Partizipation

- **Formale Partizipation:** Dazu gehören traditionelle und institutionalisierte Formen wie Wahlen, Referenden und Mitgliedschaften in politischen Parteien. Diese Formen sind oft durch rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen geregelt.
- **Informelle Partizipation:** Diese umfasst weniger institutionalisierte und oft spontane Aktivitäten wie Demonstrationen, Boykotts und Bürgerinitiativen. Informelle Partizipation ist häufig durch eine stärkere direkte Interaktion und Mobilisierung gekennzeichnet.
- **Selbstorganisation und Selbstbestimmung:** Diese höchsten Stufen der Partizipation beinhalten die Fähigkeit der Bürger, unabhängig von staatlichen Strukturen eigene

⁶⁵ Lester W. Milbrath und Madan Lal Goel, *Political participation: how and why do people get involved in politics?*, 2d ed (Chicago: Rand McNally College Pub. Co, 1977).

⁶⁶ Sherry R. Arnstein, „A Ladder Of Citizen Participation“, *Journal of the American Institute of Planners* 35, Nr. 4 (Juli 1969): 216–24, <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>.

Entscheidungen zu treffen und Projekte zu initiieren, wie etwa die Organisation eines Gesundheitstags durch Beschäftigte.

- **Anhörung und Einbeziehung:** Diese mittleren Stufen beinhalten die Möglichkeit der Bürger, ihre Meinung und Bedenken zu äußern und in Entscheidungen einbezogen zu werden, ohne jedoch die letztendliche Entscheidungsmacht zu besitzen.
- **Information und Anweisung:** Die unteren Stufen der Partizipation beinhalten lediglich das Empfangen von Informationen oder die passive Teilnahme an vorgegebenen Prozessen.⁶⁷

Die Analyse und Diskussion dieser Modelle und Konzepte zeigt, dass Partizipation ein komplexes und vielschichtiges Phänomen ist. Die verschiedenen Stufen und Formen der Beteiligung spielen eine entscheidende Rolle für die Qualität und Funktionsweise demokratischer Prozesse und Institutionen.⁶⁸

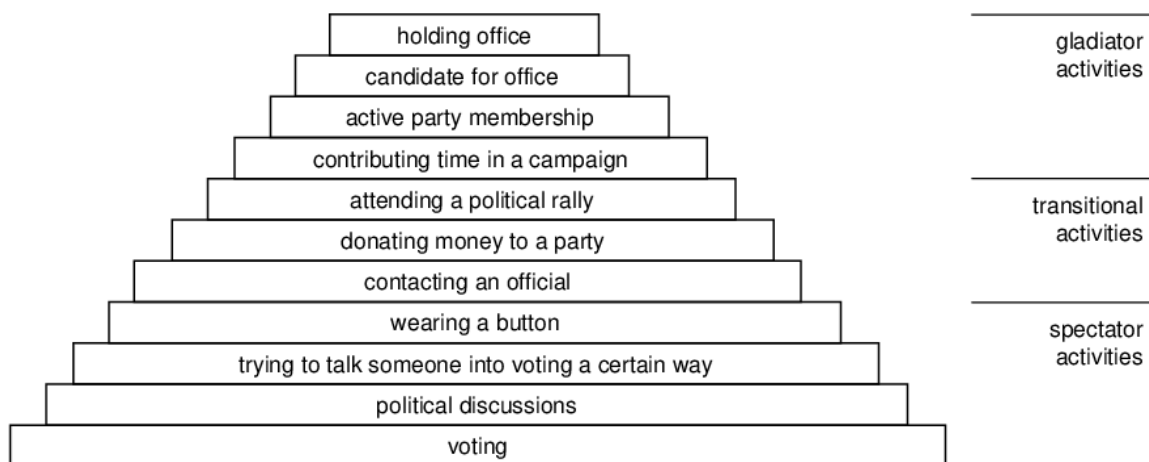


Abbildung 1: Partizipationspyramiede (Quelle: Milbrath und Goel, 1977, p.18)

Als theoretische Konstrukt dieser Arbeit sollen Knowledge Democracy, Wahltheorie, Sozialkapitaltheorie und Partizipationstheorie die Grundlage für den theoretischen Rahmen liefern. Für die Entwicklung des Fragebogens wurden allerdings hauptsächlich auf den

⁶⁷ Arnstein.

⁶⁸ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*; Arnstein, „A Ladder Of Citizen Participation“.

Konzepten der Knowledge Democracy und Sozialkapitaltheorie gesetzt. Zudem sind die Eigenheiten der partizipativen Methoden in Österreich, sowie neue Entwicklungen im Feld der Medien, besonders der Online-Medien von großem Interesse. Im Folgenden wird auf den aktuellen Forschungsstand in diesen Bereichen eingegangen. Die Knowledge Democracy ist ein theoretisches Konzept, das sich mit der Demokratisierung des Wissens und der Information befasst. Forschung auf diesem Gebiet untersucht, wie der Zugang zu Informationen und die Qualität dieser Informationen die politische Partizipation beeinflussen.⁶⁹ Dabei wird untersucht, wie Bürgerinnen und Bürger informiert sind und wie sie Informationen nutzen, um politische Entscheidungen zu treffen. Der Forschungsstand zeigt, dass der digitale Wandel und die Verfügbarkeit von Online-Plattformen die Art und Weise, wie Menschen an politischen Diskussionen teilnehmen, verändert haben. Ein Schwerpunkt liegt auf der Analyse von partizipativen Online-Plattformen, die den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, direkt an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen.⁷⁰ Die Wahltheorie hingegen beschäftigt sich mit den Gründen und Motivationen, warum Menschen an Wahlen teilnehmen und wie sie ihre Wahlentscheidungen treffen.⁷¹ In Bezug auf die Forschungsfragen liegt ein Schwerpunkt auf der Analyse der Wahlbeteiligung und der Untersuchung von Faktoren, die die Wahlentscheidung beeinflussen. Hierzu gehören soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildungsniveau, aber auch politische Einstellungen und das Vertrauen in politische Institutionen.⁷² Die Forschung zeigt, dass die Wahlbeteiligung in Österreich im internationalen Vergleich hoch ist, aber dennoch Unterschiede in der Beteiligung aufweist, die auf soziale und politische Faktoren zurückzuführen sind.⁷³ Die Sozialkapitaltheorie untersucht die Bedeutung von sozialen Netzwerken und Beziehungen für die politische Partizipation.⁷⁴

⁶⁹ Norris, *Democratic Phoenix*.

⁷⁰ Norris, *Driving Democracy*.

⁷¹ Anthony Downs, „An Economic Theory of Political Action in a Democracy“, *Journal of Political Economy* 65, Nr. 2 (April 1957): 135–50, <https://doi.org/10.1086/257897>.

⁷² Verba, Scholzman, und Brady, *Voice and equality*.

⁷³ David F. J. Campbell, *Global Quality of Democracy as Innovation Enabler: Measuring Democracy for Success*, Palgrave Studies in Democracy, Innovation, and Entrepreneurship for Growth (Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 2019).

⁷⁴ Putnam, „Bowling Alone“.

Forschung in diesem Bereich beleuchtet, wie soziale Bindungen und soziales Vertrauen das politische Engagement beeinflussen. In Österreich ist das Konzept des "Vereinswesens" von besonderem Interesse, da viele Bürgerinnen und Bürger in Vereinen und Verbänden aktiv sind.⁷⁵ Die Forschung zeigt, dass die Mitgliedschaft in politischen Organisationen einen positiven Einfluss auf die politische Partizipation hat und dass das Vertrauen in soziale Institutionen die Bereitschaft zur politischen Beteiligung erhöhen kann.⁷⁶ Partizipationstheorie hingegen betrachtet die verschiedenen Formen der politischen Teilhabe, einschließlich der Teilnahme an politischen Versammlungen, Demonstrationen, Petitionen und Bürgerinitiativen.⁷⁷ Forschung konzentriert sich darauf, welche Faktoren die Teilnahme an diesen Aktivitäten fördern oder hemmen. In Österreich sind partizipative Methoden wie Volksbegehren und Volksbefragungen wichtige Instrumente der politischen Beteiligung. Bereitschaft zur Teilnahme an partizipativen Aktivitäten wird dabei von politischen Einstellungen, sozialen Netzwerken und der Wahrnehmung von politischer Wirksamkeit beeinflusst.⁷⁸ Robert Putnam hat dabei das Konzept des „sozialen Kapitals“ geprägt, das sich auf Beziehungs- und Vertrauensnetzwerke innerhalb einer Gemeinschaft bezieht, die Zusammenarbeit und kollektives Handeln erleichtern. Putnam argumentierte, dass Sozialkapital ein wichtiger Prädiktor für politische Partizipation sei.⁷⁹ Insgesamt zeigt der aktuelle Forschungsstand, dass politische Partizipation ein komplexes Phänomen ist, das von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird. Die Knowledge Democracy, Wahltheorie, Sozialkapitaltheorie und Partizipationstheorie bieten wichtige theoretische Ansätze zur Erklärung der politischen Partizipation.

Politische Wirksamkeit

Sidney Verba und Norman Nie entwickelten das Konzept der „politischen Wirksamkeit“, das sich auf den Glauben eines Individuums an seine Fähigkeit bezieht, politische Ergebnisse zu

⁷⁵ Jan W. van Deth, José R. Montero, und Anders Westholm, Hrsg., *Citizenship and involvement in European democracies: a comparative analysis*, Routledge research in comparative politics 17 (London ; New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 2007).

⁷⁶ Putnam, „Bowling Alone“.

⁷⁷ Dahl, *Democracy and Its Critics*.

⁷⁸ Pateman, *Participation and Democratic Theory*.

⁷⁹ Putnam, „Bowling Alone“.

beeinflussen. Sie argumentierten, dass Menschen sich eher an der Politik beteiligen, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Handlungen etwas bewirken werden. Sidney Verba und Norman H. Nie sind renommierte Politikwissenschaftler, deren Arbeiten sich intensiv mit den Motiven für politische Partizipation beschäftigen.⁸⁰ In ihrem Buch "Participation in America: Political Democracy and Social Equality" (1972) führen sie umfassende Untersuchungen zur politischen Beteiligung in den USA durch und identifizieren verschiedene Motive, die das politische Engagement von Individuen antreiben. Ein herausragendes Motiv, das Verba und Nie hervorheben, ist das "Bedürfnis nach Einflussnahme". Dieses Motiv reflektiert den Wunsch von Menschen, politischen Einfluss auszuüben und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Personen, die von diesem Motiv angetrieben werden, engagieren sich aktiv in politischen Aktivitäten, um politische Veränderungen herbeizuführen. Ein weiteres zentrales Motiv ist das "Bedürfnis nach sozialer Interaktion". Sie argumentieren, dass Menschen aus sozialen Gründen politisch aktiv werden. Die Teilnahme an politischen Aktivitäten ermöglicht es ihnen, soziale Beziehungen zu knüpfen, Gemeinschaften zu bilden und soziale Bindungen zu stärken. Diese soziale Komponente der politischen Teilhabe kann die Motivation zur politischen Beteiligung erheblich steigern.⁸¹ Darüber hinaus betonen sie das Bedürfnis nach Identität und Zugehörigkeit. Dieses Motiv bezieht sich auf das Streben nach politischer Identität und dem Gefühl, Teil einer politischen Gemeinschaft oder Bewegung zu sein. Menschen, die dieses Motiv empfinden, suchen nach politischer Zugehörigkeit und sind bereit, sich aktiv für die Ziele und Werte dieser Gemeinschaft einzusetzen. Eine grundlegende Erkenntnis aus ihren Arbeiten ist, dass politische Motive nicht isoliert betrachtet werden können. Sie sind vielmehr miteinander verflochten und werden durch individuelle Erfahrungen, soziale Interaktionen und politische Umfelder geprägt. Verba und Nie betonen die Bedeutung von emotionalen und sozialen Faktoren bei der Bildung politischer Motive und betonen, dass politische Teilhabe nicht allein auf rationalen Kalkulationen beruht. Die Arbeiten von Sidney Verba und Norman H. Nie haben das Verständnis der Motive für politische Partizipation erweitert und dazu beigetragen, die Vielfalt der Anreize und Bedürfnisse, die Menschen zur politischen Aktivität bewegen, besser zu verstehen⁸². Bandura hat das Konzept der „Selbstwirksamkeit“ entwickelt, das sich auf den

⁸⁰ Verba und Nie, *Participation in America*.

⁸¹ Verba und Nie.

⁸² Verba und Nie.

Glauben einer Person an ihre eigene Kompetenz bezieht, eine Aufgabe zu erfüllen. Er argumentierte, dass Menschen sich eher an der Politik beteiligen, wenn sie sich ihrer Fähigkeit, dies zu tun, sicher sind.⁸³

2.1.1 Knowledge Democracy

Allgemein wird die "Knowledge Democracy" (Wissens-Demokratie) als ein theoretisches Konzept gesehen, das eine demokratische Struktur in Bezug auf den Zugang zu Wissen, die Produktion von Wissen und die Verteilung von Wissen in politischen Gesellschaften befürwortet. Dieses Konzept beruht auf der Überzeugung, dass eine demokratische Gesellschaft nicht nur politische Partizipation fördern sollte, sondern auch den gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Informationen für ihre Bürgerinnen und Bürger sicherstellen muss. Wie Julie In't Veld in ihrem Werk "Knowledge Democracy: Consequences for Science, Politics, and Media" betont, sollten "in einer Wissensdemokratie der Zugang zu Informationen und die Fähigkeit, Wissen zu erzeugen, nicht auf eine elitäre Gruppe beschränkt sein sollten".⁸⁴ In einer Knowledge Democracy sollen Wissensressourcen nicht von einer privilegierten Elite kontrolliert werden, sondern sie sollen für alle Mitglieder der Gesellschaft zugänglich sein. Dies schafft die Voraussetzungen für eine informierte Bürgerschaft, die in der Lage ist, fundierte politische Entscheidungen zu treffen. Die Öffnung des Wissenszugangs, wie Dahlberg (2007) argumentiert, ermöglicht eine breite politische Partizipation, da Bürgerinnen und Bürger auf das notwendige Wissen zugreifen können, um aktiv an politischen Diskursen und Entscheidungsprozessen teilzunehmen.⁸⁵

Ein wichtiger Aspekt der Knowledge Democracy besteht darin, den Informationsfluss und die Wissensproduktion vor Zensur und Monopolisierung zu schützen. Dies trägt zur Sicherung der Meinungsfreiheit und zur Förderung der politischen Transparenz bei. Habermas (1998) hebt

⁸³ Bandura, „Self-Efficacy“.

⁸⁴ Roeland J. In 't Veld, Hrsg., *Knowledge Democracy: Consequences for Science, Politics, and Media* (Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, 2010), 245, <https://doi.org/10.1007/978-3-642-11381-9>.

⁸⁵ Ingetraut Dahlberg, „Interview with Ingetraut Dahlberg December 2007“, *Knowledge organization* 35, Nr. 2–3 (2008): 82–85.

hervor, dass die Offenheit und Vielfalt in der Wissensproduktion die Legitimität politischer Entscheidungen fördern, da sie auf einem breiten Spektrum von Informationen und Perspektiven basieren. Das Konzept der „Knowledge Democracy“ (Wissens-Demokratie) ist aber auch dazu gedacht einen neuen Fokus der Beziehung zwischen Wissensproduktion und Weitergabe, den Funktionen von Medien und demokratischen Institutionen, sowie Individuen darzustellen. Sie kritisiert in ihrem Kern die mangelnde Komplexität des Demokratiebegriffes im 21. Jahrhundert, welcher - aufgrund von den neuen gesellschaftlichen Strukturen, Reorientierung von Medien, aber auch die politischen Parteien, hin zu einem Marketing-Wettbewerb um Wählerinnen, Nutzer*innen, Followerinnen und Provider von verschiedensten Daten – erweitert werden müsse, da sich die Volatilität der Politik enorm erhöht hat.⁸⁶ Sie bearbeitet dabei das formale Fehlen von breitem, sozialem Konsens von Werten und den notwendigen Quellen des Wissens und der Informationen dazu. Dabei ist ein Problem die zunehmende Medialisierung der Politik und das Verhalten von politischen Parteien und Akteuren, welche ökonomisch Vorgehen bei dem Unterfangen möglichst viele zukünftige Wählerinnen zu gewinnen, indem sie sich einerseits nahe ihrem Konkurrenten positionieren und sich andererseits mehr an den Erwartungen ihrer Wählerinnen orientieren, anstatt an politischen Grundwerten. Die reziproke Dependenz zwischen Medien und Politik wird dabei so genutzt, das politische Positionierung nicht mehr in Parlamenten, sondern in Medien durchgeführt wird. Jene Begebenheiten von Gesellschaft und Politik führen dazu, dass sich Individuen weniger stark traditionellen Wertesystemen folgen, und dadurch auch schwerer vertretbar sind, politische Parteien um diese fragmentierte Wählerschaft mit Marketing mit immer ähnlicheren politischen Gegenspielern streiten, welche ihrer Wählerschaft das sagen was sie hören wollen, und letztlich durch die Medialisierung nur mehr durch Persönlichkeiten vertreten werden, und nichtmehr so gut durch Parteien⁸⁷. Ein zentraler theoretischer Ansatz, der die Knowledge Democracy untermauert, ist die Theorie der deliberativen Demokratie, wie von Jürgen Habermas entwickelt. Diese Theorie betont die Bedeutung des rationalen Diskurses und der öffentlichen Debatte für demokratische Entscheidungsprozesse. Im Kontext der Knowledge Democracy ist die Idee, dass informierte Bürgerinnen und Bürger an rationalen Diskussionen teilnehmen können müssen, um politische Entscheidungen zu treffen, von wesentlicher Bedeutung. Daher sollte der Zugang zu relevanten

⁸⁶ In 'T Veld, *Knowledge Democracy*.

⁸⁷ In 'T Veld.

Informationen und Wissen für alle Mitglieder der Gesellschaft gewährleistet sein. Die Theorien sozialer Bewegungen und Aktivismus ist dabei ebenfalls relevant, da sie die Rolle der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger bei der Forderung nach einer demokratischeren Wissensverteilung untersucht. Historische Beispiele für soziale Bewegungen, die für den freien Zugang zu Informationen und gegen Zensur gekämpft haben, bieten Einblicke in die Bedeutung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger für die Knowledge Democracy, was besonders relevant für das Thema der Partizipation ist. Des Weiteren sind theoretische Ansätze im Bereich der digitalen Gesellschaft und der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) von Bedeutung, da die Technologie die Art und Weise verändert hat, wie Wissen produziert, verbreitet und konsumiert wird. Wie von Castells (2000) argumentiert, hat die Digitalisierung das Potenzial, den Zugang zu Informationen zu demokratisieren und die Interaktion zwischen Bürgern zu fördern.⁸⁸ Schließlich ist Knowledge Democracy auch mit den kritischen Theorien wie die Critical Theory, Poststrukturalismus und die kritische Kommunikationstheorie verbunden, um die Machtstrukturen in der Wissensproduktion und -verteilung zu analysieren. Diese Theorien betonen die Notwendigkeit, bestehende Ungleichheiten und Hierarchien in Bezug auf Wissen zu erkennen und herauszufordern.

2.1.2 Soziale Kapitaltheorie

Die Sozialkapitaltheorie ist ein zentraler theoretischer Ansatz in den Sozialwissenschaften, der die Bedeutung sozialer Beziehungen, Netzwerke und Ressourcen für die politische Partizipation und die Gesellschaft insgesamt betont. Der Begriff "Sozialkapital" bezieht sich auf die Ressourcen, die aus sozialen Beziehungen und Netzwerken hervorgehen. Diese Theorie wurde maßgeblich von Wissenschaftlern wie James S. Coleman und Robert D. Putnam entwickelt und erforscht. Im Kontext der politischen Partizipation in Österreich und in Bezug auf die Forschungsfragen lässt sich die Sozialkapitaltheorie wie folgt anwenden und interpretieren. Die Sozialkapitaltheorie betont, dass Vertrauen zwischen den Bürgern und in politische Institutionen ein wichtiger Faktor für die politische Partizipation ist.⁸⁹ In Österreich ist das Vertrauen in

⁸⁸ Castells, *The Rise of the Network Society*.

⁸⁹ Putnam, „Bowling Alone“.

politische Institutionen traditionell hoch, was sich positiv auf die Wahlbeteiligung und die Bereitschaft zur politischen Teilhabe auswirken kann. Zudem fördert die Teilnahme an sozialen Netzwerken und Gemeinschaften die politische Beteiligung wesentlich. In Österreich existieren starke soziale Netzwerke, darunter politische Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen, die die politische Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen⁹⁰. Außerdem hebt die Theorie hervor, dass soziale Normen und die Bereitschaft zur Kooperation die politische Partizipation beeinflussen.⁹¹ In Österreich gibt es eine politische Kultur, die die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den verschiedenen politischen Akteuren und der Zivilgesellschaft fördert. Dies kann sowohl als Quelle der Partizipation gesehen werden, als auch als potenzielles Hindernis, je nach Ausgestaltung der sozialen Normen und Praktiken. Weiterhin betont die Theorie der sozialen Bindung und Interaktion die Bedeutung von Bindungen und sozialer Integration für die politische Partizipation. Bürgerinnen und Bürger, die in verschiedenen sozialen und politischen Organisationen aktiv sind, haben demnach ein größeres Potenzial für politische Partizipation.⁹² Im Rahmen dieser Forschungsarbeit wird die Sozialkapitaltheorie verwendet, um zu untersuchen, wie soziales Kapital in Österreich die politische Partizipation beeinflusst. Soziale Netzwerke, das Vertrauen in politische Institutionen und die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Organisationen sind wichtige Faktoren für die politische Teilhabe in Österreich. Durch die Integration dieser theoretischen Perspektive kann ein tieferes Verständnis für die Dynamik der politischen Partizipation in Österreich gewonnen werden. Dabei wird insbesondere untersucht, welchen Einfluss das soziale Kapital auf die Partizipationsmotive hat und wie diese unterschiedlich in der Bevölkerung verteilt sind.⁹³ Kombinationen der Sozialkapitaltheorie und der Theorie der Knowledge Democracy bieten einen robusten theoretischen Rahmen, um die grundlegenden Ausprägungen und Gründe der Partizipation von Nutzenden der Plattform „meineabgeordneten.at“ zu untersuchen. Dieser Ansatz ermöglicht eine tiefgehende Analyse der sozialen und wissensbezogenen Faktoren, die

⁹⁰ Putnam.

⁹¹ Kristia H. Finnigan, „Social Capital and European Democracy. Jan W. van Deth , Marco Maraffi , Ken Newton , Paul F. Whiteley“, *The Journal of Politics* 63, Nr. 1 (Februar 2001): 339–40, <https://doi.org/10.1086/jop.63.1.2691925>.

⁹² Coleman und Blumler, *The Internet and Democratic Citizenship*.

⁹³ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

die politische Teilhabe beeinflussen. Dabei unterstreicht die Sozialkapitaltheorie die Bedeutung sozialer Beziehungen und sozialen Vertrauens für die politische Partizipation. Sie betont, dass soziales Kapital in Form von Netzwerken und sozialen Bindungen den Zugang zu politischem Wissen und die Mobilisierung für politische Aktivitäten erleichtern kann. Wenn diese Theorie auf „meineabgeordneten.at“ angewandt wird, könnte sie dazu beitragen, zu verstehen, wie die sozialen Beziehungen der Nutzenden, beispielsweise in politischen Foren oder Online-Communities, ihre Beteiligung beeinflussen.⁹⁴

2.1.3 Strukturelle Merkmale politischer Partizipation

Die Art und Weise, wie BürgerInnen an der politischen Beteiligung teilnehmen, wird als politische Partizipation bezeichnet. Kaase kategorisiert diese Beteiligungsakte in die heuristische Art, basierend auf verschiedenen Kriterien. Die meisten Menschen unterteilen sich in verfasste oder unverfasste, konventionelle oder unkonventionelle, legale oder illegale, gewaltfreie oder gewaltsame Formen der Beteiligung.⁹⁵ Alle politischen Aktivitäten, die durch die Verfassung gesetzlich verankert und geregelt sind, werden als verfasste Formen politischer Partizipation bezeichnet. Die direkte Wahl einer gesetzgebenden Körperschaft ist einer der verfassten Formen politischer Partizipation.⁹⁶ Nicht verfasste politische Beteiligungsformen wie die Teilnahme an einer BürgerInneninitiative haben "offene Rahmen- und Durchführungsbedingungen; sie sind in Bezug auf den Verlauf, die Folgen und die Zurechenbarkeit von Entscheidungsverantwortung institutionell amorph"⁹⁷. Politische Handlungen, die innerhalb der geltenden Rechtsnormen durchgeführt werden, werden als legale Formen politischer Partizipation bezeichnet. Politiker, die Gegenstände oder Personen schädigen oder bestimmte Protestformen wie einen wilden Streik oder eine Besetzung praktizieren, sind. Ein Hauptmerkmal der illegalen Beteiligung ist, dass sie gegen das Gesetz verstoßen und somit unrechtmäßig sind. In Zukunft werden illegale Formen politischer Teilnahme in politische Gewalt und zivilen Ungehorsam, der ohne Gewaltanwendung stattfindet, unterteilt. Institutionalisierte Formen der Beteiligung (wie die Mitgliedschaft von Personen in Organisationen, Parteien oder Gewerkschaften) sind aufgrund der rechtlichen

⁹⁴ Norris, *Democratic Phoenix*.

⁹⁵ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“, 195.

⁹⁶ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“.

⁹⁷ Kaase, 164.

Rahmenbedingungen den verfassten Formen der Beteiligung gleichzustellen. In den 1940er-Jahren lag der Fokus der politischen Beteiligungsforschung hauptsächlich auf der Untersuchung von Wahlbeteiligung, Parteiaktivitäten und Tätigkeiten während Wahlkampagnen. Diese Perspektive änderte sich in den 1960er-Jahren, als auch konventionelle Formen der Beteiligung, wie die Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Behörden und Politikerinnen und Politikern, in den Fokus rückten. Dieser Wandel im Konzept der konventionellen Beteiligung geht auf Forscher wie Verba und Nie zurück, die die Wahl allein nicht mehr als politische Aktivität ansahen, sondern politisch Beteiligte als Personen definierten, die legale und legitime Formen der Partizipation innerhalb des Systems praktizieren. Kaase und Marsh prägten maßgeblich die Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Beteiligung. Konventionelle Partizipation umfasst direkte und indirekte Formen der Beteiligung rund um Wahlprozesse, wie das Lesen von Zeitungen, politische Diskussionen mit Freunden, das Mobilisieren anderer zum Wählen, die Teilnahme an politischen Treffen, die Kontaktaufnahme mit politischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie die Mitarbeit in politischen Parteien oder für Kandidatinnen und Kandidaten. In den 1960er-Jahren wurden unkonventionelle Formen der Beteiligung, insbesondere der politische Protest, in die Forschung einbezogen. Hierbei handelt es sich um Verhaltensweisen, die nicht den gesellschaftlichen Normen und den Regeln des politischen Systems entsprechen, wie das Unterzeichnen von Petitionen, die Teilnahme an Demonstrationen, Boykotte, Besetzungen von Gebäuden, Mietstreiks und Blockaden. Kaase und Marsh entwickelten eine Typologie politischer Partizipation, die fünf Gruppen umfasst: Inaktive, Konformistinnen und Konformisten, Reformistinnen und Reformisten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Protestierende. Diese Gruppen zeichnen sich durch ihre unterschiedlichen Kombinationen von konventioneller und unkonventioneller Beteiligung aus.⁹⁸ Kaase betont auch, dass konventionelle und unkonventionelle Beteiligung eine reziproke Beziehung zueinander haben. Personen, die sich zunächst konventionell beteiligen, könnten aufgrund veränderter Einstellungen auch zu unkonventioneller Beteiligung übergehen, und umgekehrt. Diese Wechselwirkung zwischen den Formen der Beteiligung verdeutlicht die Dynamik politischer Partizipation.⁹⁹ Untersuchung politischer Partizipation hat im Laufe der Zeit eine Entwicklung durchlaufen. In den 1940er-Jahren lag der Fokus hauptsächlich auf der

⁹⁸ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“.

⁹⁹ 06.11.2024 15:37:00

Wahlbeteiligung, Parteiaktivitäten und Wahlkampagnen. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich dieser Fokus deutlich. In den 1960er-Jahren wurde unter konventioneller Beteiligung die Beteiligung von Politikerinnen und Politikern sowie die Kontaktaufnahme zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden verstanden. Dies wurde in den späten 1960er-Jahren und frühen 1970er-Jahren um die Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Beamtinnen und Beamten sowie Politikerinnen und Politikern erweitert. Diese Veränderung des Konzepts der konventionellen Beteiligung geht maßgeblich auf die Forschenden Verba und Nie zurück, die die Wahl nicht mehr als politische Aktivitätsform betrachteten, da politisch Beteiligte Personen sind, die legale und legitime Formen der Beteiligung innerhalb des Systems praktizieren.

Konventionelle und unkonventionelle Partizipation

Konventionelle Aktivitätsformen, die von der Allgemeinheit akzeptiert werden, umfassen nach wie vor Beteiligungsakte wie Wahlkampagnen, Parteipolitik und die Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden. Diese Entwicklung wurde maßgeblich von Forschern wie Kaase und Marsh geprägt, die direkten und indirekten Formen der Beteiligung rund um Wahlprozesse untersuchten. Hierzu gehören Aktivitäten wie das Lesen von Zeitungen, politische Diskussionen mit Freundinnen und Freunden, die Mobilisierung von anderen zur Wahl, die Teilnahme an politischen Treffen, die Kontaktaufnahme zu politischen Amtsträgerinnen und -trägern sowie die Mitarbeit in politischen Parteien oder für Kandidatinnen und Kandidaten. In den 1960er-Jahren führten gesellschaftliche Umbrüche dazu, dass Formen der Beteiligung, die nicht den sozialen Normen entsprachen, wie der politische Protest, unter dem Begriff "unkonventionelle Beteiligung" zusammengefasst wurden. Forscher wie Kaase und Marsh erweiterten das Repertoire der politischen Partizipation um unkonventionelle Formen, darunter Protestformen wie das Unterschreiben von Petitionen, die Teilnahme an Demonstrationen, das Praktizieren von Boykotten, Besetzungen von Gebäuden, Mietstreiks, Blockaden und inoffizielle Streiks.¹⁰⁰ Fraglich ist dabei die Trennschärfe zwischen den Kategorien, denn die Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation ist nicht immer scharf, da es zweifellos Überschneidungen geben kann. Zum Beispiel kann eine friedliche Demonstration in gewaltsame Auseinandersetzungen übergehen. Autoren betonen,

¹⁰⁰ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“.

dass es eine wechselseitige Beziehung zwischen den beiden Formen der Partizipation gibt. Personen, die sich lange Zeit konventionell beteiligen, könnten beginnen, sich unkonventionell zu beteiligen, und umgekehrt. Diese wechselseitige Beziehung verdeutlicht die Komplexität des Partizipationsphänomens.

Online Partizipation

In den letzten Jahren hat die Erforschung der Online-Beteiligung und E-Partizipation erheblich an Bedeutung gewonnen, wie von verschiedenen Forschenden betont wurde¹⁰¹. Diese Entwicklung spiegelt sich in neuen kreativen Formen der Online-Beteiligung wider, darunter das Schreiben von Weblogs sowie die Nutzung von Crowdsourcing oder Crowdfunding zur Erstellung von Wissensarchiven. Besonders interessant ist die Rolle der politisch konsumierenden Bürgerinnen und Bürger im Internet, die von Baringhorst als "Consumer Netizens" bezeichnet wird. Diese Gruppe nutzt das Internet als wichtige Plattform für ihr politisches Engagement und kann als politisierte Konsumentinnen und Konsumenten betrachtet werden¹⁰². Die Zunahme der Online-Beteiligung ist eng mit der Entwicklung des Social Web im letzten Jahrhundert verbunden, das vor allem von jüngeren Generationen genutzt wird. Diese jüngeren Menschen stellen die Hauptakteure des politischen Konsums im Internet dar. Es ist auch zu beachten, dass höher gebildete Personen das Internet häufiger für politische Zwecke nutzen, während niedriger gebildete Personen es eher aus Unterhaltungsgründen verwenden. Dies verdeutlicht den bildungsspezifischen Unterschied in der Online-Partizipation. Dieser Unterschied wird von Rabia Karakaya Polat auf die bessere Interpretationsfähigkeit von Informationen durch höher gebildete Personen zurückgeführt¹⁰³. Während des Wahlkampfes

¹⁰¹ Rabia Karakaya Polat, „The Internet and Political Participation: Exploring the Explanatory Links“, *European Journal of Communication* 20, Nr. 4 (Dezember 2005): 435–59, <https://doi.org/10.1177/0267323105058251>.

¹⁰² Sigrid Baringhorst, „Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation“, in *Politik in der Mediendemokratie*, hg. von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009), 609–34, https://doi.org/10.1007/978-3-531-91728-3_25.

¹⁰³ Polat, „The Internet and Political Participation“.

spielen Online-Aktivitäten eine entscheidende Rolle. Menschen informieren sich über Kandidatinnen und Kandidaten, tauschen Witze über den Wahlkampf aus und nehmen an Online-Diskussionen teil. Dies unterstreicht die Vielfalt der E-Partizipation. Politikerinnen und Politiker nutzen zunehmend soziale Medien, um Wählerstimmen zu gewinnen. Beispielsweise nutzte Barack Obama während seines Präsidentschaftswahlkampfs im Jahr 2008 soziale Medien wie Facebook und Twitter, um junge Menschen anzusprechen und zur politischen Mobilisierung zu bewegen. Politische Beteiligung hat sich zunehmend ins Internet verlagert. Es umfasst Aktivitäten wie die Kontaktaufnahme mit politischen Amtsträgerinnen und -trägern, politische Diskussionen, Boykotte und freiwillige Arbeit in der Gemeinschaft. Das Internet bietet verschiedene Ebenen für politische Beteiligung, darunter als Informationsquelle, als Kommunikationsmedium und als virtueller öffentlicher Raum, in dem politische Debatten in Online-Communities stattfinden.¹⁰⁴

2.1.4 Sozio-Demografische Faktoren politischer Partizipation

Alter

Jüngere Altersgruppen beteiligen sich in mehreren Studien häufiger an unkonventionellen Aktivitäten als ältere Gruppen und umgekehrt.¹⁰⁵ Im Zusammenhang mit dem politischen Bewusstsein wird das Alter in Lebensjahren „heute nicht mehr demographisch, sondern meist als Zugehörigkeit zu einer Generationengruppe oder „Alterskohorte“ soziologisch definiert“. ¹⁰⁶ In der politischen Kulturforschung wird das Alter oft mit Bildung und Geschlecht kombiniert. Da sich Menschen mit steigendem Alter durch verschiedene Stadien eines soziologischen Prozesses bewegen, wird das Merkmal Alter auch in Lebenszyklen unterteilt. Da sich Menschen mit

¹⁰⁴ Tom P. Bakker und Claes H. De Vreese, „Good News for the Future? Young People, Internet Use, and Political Participation“, *Communication Research* 38, Nr. 4 (August 2011): 451–70, <https://doi.org/10.1177/0093650210381738>.

¹⁰⁵ Ronald Inglehart und Wayne E. Baker, „Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values“, *American Sociological Review* 65, Nr. 1 (1. Februar 2000): 19–51, <https://doi.org/10.1177/000312240006500103>.

¹⁰⁶ Wolf Michael Iwand, *Paradigma Politische Kultur* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1985), 500, <https://doi.org/10.1007/978-3-322-97171-5>.

zunehmendem Alter durch verschiedene Stadien des soziologischen Lebenszyklus bewegen, die durch Sozialisation oder Schulbildung bis zum Erwachsenenleben verstanden werden, betonen Autoren wie Andreas Hadjar und Rolf Becker, die den Zusammenhang zwischen Sozialisation und politischer Beteiligung hervorheben, die Differenzierung des Alters in Arten wie Generation und Lebenszyklus für die explizite Erforschung der politischen Beteiligung. Um ungenaue Schlussfolgerungen zu vermeiden, empfehlen die Autoren, Kausalmechanismen hinsichtlich des Wandels so zu untersuchen, dass die Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte gleichzeitig in die Untersuchung einbezogen werden. Hadjar und Becker betonen, dass bei der Betrachtung des Alters und der politischen Beteiligung folgendes zu berücksichtigen ist: Es ist fraglich, ob und inwieweit die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen politischer Generationen, Alterungsprozesse, unterschiedliche Positionen im Lebenszyklus oder periodenspezifische Zustände und Ereignisse entscheidend für Veränderungen im politischen Partizipationsverhalten sind.

Dies zeigt, dass verschiedene Erfahrungen während der Sozialisation einen Einfluss auf die politische Beteiligung haben können. Aufgrund der kognitiven Mobilisierung sind jüngere Generationen mit besseren politischen Fähigkeiten ausgestattet, interessieren sich eher für Politik und weisen eine hohe politische Beteiligungsrate auf, was Hadjar und Becker zufolge auf einen Kohorteneffekt zurückzuführen ist. Laut den Autoren engagieren sich jüngere, gebildete Personen politisch eher unkonventionell als ältere Generationen.¹⁰⁷ Der Zusammenhang zwischen Alter und politischer Partizipation ist linear, da „politische Orientierungen sowie politische Handlungsfähigkeiten im Zuge der politischen Sozialisation erst mit zunehmendem Alter entwickeln“¹⁰⁸. Die Wahrscheinlichkeit, politische Aktivitätsformen auszuüben, steigt mit zunehmendem Alter. Effekte des Alters können besonders im Hinblick auf das politische Interesse und traditionelle Formen der Beteiligung wie Parteiaktivitäten, Wahlverhalten oder Diskussionen erkannt werden. Wenn Menschen in Rente gehen und ihr Arbeitsleben beenden, bleibt die politische Beteiligung im hohen Alter stagnierend oder nimmt ab, da entsprechende

¹⁰⁷ Andreas Hadjar und Rolf Becker, Hrsg., *Die Bildungsexpansion* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006), 106, <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90325-5>.

¹⁰⁸ Hadjar und Becker, 107.

Sozialisationsumwelten und Anlässe nur noch in geringerem Maße vorhanden sind¹⁰⁹. Aufgrund ihrer vielen Freizeit nehmen Marsh und Kaase jüngere Menschen eher an politischen Protesten teil. Sie sind stärker an politische Ideologien interessiert (wie die Young New Left der späten 1960er Jahre). Marsh und Kaase beschreiben das Protestverhalten der jüngeren Generation wie folgt: Die Ideologien der Puristen entwickeln Angst vor den etablierten traditionellen Methoden zur Erlangung politischer Hilfe. Diese Erregung zwingt politisch bewusste Jugendliche und ihre Gruppe in einen Zustand der Rebellion und führt sie auf die Straßen.¹¹⁰

Geschlecht

In der Partizipationsforschung werden zwei widersprüchliche empirische Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen Geschlecht und politischer Partizipation diskutiert. Einige Autoren betonen deutliche Unterschiede in der Beteiligung zwischen den Geschlechtern.¹¹¹ Es wird jedoch auch behauptet, dass die Unterschiede zwischen der Beteiligung von Frauen und Männern verringert werden und dass es nur schwächere Zusammenhänge für unkonventionelle Beteiligung gibt. Es wird von einem Rückgang der geschlechterspezifischen Beteiligung gesprochen und erklärt, dass Frauen häufiger nicht-institutionalisierte Formen der Beteiligung wie Demonstrationen, Unterschriften von Petitionen, Spenden oder Produktboykott praktizieren als Männer.¹¹²¹¹³ Dies liegt daran, dass Frauen nicht-institutionalisierte Formen der Beteiligung praktizieren, da Frauen nicht-institutionalisierte Formen der Beteiligung als etwas Nicht-Politisches wahrnehmen und es leichter mit ihrem Alltag und ihren Familienaufgaben vereinbaren können. Männer hingegen engagieren sich politisch durch institutionalisierte

¹⁰⁹ Hadjar und Becker, 108.

¹¹⁰ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“, 101.

¹¹¹ Roberta S. Sigel, „Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies, by Samuel H. Barnes and Max Kaase“, *Political Science Quarterly* 95, Nr. 3 (1. September 1980): 539–41, <https://doi.org/10.2307/2150095>.

¹¹² Hadjar und Becker, *Die Bildungsexpansion*.

¹¹³ Jan W. van Deth, „Politische Partizipation“, in *Politische Soziologie*, hg. von Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009), 141–61, https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6.

Methoden wie Parteipolitik, im Gegensatz zu Frauen.¹¹⁴ Demzufolge spiegelt politische Partizipation Geschlechterrollen wider und kann durch „terms of socially determined availability for mobilization“ bestimmt werden¹¹⁵. erklärt werden. Für Marsh und Kaase bildet die Kernfamilie die Grundlage für diese gesellschaftlich determinierte Mobilisierung der politischen Beteiligung von Frauen und Männern: Männer bleiben nach der Hochzeit politisch aktiv, während Frauen aufgrund ihrer Rolle als Hausfrau eingeschränkt fühlen, sich politisch im unkonventionellen Sinne zu beteiligen.

Die Autoren behaupten, dass gesellschaftliche Faktoren (wie Geschlechterrollen) und nicht die politische Einstellung der Frauen für ihre geringe Protestquote verantwortlich sind. Darüber hinaus sehen Marsh und Kaase, dass die Beteiligungsmuster von Frauen und Männern in den geschlechterspezifischen Sozialisationserfahrungen unterschiedlich sind, weil Männer ein eher aktiveres Aggressionsverhalten adaptieren und Frauen ein eher passiveres Aggressionsverhalten adaptieren, was das hohe Protestniveau der Männer erklärt.¹¹⁶ Die Autoren haben dabei auch festgestellt, dass der Wechselwirkungseffekt zwischen Geschlecht und Alter beim politischen Protest ähnlich hoch ist wie bei männlichen Personen im Alter von 30 bis 39 Jahren. Hadjar und Beckers Erklärungsansatz für den Zusammenhang zwischen Geschlecht und politischer Partizipation besagt, dass Frauen auch nach der Bildungsexpansion politischer Partizipation erfahren. Die Erklärung von Hadjar und Becker für den Zusammenhang zwischen Geschlecht und politischer Partizipation besagt, dass Frauen auch nach der Bildungsexpansion weniger politisches Interesse und weniger politische Fähigkeiten haben als Männer.¹¹⁷ Die Erweiterung der Bildung hat Frauen geholfen, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu verringern. Die Autoren behaupten, dass bei der unkonventionellen Partizipation eine geringere Ungleichheit zwischen Frauen und Männern besteht. Coffé und Bolzendahl behaupten jedoch, dass ein geschlechterspezifisches Beteiligungsmuster vorhanden ist: Die Autorinnen behaupten,

¹¹⁴ Sofie Marien, Marc Hooghe, und Ellen Quintelier, „Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-Level Analysis of 25 Countries“, *Political Studies* 58, Nr. 1 (Februar 2010): 193, <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2009.00801.x>.

¹¹⁵ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“.

¹¹⁶ Kaase.

¹¹⁷ Hadjar und Becker, *Die Bildungsexpansion*.

dass, obwohl die Anzahl weiblicher politischer Repräsentantinnen in der westlichen Gesellschaft höher ist als jemals zuvor, ein Gender-Gap in der politischen Beteiligung vorhanden ist. Obwohl das Beteiligungsmuster der Geschlechter nicht so ausgeprägt ist wie bei der Beteiligung verschiedener Altersgruppen. Obwohl das Beteiligungsmuster der Geschlechter nicht so ausgeprägt ist wie bei der Beteiligung verschiedener Altersgruppen und Bildungsgruppen, sind Männer politisch aktiver als Frauen.¹¹⁸ Ein Grund für das niedrige Beteiligungsmuster von Frauen ist, dass Frauen einen schlechteren Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen haben, während Männer häufiger Vollzeitjobs haben. Politische Beteiligung, politische Informationen und politische Wirksamkeit sind, zumindest in den Vereinigten Staaten, mit der Höhe der Beschäftigung verbunden. Da sie weniger verdienen und weniger finanzielle Ressourcen haben als Männer, beteiligen sich Frauen weniger oft. Männer mit höheren Einkommen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, politische Kandidaten zu sein, da sie mehr Zeit und Geld dafür aufwenden können als Frauen. Außerdem können Frauen ihren Alltag einfacher mit privaten, formellen und nicht sichtbaren Formen der Teilnahme vereinbaren. Private Beteiligungsformen wie das Unterschreiben von Petitionen, der Boykott oder der Kauf von Produkten aus politischen Gründen, das Spenden von Geld oder das Sammeln von Spenden für soziale oder politische Gruppen sind ressourcenunabhängig und werden daher häufiger von Frauen praktiziert. Im Gegensatz dazu engagieren sich Männer häufiger in ressourcenintensiveren Formen wie Parteimitgliedschaft, Demonstration oder Teilnahme an politischen Treffen. Diese Formen erfordern mehr Zeit und Geld.¹¹⁹ Van Deth behauptet, dass das moderne Partizipationsformen von allen Geschlechtern in ähnlichem Maße genutzt werden oder auch nicht¹²⁰, und er meint damit, dass in einigen Ländern die Gender-Gaps durch die neuen Formen der Beteiligung ausgeglichen werden. Einige Studien zeigen, dass sowohl Frauen als auch Männer an den Wahlen gleichermaßen teil. Mit anderen Worten, es gibt keinen Gender-Gap in der Wahlaktivität der institutionalisierten Wahl.¹²¹¹²²

¹¹⁸ Hilde Coffé und Catherine Bolzendahl, „Same Game, Different Rules? Gender Differences in Political Participation“, *Sex Roles* 62, Nr. 5–6 (März 2010): 318–33, <https://doi.org/10.1007/s11199-009-9729-y>.

¹¹⁹ Coffé und Bolzendahl, 330.

¹²⁰ van Deth, „Politische Partizipation“.

¹²¹ Coffé und Bolzendahl, „Same Game, Different Rules?“, 330.

Bildung

Mehrere Studien haben gezeigt, dass Bildung politische Partizipation fördert.¹²³ Hadjar/Becker (2009); Marien et al. (2010); Berinsky und Gabriel S. Lenz (2011) betonen den Zusammenhang zwischen Bildung und politischer Beteiligung, indem sie behaupten, dass „education citizens the skills and resources needed to participate in politics“¹²⁴. Laut den Autoren haben ausgebildete BürgerInnen die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen für eine politische Beteiligung. Wie folgt erklären Kay L. Schlozman, Sidney Verba und Henry E. Brady den Zusammenhang zwischen Bildung und politischer Partizipation: wir entdecken dass der Zugang zu guter Bildung und gebildete Eltern einen Vorteil nicht nur in beruflichem Erfolg, sondern auch in der politischen Stimme (Sprache) verschafft.¹²⁵ Dieses zeigt, dass die politische Kraft der Kinder durch Bildung und Reichtum der Eltern positiv beeinflusst werden kann. Laut den Autoren kann das Beteiligungsmuster der Eltern auf ihre Kinder auch zwischen den Generationen übertragen werden. Demnach kann Bildung vererbt werden und die Bildung der Eltern kann das politische Verhalten ihrer Kinder beeinflussen.¹²⁶ Laut Hajdar und Becker engagieren sich höher gebildete Personen politisch häufiger im traditionellen und unkonventionellen Sinn als niedrig gebildete Personen. Die Autoren definieren den Bildungseffekt auf unkonventionelle Partizipation als Humanvermögen, das „kognitive Fähigkeiten und Reflexions- und Handlungskompetenzen“

¹²² Marien, Hooghe, und Quintelier, „Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation“, 200.

¹²³ Sigel, „Political Action“.

¹²⁴ Adam J. Berinsky und Gabriel S. Lenz, „Education and Political Participation: Exploring the Causal Link“, *Political Behavior* 33, Nr. 3 (September 2011): 358, <https://doi.org/10.1007/s11109-010-9134-9>.

¹²⁵ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

¹²⁶ Marjorie Randon Hershey, „The Unheavenly Chorus: Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy. By Kay Lehman Schlozman, Sidney Verba, and Henry E. Brady. Princeton: Princeton University Press, 2012. 728p.“, *Perspectives on Politics* 11, Nr. 4 (Dezember 2013): 1193, <https://doi.org/10.1017/S1537592713003046>.

umfasst.¹²⁷ Aus diesem Grund ist Politik für Personen mit höherer Bildung einfacher zugänglich. Die Autoren behaupten, dass Bildung auch ein Humankapital darstellt, also Bildung in Form von formalen Wissensbeständen und Bildungszertifikaten. Das lässt sich am Arbeitsmarkt umsetzen und bestimmt gleichzeitig den Sozialstatus und die Lebenschancen. Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die politische Einstellung und das Verhalten einer Person, sondern auch auf ihre soziale Lage. Schon Marsh und Kaase haben kognitive Fähigkeiten, als jenes Instrument identifiziert, die es ihnen ermöglichen, Politik zu verstehen. Die Autoren führen das politische Verhalten der Gebildeten auf die seit den 1950er-Jahren beobachtbare Bildungsexpansion zurück. Zur gleichen Zeit verringerten sich die Mengen an traditionellen Formen der Beteiligung, wie Parteimitgliedschaften und Wahlbeteiligung in mehreren Ländern.¹²⁸ „[P]rotest in its modern expression is just as much a product of high levels of awareness generated by good education as is conventional political participation“, argumentieren Marsh und Kaase¹²⁹. Dieses zeigt, dass sowohl die traditionellen als auch der Protest (eine ungewöhnlichere Form der Beteiligung) ein Produkt des durch Bildung erzeugten höheren Bewusstseins sind. Die politischen Proteste werden hauptsächlich von Studenten und hochqualifizierten Mitgliedern moderner Gruppen (wie der Umweltbewegung, der Frauenbefreiung usw.) genutzt, um radikale Reformen zu erreichen.¹³⁰ Marien et al. (2010) behaupten auch, dass die Determinante Bildung einen besonders hohen Einfluss auf politische Beteiligung hat. Sie argumentieren, dass Bildung den größten Einfluss auf die politische Beteiligung der Autoren hat, was bedeutet, dass im Gegensatz zu anderen Einflussgrößen die Unterschiede zwischen niedrig und hoch gebildeten Personen und ihren politischen Beteiligungsmustern besonders ausgeprägt sind. Laut ihnen können höhergebildete Personen politische Fragen und Probleme angehen.¹³¹

¹²⁷ Hadjar und Becker, *Die Bildungsexpansion*, 103.

¹²⁸ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“, 112.

¹²⁹ Kaase, 1.

¹³⁰ Kaase, 113.

¹³¹ Marien, Hooghe, und Quintelier, „Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation“.

2.1.5 Individuelle Merkmale politischer Partizipation

Individuelle Merkmale spielen eine entscheidende Rolle bei der politischen Beteiligung. Diese Merkmale umfassen politische Überzeugungen und Werte, demografische Faktoren, soziale und kulturelle Einflüsse sowie politisches Wissen und Informationen. Im Folgenden werden diese Merkmale detailliert erläutert und durch wissenschaftliche Literatur untermauert.

Politische Überzeugungen und Werte

Diese umfassen die Ansichten einer Person zu bestimmten politischen Themen sowie ihre allgemeine politische Ideologie. Diese Überzeugungen und Werte beeinflussen, wie intensiv sich eine Person politisch engagiert. Verba, Schlozman und Brady (1995) zeigen in ihrer umfassenden Untersuchung, dass politisch liberal oder konservativ eingestellte Personen sich häufiger politisch beteiligen.¹³² Delli Carpini und Keeter (1996) ergänzen, dass Personen mit ausgeprägteren politischen Einstellungen eher an politischen Aktivitäten teilnehmen.¹³³ Personen mit starken politischen Überzeugungen neigen also dazu, sich aktiv an politischen Diskussionen und Kampagnen zu beteiligen, da sie ihre Ansichten und Werte durch ihr Engagement bestätigen wollen. Dieser Zusammenhang wird durch die Theorie der kognitiven Dissonanz gestützt, die besagt, dass Menschen bestrebt sind, Konsistenz zwischen ihren Überzeugungen und Handlungen herzustellen.¹³⁴

Soziale und kulturelle Einflüsse

Verba et al. (1995) betonen, dass Menschen, die in vielfältigen sozialen Netzwerken eingebunden sind und in Gemeinschaften mit hoher politischer Beteiligung leben, eher selbst politisch aktiv werden. Die Theorie des sozialen Kapitals von Putnam (2000) hebt hervor, dass Vertrauen und soziale Bindungen innerhalb von Gemeinschaften die politische Beteiligung fördern. Personen, die in engen sozialen Netzwerken integriert sind, erhalten nicht nur mehr

¹³² Verba und Nie, *Participation in America*.

¹³³ Michael X\$S0(DE-588)4\$\$G(uri)http://d-nbinfo/gnd/4 Delli Carpini und Scott Keeter, *What Americans Know about Politics and Why It Matters* (New Haven [u.a.]: Yale Univ. Press, 1996).

¹³⁴ Leon Festinger, Stanley Schachter, und Michael S. Gazzaniga, *Extending psychological frontiers: selected works of Leon Festinger* (New York: Russell Sage Foundation, 1989).

Informationen über politische Ereignisse, sondern erfahren auch sozialen Druck und normative Anreize, sich politisch zu engagieren.¹³⁵ Granovetter (1973) betont die Bedeutung von "weak ties" in sozialen Netzwerken, die den Zugang zu vielfältigen Informationen und Ressourcen ermöglichen und somit die politische Mobilisierung erleichtern. Diese Netzwerke bieten nicht nur Informationen, sondern auch normative Anreize für politisches Engagement. Personen, die in politisch aktiven Netzwerken eingebunden sind, erleben sozialen Druck, sich ebenfalls zu beteiligen.¹³⁶ Kulturelle Normen, die politische Beteiligung fördern, können die allgemeine politische Kultur einer Gemeinschaft stärken und die Beteiligungsbereitschaft erhöhen.¹³⁷

Soziales Kapital

Es bezieht sich auf die Ressourcen, die aus sozialen Beziehungen und Netzwerken hervorgehen, und umfasst Vertrauen, wechselseitige Unterstützung und gemeinsame Normen. Putnam (2000) argumentiert, dass soziales Kapital das kollektive Handeln erleichtert und das politische Engagement stärkt. In Gemeinschaften mit hohem sozialem Kapital sind die Menschen eher bereit, sich politisch zu beteiligen, da sie auf die Unterstützung und das Vertrauen ihrer Mitbürger zählen können. Das Vertrauen in politische Institutionen ist ebenfalls ein Teil des sozialen Kapitals und beeinflusst die politische Beteiligung. In Österreich, wo traditionell ein hohes Vertrauen in politische Institutionen besteht, kann dies die Wahlbeteiligung und die Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Aktivitäten positiv beeinflussen.¹³⁸

Politisches Wissen und Informationen

Verba et al. (1995) zeigen, dass Menschen mit umfassendem politischem Wissen und vielfältigen Informationsquellen eher politisch aktiv sind. Delli Carpini und Keeter (1996)

¹³⁵ Putnam, „Bowling Alone“.

¹³⁶ Mark S. Granovetter, „The Strength of Weak Ties“, *American Journal of Sociology* 78, Nr. 6 (Mai 1973): 1360–80, <https://doi.org/10.1086/225469>.

¹³⁷ Monika Oberle, „Gabriel A. Almond/Sidney Verba: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1963, 562 S“, in *Klassiker der Sozialwissenschaften*, hg. von Samuel Salzborn (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 225–28, https://doi.org/10.1007/978-3-658-13213-2_51.

¹³⁸ Putnam, „Bowling Alone“.

bestätigen, dass höheres politisches Wissen die Wahrscheinlichkeit der politischen Beteiligung erhöht. Politisches Wissen befähigt Individuen, informierte Entscheidungen zu treffen und erhöht ihr Vertrauen in die eigene Fähigkeit, politisch wirksam zu sein.¹³⁹¹⁴⁰ Das Konzept der "cognitive mobilization" von Inglehart (1990) besagt, dass gut informierte Bürger eher politisch aktiv sind, da sie die notwendigen kognitiven Ressourcen besitzen, um komplexe politische Informationen zu verarbeiten und politisches Handeln zu planen.¹⁴¹

Partizipation und politische Effektivität

Die Theorie der politischen Wirksamkeit, wie sie von Sidney Verba entwickelt wurde, untersucht die Überzeugung der Menschen, dass sie durch ihre Handlungen politische Ergebnisse beeinflussen können. Dies wird häufig mit Skalen gemessen, wie beispielsweise „Ich glaube, dass meine Handlungen einen Unterschied im politischen Prozess bewirken können“. Albert Banduras Theorie der Selbstwirksamkeit bezieht sich auf das Vertrauen einer Person in ihre Fähigkeit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Dies wird oft durch Fragen wie „Ich bin zuversichtlich, dass ich an politischen Aktivitäten teilnehmen kann“ gemessen. Menschen mit hoher Selbstwirksamkeit glauben an ihre Fähigkeit, politische Prozesse zu beeinflussen, und sind daher eher bereit, sich zu engagieren.¹⁴²

Vertrauen in politische Institutionen

Norris (2002) zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger, die Vertrauen in politische Institutionen haben, eher bereit sind, sich politisch zu engagieren. Dieses Vertrauen kann durch Transparenz und Verantwortlichkeit der Institutionen gestärkt werden. In Österreich, wo traditionell ein hohes Vertrauen in politische Institutionen besteht, kann dies die Wahlbeteiligung und die Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Aktivitäten positiv beeinflussen. Vertrauen in politische

¹³⁹ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

¹⁴⁰ Delli Carpini und Keeter, *What Americans Know about Politics and Why It Matters*.

¹⁴¹ Ronald Inglehart, „Cognitive Mobilization and European Identity“, *Comparative Politics* 3, Nr. 1 (Oktober 1970): 45, <https://doi.org/10.2307/421501>.

¹⁴² Bandura, „Self-Efficacy“.

Institutionen fördert die politische Beteiligung, da die Bürger das Gefühl haben, dass ihre Teilnahme tatsächlich Einfluss hat und von den Institutionen ernst genommen wird.¹⁴³

Motivation und Gründe für die Partizipation

Die Integration von wissenschaftlichen Theorien wie der Knowledge Democracy und der Sozialen Kapitaltheorie ermöglicht es, diese Motivationen in einem theoretischen Rahmen zu analysieren und zu erklären. In Bezug auf die Knowledge Democracy-Theorie, die die Bedeutung des breiten Zugangs zu Informationen und Wissen für eine funktionierende Demokratie betont, könnte die Motivation der Nutzer*innen auf „meineabgeordneten.at“ darin bestehen, ihre politische Bildung und Informiertheit zu steigern. Sie sehen die Plattform als eine Ressource, die es ihnen ermöglicht, besser informierte Bürgerinnen zu werden und somit effektiver an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Indem sie Dossiers erstellen und Informationen über politische Angelegenheiten sammeln, tragen sie zur Verbreitung von Wissen und zur Förderung einer informierten Bürgerschaft bei. Die Soziale Kapitaltheorie, die die Bedeutung sozialer Beziehungen, Netzwerke und Vertrauen hervorhebt, kann ebenfalls auf die Motivation zur Partizipation auf „meineabgeordneten.at“ angewendet werden. Menschen könnten sich auf der Plattform engagieren, weil sie sich in einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten sehen. Die Möglichkeit, mit anderen Nutzer*innen in Kontakt zu treten, Meinungen auszutauschen und gemeinsam an politischen Themen zu arbeiten, schafft ein soziales Kapital, das die Motivation zur Partizipation stärkt. Darüber hinaus kann die Plattform Vertrauen in politische Institutionen fördern, indem sie den Bürgerinnen das Gefühl gibt, dass ihre Stimmen und Ideen gehört und berücksichtigt werden. Dieses Vertrauen in die Effektivität der eigenen politischen Beteiligung kann ebenfalls eine starke Motivation sein, sich auf „meineabgeordneten.at“ zu engagieren. Insgesamt zeigt die Integration von Theorien wie der Knowledge Democracy und der Sozialen Kapitaltheorie, dass die Motivation zur politischen Partizipation auf „meineabgeordneten.at“ auf vielfältige Weisen beeinflusst wird, von der Suche nach Wissen und Information bis hin zur Bildung von sozialem Kapital und Vertrauen in politische Prozesse.

Informationsbedürfnis und politisches Wissen

¹⁴³ Norris, *Democratic Phoenix*.

Eine der Hauptmotivationen für die Beteiligung von Nutzer*innen auf „meineabgeordneten.at“ könnte ihr Bedürfnis sein, politisches Wissen zu erweitern und besser informierte Bürgerinnen zu werden. Die Plattform bietet Zugang zu umfassenden politischen Informationen, Dossiers und Aktivitäten von Abgeordneten. Dies ermöglicht es den Nutzer*innen, sich über aktuelle politische Themen zu informieren und fundierte Meinungen zu bilden.¹⁴⁴

Teilnahme an politischen Diskussionen

Ein weiterer wichtiger Anreiz für die aktive Teilnahme könnte die Möglichkeit sein, an politischen Diskussionen und Debatten auf „meineabgeordneten.at“ teilzunehmen. Die Plattform fördert den offenen Austausch von Meinungen und Ideen. Menschen, die politisch interessiert sind und das Bedürfnis haben, ihre Ansichten zu teilen, finden hier eine geeignete Umgebung.¹⁴⁵

Gefühl der Zugehörigkeit und Gemeinschaft

Die Plattform kann auch als ein Ort der politischen Zugehörigkeit und Gemeinschaft dienen. Nutzer*innen können sich mit bestimmten politischen Gruppen oder Ideologien identifizieren und das Gefühl haben, Teil einer politischen Gemeinschaft zu sein. Dieses soziale Element kann die Motivation zur Partizipation verstärken.¹⁴⁶

Interesse an politischer Veränderung

Viele Nutzer*innen könnten ein starkes Interesse an politischer Veränderung haben und aktiv dazu beitragen wollen. Sie sehen „meineabgeordneten.at“ als ein Werkzeug, um politische Veränderungen anzustoßen oder politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die Plattform bietet Möglichkeiten zur politischen Mobilisierung.¹⁴⁷

Soziale Netzwerke und Beziehungen

¹⁴⁴ Putnam, „Bowling Alone“.

¹⁴⁵ Verba und Nie, *Participation in America*.

¹⁴⁶ Doug McAdam, „Recruitment to High-Risk Activism: The Case of Freedom Summer“, *American Journal of Sociology* 92, Nr. 1 (Juli 1986): 64–90, <https://doi.org/10.1086/228463>.

¹⁴⁷ Sidney Tarrow, *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*, 2. Aufl. (Cambridge University Press, 1998), <https://doi.org/10.1017/CBO9780511813245>.

Soziale Netzwerke und Beziehungen: „meineabgeordneten.at“ ermöglicht es Nutzer*innen, soziale Netzwerke und Beziehungen mit anderen politisch engagierten Personen aufzubauen. Die Plattform kann als Ort der Vernetzung dienen, und das Bedürfnis nach sozialer Interaktion kann die Motivation zur Partizipation steigern. Putnam (2000) betont, dass soziale Netzwerke und gegenseitiges Vertrauen wichtige Ressourcen sind, die das politische Engagement fördern. Die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und gemeinsame politische Ziele zu verfolgen, kann die Beteiligung an politischen Aktivitäten intensivieren.¹⁴⁸

Vertrauen in die Plattform

Das Vertrauen in die Plattform „meineabgeordneten.at“ als effektives Werkzeug zur politischen Teilhabe spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Wenn Nutzer*innen Vertrauen in die Transparenz und Wirksamkeit der Plattform haben, sind sie eher geneigt, aktiv zu sein und auf die Plattform als verlässliche Informationsquelle zurückzugreifen. Norris (2002) zeigt, dass Vertrauen in politische Institutionen und Plattformen die politische Beteiligung fördert.¹⁴⁹ In diesem Kontext kann das Vertrauen in die Plattform „meineabgeordneten.at“ als entscheidender Faktor für die aktive Teilnahme der Nutzer*innen angesehen werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass individuelle Merkmale wie politische Überzeugungen, soziale und kulturelle Einflüsse, soziales Kapital, politisches Wissen und Vertrauen in politische Institutionen entscheidende Faktoren für die politische Beteiligung sind. Diese Merkmale beeinflussen, wie und warum sich Menschen politisch engagieren. Die Theorie der Knowledge Democracy und die Sozialkapitaltheorie bieten wichtige theoretische Rahmen, um die Motivationen und Gründe für die Partizipation auf „meineabgeordneten.at“ zu verstehen. Durch die Analyse dieser Theorien wird deutlich, dass die Plattform nicht nur als Informationsquelle dient, sondern auch als Medium zur Stärkung des sozialen Kapitals und des Vertrauens in politische Prozesse. Die Motivation zur politischen Partizipation wird durch ein komplexes Zusammenspiel individueller Merkmale und sozialer Einflüsse geprägt. Politische Überzeugungen und Werte, soziale Netzwerke, politisches Wissen und Vertrauen in politische Institutionen tragen alle dazu bei, wie und warum sich Menschen politisch engagieren. Die Plattform „meineabgeordneten.at“ bietet eine einzigartige Möglichkeit, diese Faktoren zu integrieren und zu analysieren, um ein umfassendes Verständnis der

¹⁴⁸ Putnam, „Bowling Alone“.

¹⁴⁹ Norris, *Democratic Phoenix*.

politischen Partizipation in Österreich zu entwickeln. Dies unterstreicht die Bedeutung digitaler Plattformen für die Förderung der Demokratie und der politischen Teilhabe.

Theorien der politischen Wirksamkeit und Selbstwirksamkeit

Politische Wirksamkeit

Die Theorie der politischen Wirksamkeit, wie sie von Sidney Verba entwickelt wurde, untersucht die Überzeugung der Menschen, dass sie durch ihre Handlungen politische Ergebnisse beeinflussen können. Dies wird häufig mit Skalen gemessen, wie beispielsweise „Ich glaube, dass meine Handlungen einen Unterschied im politischen Prozess bewirken können“¹⁵⁰.

Selbstwirksamkeit

Albert Banduras Theorie der Selbstwirksamkeit bezieht sich auf das Vertrauen einer Person in ihre Fähigkeit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Dies wird oft durch Fragen wie „Ich bin zuversichtlich, dass ich an politischen Aktivitäten teilnehmen kann“ gemessen.¹⁵¹

Inklusion und Effektivität der politischen Partizipation

Politische Partizipation ist am effektivsten, wenn sie offen und für alle Mitglieder einer Gemeinschaft zugänglich ist, unabhängig von ihrem Hintergrund oder Status. Inklusion spielt dabei eine zentrale Rolle, da eine partizipative Demokratie nur dann ihre volle Wirksamkeit entfalten kann, wenn alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt eingebunden sind. Dies fördert nicht nur die Legitimität der politischen Prozesse, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Demokratie.

Die Effektivität politischer Partizipation zeigt sich insbesondere darin, dass sie in der Lage ist, die Entscheidungsfindung und Politikgestaltung wirksam zu beeinflussen. Positive Veränderungen sind wahrscheinlicher, wenn die Bürger aktiv und substanziell an politischen Prozessen teilnehmen können. Diese aktive Teilnahme stärkt das Gefühl der Selbstwirksamkeit

¹⁵⁰ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*, 141.

¹⁵¹ Bandura, „Self-Efficacy“.

und das Vertrauen in politische Institutionen, wie es von Verba, Scholzman und Brady (1995) betont wird.¹⁵²

Repräsentativität und Transparenz

Repräsentativität ist ein weiteres Schlüsselement der politischen Partizipation. Sie wird eher als legitim wahrgenommen, wenn sie die vielfältigen Ansichten und Interessen einer Gemeinschaft widerspiegelt. Eine repräsentative politische Beteiligung stellt sicher, dass die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse der Bürger in den politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Dies fördert nicht nur die Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen, sondern stärkt auch die demokratische Kultur innerhalb einer Gesellschaft. Transparenz ist essenziell, um das Vertrauen in politische Beteiligungsprozesse zu gewährleisten. Politische Prozesse und Entscheidungen müssen klar und offen kommuniziert werden. Transparente Verfahren ermöglichen es den Bürgern, die Gründe hinter politischen Entscheidungen nachzuvollziehen und sicherzustellen, dass diese im besten Interesse der Gemeinschaft getroffen werden. Transparenz fördert somit nicht nur das Vertrauen, sondern auch die Rechenschaftspflicht der politischen Akteure.¹⁵³

Messung der politischen Beteiligung

Zur Messung der politischen Beteiligung und ihrer Einflussfaktoren werden verschiedene Methoden eingesetzt:

- **Politische Überzeugungen und Werte:** Um die politischen Überzeugungen und Werte zu erfassen, werden oft geschlossene (Multiple-Choice) und offene Fragen verwendet, die nach den Ansichten zu spezifischen politischen Themen und der allgemeinen politischen Ideologie fragen.
- **Demografische Merkmale:** Demografische Merkmale werden mittels geschlossener Fragen nach Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen und ethnischer Zugehörigkeit erfasst.

¹⁵² Verba, Scholzman, und Brady, *Voice and equality*, 208.

¹⁵³ Norris, *Democratic Phoenix*.

- **Soziale und kulturelle Einflüsse:** Offene und geschlossene Fragen zu sozialen Netzwerken und zur Häufigkeit politischer Diskussionen in der Gemeinschaft sowie zu den breiteren kulturellen Normen können diese Einflüsse messen.
- **Politisches Wissen und Informationen:** Das politische Wissen wird durch geschlossene Fragen zu politischen Fakten und offenen oder geschlossenen Fragen zu Informationsquellen gemessen.

Methoden zur Messung politischer Partizipation

Es gibt verschiedene Methoden, um die Merkmale politischer Partizipation zu messen und zu vergleichen:

1. **Wahlbeteiligung:** Die Wahlbeteiligung ist ein gängiges Maß für die Exklusivität politischer Partizipation. Sie bezieht sich auf den Prozentsatz der Wahlberechtigten, die an einer Wahl teilnehmen. Eine hohe Wahlbeteiligung wird oft als Indikator für eine gesunde Demokratie und ein hohes Maß an Bürgerengagement angesehen.
2. **Meinungsumfragen:** Umfragen und Meinungsumfragen können verwendet werden, um die Wirksamkeit der politischen Beteiligung zu messen. Durch das Erfassen der öffentlichen Unterstützung für bestimmte Themen oder Kandidaten lässt sich ableiten, wie effektiv politische Partizipation ist und welche Themen die Bürger am meisten bewegen.
3. **Kandidatendiversität:** Die Vielfalt der Kandidaten für ein Amt kann als Maß für die Repräsentativität der politischen Partizipation herangezogen werden. Eine hohe Diversität unter den Kandidaten deutet darauf hin, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit haben, ihre Interessen und Perspektiven politisch zu vertreten.
4. **Transparenzindizes:** Verschiedene Organisationen und Indizes verfolgen und messen die Transparenz von politischen Systemen und Prozessen. Diese Indizes ermöglichen es, die Transparenz verschiedener Länder oder Rechtsordnungen zu vergleichen und Verbesserungspotenziale zu identifizieren.

Die Qualität einer Demokratie kann auf verschiedene Weisen gemessen werden, entweder durch bottom-up Prozesse, die die Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie betonen, oder durch top-

down Ansätze, die eher die institutionellen Strukturen und die Effizienz der politischen Systeme fokussieren. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine inklusive, effektive, repräsentative und transparente politische Partizipation wesentliche Elemente für eine robuste und funktionierende Demokratie sind. Diese Merkmale tragen entscheidend dazu bei, das Vertrauen der Bürger in politische Prozesse zu stärken und die Qualität der Demokratie insgesamt zu verbessern.¹⁵⁴

2.1.6 Motive politischer Partizipation

Die empirische Partizipationsforschung konzentriert sich hauptsächlich auf die Mikroebene, da diese monofaktorieller ist als die Meso- oder Makroebene. Wenn jedoch verschiedene Gruppen oder Prozesse betrachtet werden sollen, ist es essenziell, die strukturelleren Ebenen ebenfalls einzubinden. Diese Abgrenzung fällt jedoch oft schwer. Auf der Mikroebene bieten Mobilisierungsprozesse wichtige Einblicke. Beispielsweise haben Parry, Moyser und Day (1992) Studien zu individuellen Mobilisierungsprozessen durchgeführt. Auf der Gruppenebene sind Werke wie die von Verba, Schlozman und Brady (1995) sowie van Deth, Montero und Westholm (2007) von Bedeutung. Medienanalysen, einschließlich Zeitungsanalysen, wurden von Rucht, Koopmans und Neidhardt (1998) sowie Nam (2007) durchgeführt. Makroanalysen von aggregierten Umfragedaten wurden von Norris (2002) bearbeitet. Eine weitergehende Untersuchung zeigt, dass politisches Engagement in vielfältigen Formen auftritt, von ehrenamtlicher Tätigkeit bis hin zu sozialem Engagement (van Deth 2003). Politische Partizipation hat sich somit erweitert und umfasst nun über 70 verschiedene Aktivitäten. Die Vereinheitlichung der Forschung zeigt sich in neuen Konzepten wie der Partizipationspyramide von Lester Milbrath (1965), die verschiedenen Ebenen der politischen Aktivität beschreibt. Sidney Verba und Norman Nie (1972) unterscheiden zwischen vier Hauptformen der Partizipation: Wählen, Mitarbeit in Kampagnen, kommunale Aktivitäten und einzelner Kontakt. Diese Kategorien wurden von Geraint Parry und seinen Mitautoren (1992) sowie von Verba, Schlozman und Brady (1995) weiterentwickelt und umfassen nun auch politische Gewalt und kollektive Beteiligung.

¹⁵⁴ Campbell, *Global Quality of Democracy as Innovation Enabler*.

Mit dem Begriff "political consumerism" hat sich eine neue Kategorie von politischer Teilhabe herausgebildet, die den Konsumverzicht oder den Einfluss auf die öffentliche Meinung bezeichnet. Micheletti definiert political consumerism als den bewussten Einsatz von Konsumententscheidungen, um politische oder ethische Anliegen auszudrücken. Faktoren für politische Partizipation umfassen unter anderem die Political Opportunity Theory (SPOT), die besagt, dass gewisse Opportunitätsstrukturen existieren, die kollektive Aktionen beeinflussen¹⁵⁵. Diese Theorie wird jedoch oft kritisiert, da sie individuelle Ebenen nur gering berücksichtigt. Stattdessen wird in der aktuellen Forschung mehr Gewicht auf individuelle Merkmale gelegt, die die Partizipationsbereitschaft beeinflussen, wie Bildung, Einkommen und gesellschaftliche Position¹⁵⁶. Ein weiteres Modell, das Civic Voluntarism Model von Verba et al. (1995), berücksichtigt zusätzliche Ressourcen wie persönliche Kontakte und Motivation, die die Bereitschaft zur politischen Teilhabe erhöhen. Politisches Selbstvertrauen (internal efficacy) und die Wahrnehmung des politischen Systems als zugänglich (external efficacy) sind ebenfalls entscheidend für die Partizipationsbereitschaft. Soziale und politische Benachteiligung führen oft zu geringerer politischer Beteiligung. Individuen, die weniger Ressourcen und Chancen sehen, neigen dazu, weniger politisch aktiv zu sein, was zu einer Ungleichheit in der politischen Partizipation führt.¹⁵⁷ Die Responsivität von politischen Akteuren, also ihre Fähigkeit, auf die Anliegen der Bürger zu reagieren, ist ein zentraler Aspekt der politischen Partizipation. Studien zeigen, dass weniger Bürger sich einer spezifischen Partei zugehörig fühlen, was eine Herausforderung für die Responsivität darstellt. Neue Modelle der Responsivität müssen daher die komplexe Beziehung zwischen Wählern und politischen Akteuren berücksichtigen. Das Konzept der Citizenship, das von T.H. Marshall (1987) entwickelt wurde, unterscheidet zwischen zivilen, politischen und sozialen Rechten. Diese Rechte haben sich sukzessive entwickelt und sind heute für die meisten Bürger selbstverständlich¹⁵⁸. Die Citizenship-Rechte basieren auf liberalen, sozialdemokratischen und republikanischen Traditionen, die

¹⁵⁵ Tarrow, *Power in Movement*.

¹⁵⁶ Verba, Scholzman, und Brady, *Voice and equality*.

¹⁵⁷ Arend Lijphart, „Unequal Participation: Democracy’s Unresolved Dilemma Presidential Address, American Political Science Association, 1996“, *American Political Science Review* 91, Nr. 1 (März 1997): 1–14, <https://doi.org/10.2307/2952255>.

¹⁵⁸ T. H. Marshall, *Citizenship and Social Class*, Pluto Classics (London: Pluto Press, 1987).

unterschiedliche Aspekte der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit betonen. Insgesamt zeigt sich, dass individuelle Merkmale wie politische Überzeugungen, Werte, soziales Kapital und Vertrauen in politische Institutionen entscheidend für die politische Partizipation sind. Diese Faktoren müssen in zukünftigen Studien weiter untersucht werden, um ein umfassendes Verständnis der politischen Teilhabe in modernen Demokratien zu entwickeln. „In allen empirischen Studien wird einerseits unterschieden zwischen den verschiedenen Formen (oder dem Repertoire) politischer Partizipation und andererseits zwischen Umfang und Verbreitung der Beteiligung.“¹⁵⁹

Während früher hauptsächlich „konventionelle“ Formen von Partizipation, wie der Kontakt zwischen Bürgern und Behörden im Mittelpunkt stand, sind seit der 1970er Jahre auch weitere Methoden der politischen Partizipation in den Vordergrund gerückt. Sowohl Protest als auch Ablehnung oder Anti-Partizipation sind legitime Formen der Teilhabe und werden beforscht.¹⁶⁰ Vor allem bei neueren Formen des Protestes wie der Feministischen Internationale oder der Friedensbewegung wurden aber noch nicht strukturell ausreichend beforscht.

„Über die **Dimensionalität der Formen politischer Partizipation** wurde ausführlich diskutiert und eine Reihe verschiedener Labels für verschiedene **Dimensionen** vorgeschlagen“¹⁶¹.

Weiters Sidney Verba und Norman Nie zu nennen, welche mit der Unterscheidung zwischen vier Hauptformen der Partizipation – „Wählen“, „Mitarbeit in Kampagnen“, „kommunale Aktivitäten“ und „vereinzelter Kontakt“ eine wichtige analytische Dimension liefern¹⁶². Diese sind von später erweitert worden zu den Haupttypen „Wählen“, „Parteikampagnen“, „kollektive Beteiligung“, „Kontaktieren“, „direkte Beteiligung“ und „politische Gewalt“. Sidney Verba, Kay Schlozman und Henry Brady erweitern sie dann zu den Hauptkategorien „Wählen“,

¹⁵⁹ van Deth, „Politische Partizipation“.

¹⁶⁰ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“.

¹⁶¹ Jan W. van Deth, Hrsg., *Private groups and public life: social participation, voluntary associations and political involvement in representative democracies* (New York: Routledge, 1997), 104.

¹⁶² Verba und Nie, *Participation in America*, 44.

„Kampagnen“, „Kontaktieren“ und „Gemeinschaft“¹⁶³. Demzufolge wurden auch Unterteilungen wie durch Alfred Hurschmans (1970) geliefert, welcher die Unterscheidung zwischen „exit“ und „voice“ definierte. Dabei zählen die Ziele der Aktivität also ob diese sich auf bestimmte Aktanten, Gruppen oder Institutionen richten oder ob diese sich an die öffentliche Meinung oder breitet gesellschaftliche Teile richtet. Mit einer Studie in zwölf europäischen Ländern wurden durch Teorell, Torcal und Montero folgendes Modell der Typologien von Formen politischer Partizipation erstellt:

		<i>Benutzte Kanäle:</i>	
		<i>Repräsentativ</i>	<i>Extra-Repräsentativ</i>
<i>Charakter der Aktivitäten:</i>	<i>Exit-basiert</i>	Wählen	Konsumenten-beteiligung
	<i>Voice-basiert</i>	Parteiaktivität	Protestaktivität
		<i>Gezielt:</i> Kontaktieren	

Quelle: Teorell/Torcal/Montero (2007: 341)

Abbildung 2: Kategorisierung der Aktivitäten von Partizipation (Quelle: Deth, et al., 2007, S.202)

Umfang und Verbreitung der Aktivitäten

Ein weitere Dimension der Partizipation ist die Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder ähnlichen traditionellen, wenig komplexen Formen der politischen Partizipation. Dies impliziert, dass eine Erweiterung der Methoden von politischer Partizipation, nicht zwingend zu mehr Beteiligung führt. Direkt danach kommen Beteiligungsmaßnahmen, wie öffentliche Diskussionen oder Teilnahme an Demonstrationen. Weniger genutzte Methoden sind Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Verkehrsblokaden, oder Hausbesetzungen.¹⁶⁴ Diese Ergebnisse beziehen sich allerdings nur auf das geteilte Deutschland, also DDR und BRD. Zusammengefasst, haben zwischen fünf und sieben Prozent der Teilnehmenden mindestens einmal im Monat aktiv. Im internationalen Vergleich zeigt sich allerdings eine Diskrepanz zwischen den Ausprägungen der

¹⁶³ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*, 72.

¹⁶⁴ van Deth, „Politische Partizipation“.

verschiedenen Formen von politischer Partizipation. Konsumentenbeteiligungen sind beispielsweise in anderen Ländern unterschiedlich stark beliebt.

Faktoren für politische Partizipation

Political Opportunity Theory (SPOT) besagt, dass gewisse Opportunitätsstrukturen bestehen und dass Aktanten immer nur im Rahmen der Opportunitäten, welche sich aus den Vorgaben und den darauffolgenden Handlungen ergeben erklären lassen. Daher ist diese Theorie auf Makroebene besonders für gesellschaftliche und oder politische Strukturen relevant.

„By political opportunity structure, I mean consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for people to undertake collective action by affecting their expectations for success or failure” ¹⁶⁵.

Trotz der intuitiven Plausibilität dieser Theorie, sind die konkreten Forschungsergebnisse begrenzt, da die individuelle Ebene hier nur eine geringe Rolle spielt. Daher wird in der aktuellen Forschung mehr Gewicht auf die Merkmale der einzelnen Personen gelegt, welche determinieren wie stark sie sich einbringen. Dabei sind vor allem deren Ressourcen ausschlaggebend für ihre Beteiligung, gewisse Studien deuten darauf hin, dass Schulbildung, Einkommen, gesellschaftliche Position, maßgeblich bestimmen, wie stark sich Bürger*innen in die Politik einbringen. ¹⁶⁶ Was sich immer wieder andeutet, ist das männlich gelesene Bürger, welche zu den höheren Einkommensgruppen gehören, überdurchschnittlich stark partizipieren.

¹⁶⁷ Dieses Modell der sogenannten „sozio-ökonomischen Standardmodell politischer Partizipation“ wurde von Verba et al. zu dem „Civic Voluntarism Model“ weiterentwickelt. Denn einerseits war offensichtlich – die sozio-ökonomischen Ressourcen bedingen Partizipation – klar war allerdings nicht, weshalb dies der Fall ist. Das CV-Model benennt Ressourcen wie persönliche Kontakte, Motivation, etc., welche die Bereitschaft zu partizipieren erhöhen. Auch die politische Orientierung auf einer Links-Recht Skala ist ein Faktor, denn Personen, welche

¹⁶⁵ Tarrow, *Power in Movement*, 85.

¹⁶⁶ Kaase, „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“; Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*; Deth, *Private groups and public life*.

¹⁶⁷ Verba und Nie, *Participation in America*; Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

sich weiter Links einordnen, haben auch höheres Interesse sich mit politischer Veränderung auseinander zu setzen. Ein weiterer Faktor bildet das Gefühl, mit den gesetzten Handlungen einen Einfluss auf das Geschehen zu haben („efficacy“). Weiter schätzen Bürger*innen, welche ein höheres politisches Selbstvertrauen haben, ihre eigenen Erfolgchancen durch Partizipation höher ein, als anderen und beteiligen sich dadurch öfters („internal efficacy“) und betrachten das politische System als einfacher zugänglich als andere (external efficacy“). ¹⁶⁸ Kontext, Ressourcen sowie politische Orientierung bieten ausreichend Erklärung dafür, wie stark Bürger*innen in Politik partizipieren. Demgegenüber steht soziale und politische Benachteiligung, welche dazu führt – in Kombination mit allgemeinen Gefühlen der Unzufriedenheit und Frustration in Bezug auf die Beteiligung in der Gesellschaft – dass diese Personen weniger politisch Partizipieren. ¹⁶⁹ Dies ist in Bezug auf demokratische Gleichbehandlung ein Problem, welches es sozialen Randgruppen zusätzlich erschwert ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Selektives Rekrutieren führt dazu, dass nur ressourcenstarke Teile der Bevölkerung politisch Anteilnehmen. Soziale Benachteiligung kann sich eben auch auf politische Benachteiligung umwälzen, wenn Personen weder Ressourcen wie Zeit, Geld oder Kompetenzen haben, noch Gründe, geschweige denn Erfolgchancen sieht und das persönliche Umfeld ihnen keine Anreize dazu gibt. Wissenschaftler*innen haben daher auch die Wiedereinführung der allgemeinen Wahlpflicht gefordert. Der partizipative Gedanke dabei, ist dass, wenn mehr Menschen an den Wahlen, und damit am partizipativen politischen Prozess teilhaben, die Demokratie das Interesse der Gesamtbevölkerung widerspiegelt.

Persönliche Ressourcen der Responsivität

Responsivität ist als ein Grundwert der Politik zu sehen, welcher in seiner Essenz die öffentliche politische Arbeit dahingehend auslegt, als ihr ein natürliches Interesse an Bürger*innen zugrunde

¹⁶⁸ Susan B. Hansen, „Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics? 2nd Edition. By Lester W. Milbrath and M. L. Goel. (Chicago: Rand McNally, 1977. Pp. Xi + 223. \$4.95, Paper.)“, *American Political Science Review* 72, Nr. 4 (Dezember 1978): 1482–84, <https://doi.org/10.2307/1954644>; Verba, Scholzman, und Brady, *Voice and equality*.

¹⁶⁹ van Deth, „Politische Partizipation“.

liegt.¹⁷⁰ Der Prozess des responsiven policy-making beinhaltet eine Vielzahl an Akteurinnen, welche eine Reihe von verschiedenen Funktionen ausführen. Dazu gehören jene gesetzgebenden Akteurinnen, welche in der Lage sind Kontakt zum Elektorat herzustellen, um die Anliegen ihres Elektorates aufzunehmen. Idealerweise werde dabei zwei Eigenschaften verbunden. Einerseits sollen responsive Gesetzgebende der Öffentlichkeit zuhören, indem sie ihre Anliegen kennt und sich darüber informiert und sich auch nach diesen Informationen richtet. Zweitens wird davon ausgegangen, dass responsive Gesetzgeber Anstrengungen unternehmen, um auf öffentliche Forderungen in der formellen Entscheidungsfindung zu reagieren, aber auch ihre Maßnahmen öffentlich zu kommunizieren, um entweder bestehenden Bedenken Rechnung zu tragen und entsprechende Aktivitäten zu signalisieren oder Wähler zu überzeugen und zu mobilisieren. Besonders in Bezug auf die schrittweise Auflösung althergebrachter Parteipolitischer Heuristiken, ist es notwendig darüber nachzudenken, wie Politik und Bevölkerung anders als durch Parteipolitik ihre Interessen bekannt machen können.¹⁷¹ Faktisch wurde in Studien aus den 2000ern gezeigt, dass weniger Bürger*innen sich einer spezifischen Partei zugehörig fühlen als früher. Dies ist eine Herausforderung für die Responsivität der Politik auf Anliegen aus der Bevölkerung. Tatsächlich lieferten Parteien wie Marken, die durch soziale Institutionen vermittelt wurden, den Wählern und politischen Eliten Hinweise, die in Umgebungen als Informationscodes fungierten.¹⁷²

Wie also Bevölkerung und Elektorat mit dem Staat verbinden, wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass traditionelle Parteibewegungen noch deren Anliegen vertreten? Erstens übersieht die einfache Unterscheidung zwischen Pluralität und proportionalen Regeln, die viel größere Variation zwischen den Wahlsystemen in etablierten Demokratien und wie sich dies auf die Ebenen und Formen des responsiven Verhaltens auswirken könnte. Zweitens wirft die anhaltende Rolle einer starken Parteienregierung in europäischen Demokratien Fragen darüber auf, inwieweit Wahlanreize für die Reaktionsfähigkeit auf individueller Ebene in diesen Kontexten von Bedeutung sein können und wie sie durch die Parteienregierung vermittelt werden. Drittens betonen eingehende Forschungen zu den Hintergründen und Verhaltensweisen

¹⁷⁰ Campbell und Zittel, „The Personal Sources of Responsiveness. Introduction to a Special Section“.

¹⁷¹ Deth, *Private groups and public life*.

¹⁷² Campbell, *Global Quality of Democracy as Innovation Enabler*.

von Abgeordneten (MPs) in europäischen Demokratien die Verhaltensimplikationen positioneller und biografischer Faktoren, die besser in zukünftige Modelle der Reaktionsfähigkeit auf individueller Ebene integriert werden müssen.¹⁷³

Das Konzept des Citizenship

Citizenship soll bedeuten, wenn Personen die formale Staatsbürger*innen-Schaft eines Nationalstaates besitzt. Man kann Citizenship aber auch weiter auslegen, und zwar das man durch Citizenship ein Bündel an Rechten und Pflichten besitzt.¹⁷⁴ Vor 300 Jahren galt die Vorstellung einer universellen Citizenship als etwas Revolutionäres, doch heute sehen wir sie als selbstverständlich an. Dennoch war es ein weiter Weg zu dieser Selbstverständlichkeit. Der Soziologe T.H. Marshall (1987) unterscheidet in seiner Geschichte der Citizenship drei wesentliche Typen der Citizenship: zivile, politische und soziale. Zivile Citizenship beschützt Individuen in ihrer Freiheit. Sie beinhalten Sprach-, Meinungs-, Denk- und Religionsfreiheit, sowie das Recht auf Besitz, Gerichtsbarkeit und Vertragsfreiheit.¹⁷⁵ Politische Citizenship bedeuten für Bürger*innen das Wahlrecht und das Recht sich selbst zur Wahl zu stellen. Soziale Citizenship schlussendlich beinhaltet das Recht auf Sozialstaat, Wohlfahrtsanspruch, sowie Sicherheit. Der Ursprung dieser Rechte und Pflichten entwickelte sich sukzessiv vom 18ten bis zum 20ten Jahrhundert und war für verschiedene Gruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten verfügbar, von welchen Frauen die letzteren waren, welche darauf Anspruch erhielten. Ob und wie diese Rechte und Pflichten definiert werden, sowie welche Gruppen bisher wieviel Zugang dazu haben, bleibt ein Gegenstand von politischer und philosophischer Diskussion. Durch Marshalls Konzept des effektiven Citizenship, geht er über das Recht hinaus auf eine soziologische Ebene des Begriffs. Mithilfe dieses soziologischen Verständnisses, kann Citizenship in unterschiedlichen Ausprägungen erreicht werden. Es gibt drei weitere Traditionen in der Demokratie auf welchen die Citizenship Rechte aufbauen. Diese sind die liberale Tradition, welche sich vor allem auf Freiheiten besinnt, welche die Souveränität über staatliche oder externe Kontrolle betonen. Die sozialdemokratische Tradition welche auch positive Freiheiten betont, wie zum Beispiel die Freiheit nach Chancengerechtigkeit. Die

¹⁷³ Norris, *Driving Democracy*.

¹⁷⁴ Deth, Montero, und Westholm, *Citizenship and involvement in European democracies*.

¹⁷⁵ Marshall, *Citizenship and Social Class*.

kommunitaristische Tradition, welche sich vor allem auf Verteilungsfragen bezieht und diese unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Interesses betrachtet. Die republikanische Tradition, ist jene, welche die politische Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt, vor kulturellen, naturalistischen oder anderen Prinzipien der Kommunalität.

2.2 Partizipation in Österreich

Politische Partizipation in Österreich ist ein vielschichtiges Phänomen, das von einer Reihe von Faktoren beeinflusst wird, darunter Alter, Geschlecht, Bildung, sozioökonomischer Status und politisches Selbstverständnis. Die Daten aus dem Österreichischen Demokratie Monitor (2019-2022), der European Social Survey der Austrian National Election Study (AUTNES, 2019) bieten wertvolle Einblicke in diese Dynamiken. Politische Partizipation ist seit mehreren Jahrzehnten ein zentrales Thema der politischen Forschung. Die Studien zeigen, dass die Teilnahme an Wahlen, zivilgesellschaftliches Engagement und das Vertrauen in politische Institutionen in Österreich stark durch soziale, ökonomische und demografische Faktoren beeinflusst werden und ebenfalls im Wandel begriffen sind. Der European Social Survey bietet ergänzende Einblicke in das politische Verhalten und die Einstellungen der Bevölkerung in Österreich im europäischen Kontext. Daten aus dem ESS zeigen, dass in Österreich die politische Partizipation und das Vertrauen in politische Institutionen im europäischen Vergleich im Mittelfeld liegen. Auffällig ist, dass sich die politische Selbstverortung der Österreicher überwiegend in der Mitte des politischen Spektrums befindet, wobei eine leichte Neigung zur linken Mitte festzustellen ist. Gleichzeitig sind autoritäre Tendenzen in den letzten Jahren verstärkt beobachtet worden, besonders im Zusammenhang mit ökonomischen Krisen und politischen Skandalen.

SORA-Demokratiemonitor: Überblick und zentrale Ergebnisse

Der SORA-Demokratiemonitor wurde 2018 anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Ersten Republik eingeführt und liefert seither jährlich eine detaillierte Analyse der demokratischen Einstellungen und der politischen Beteiligung in Österreich. Der Monitor basiert auf repräsentativen Umfragen von Personen ab 16 Jahren und beleuchtet zentrale Aspekte der Demokratie in drei Ebenen:

1. Einstellungen zur Demokratie als Staatsform

2. Vertrauen in das politische System
3. Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Laut den Ergebnissen des Demokratie Monitors 2020 bleibt die Demokratie in Österreich als beste Staatsform fest verankert: Nahezu neun von zehn Menschen sind davon überzeugt, dass die Demokratie, trotz ihrer Mängel, die beste Regierungsform ist.¹⁷⁶ Diese positive Grundhaltung wird jedoch zunehmend durch ökonomische Unsicherheiten beeinflusst. Besonders im ökonomisch schwächsten Drittel der Bevölkerung zeigt sich, dass die Zustimmung zur Demokratie sowie das Vertrauen in politische Institutionen im Vergleich zu früheren Jahren zurückgegangen sind. Diese Gruppe berichtet häufiger von Diskriminierung im Zugang zu Bildung, Arbeit und Wohnraum sowie von mangelnder politischer Repräsentation. Ein zentrales Problem, das im SORA-Bericht hervorgehoben wird, ist die Krise der Repräsentation. Viele Menschen, vor allem im unteren Einkommensdrittel, fühlen sich im politischen System nicht ausreichend vertreten. Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in der geringeren politischen Beteiligung dieser Gruppe wider. Der Demokratie Monitor 2021 verdeutlicht, dass nur 31% der Menschen im unteren Drittel glauben, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, verglichen mit 54% im oberen Drittel.¹⁷⁷ Zudem drückt die ökonomische Unsicherheit auf die politische Beteiligung: Je weniger Ressourcen Menschen zur Verfügung haben, desto geringer ist ihr Vertrauen in das System und desto weniger beteiligen sie sich an politischen Prozessen.

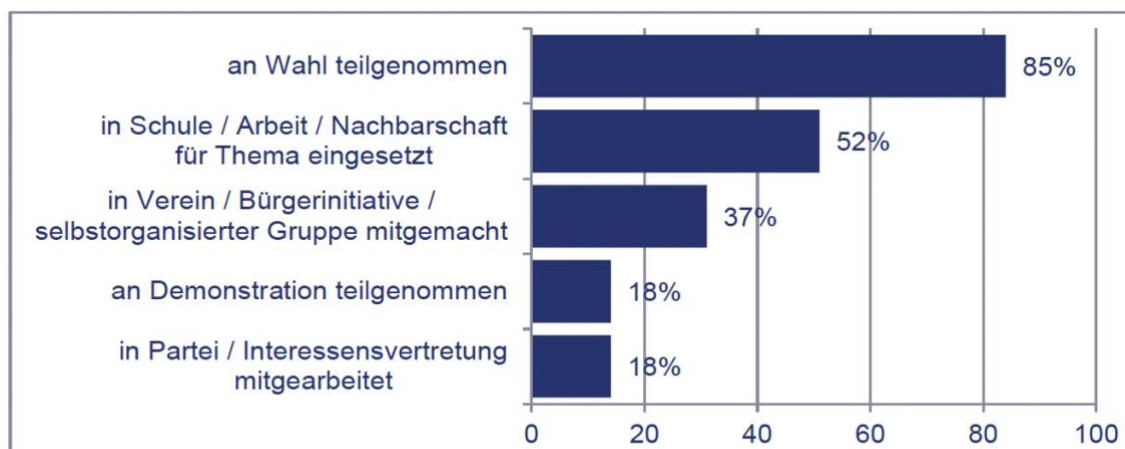
Partizipationsmuster im österreichischen Elektorat

Die Partizipationsmuster in Österreich sind stark sozial differenziert. Der SORA-Demokratiemonitor und der European Social Survey zeigen, dass höhere Bildung und Einkommen eng mit einem stärkeren politischen Engagement verbunden sind. Diese Erkenntnisse stimmen mit der klassischen Partizipationstheorie überein, wonach sozioökonomische Ressourcen einen wesentlichen Einfluss auf das politische Engagement

¹⁷⁶ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“, 2020.

¹⁷⁷ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2021“ (SORA, 2021).

haben.¹⁷⁸ Die Teilnahme an Wahlen ist nach wie vor die häufigste Form der politischen Partizipation in Österreich: 85% der Menschen geben an, an Wahlen teilgenommen zu haben. Neben den Wahlen engagieren sich etwa 52% der Befragten im direkten Umfeld, beispielsweise in der Schule oder im Arbeitskontext für soziale oder politische Themen. Deutlich weniger Menschen (37%) beteiligen sich hingegen in Vereinen, Bürgerinitiativen oder selbstorganisierten Gruppen. Die Teilnahme an Demonstrationen (18%) und die Mitarbeit in politischen Parteien oder Interessensvertretungen (ebenfalls 18%) sind seltener.¹⁷⁹



Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

Abbildung 3: Partizipationsausprägung österreichisches Elektorat (Quelle: SORA-Demokratiemonitor 2022)

Vertrauenskrise und soziale Ungleichheit

Die Vertrauenskrise in politische Institutionen ist in Österreich vor allem durch soziale Ungleichheiten geprägt, die das Vertrauen und die politische Beteiligung stark beeinflussen. Besonders auffällig ist, dass das Vertrauen in das politische System und die Bereitschaft zur politischen Partizipation im ökonomisch schwächsten Drittel der Bevölkerung besonders gering sind. Laut dem SORA-Demokratiemonitor 2020 berichten nur 31% der Menschen im unteren Einkommensdrittel, dass sie dem politischen System vertrauen, im Vergleich zu 54% im oberen

¹⁷⁸ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

¹⁷⁹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2022“ (SORA, 2022), SORA-Bericht 2022 PDF.

Einkommensdrittel¹⁸⁰. Diese Diskrepanz ist nicht nur auf ökonomische Unsicherheiten zurückzuführen, sondern auch auf Erfahrungen von Diskriminierung und mangelnder Repräsentation. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklungen weiter verschärft. Während sich Menschen im ökonomisch schwächeren Teil der Bevölkerung häufig von der Politik nicht gesehen fühlen, verstärkte die Pandemie das Gefühl von politischer Ohnmacht in breiteren Teilen der Gesellschaft. So berichteten im SORA-Demokratiemonitor 2021 nur 38% der Menschen aus der Mittelschicht, dass ihre Lebensumstände bei politischen Entscheidungen während der Pandemie berücksichtigt wurden, im Vergleich zu 57% vor der Pandemie.¹⁸¹ Ebendiese Vertrauenskrise hat auch direkte Auswirkungen auf die politische Beteiligung: Menschen, die sich politisch ohnmächtig fühlen oder keine Repräsentation ihrer Interessen erkennen, beteiligen sich seltener an politischen Prozessen. Der Demokratiemonitor zeigt, dass Menschen im unteren Einkommensdrittel seltener an Wahlen teilnehmen (70%) und deutlich weniger in Vereinen oder Bürgerinitiativen aktiv sind (18%) im Vergleich zu den oberen Einkommensschichten, wo die Teilnahme an Wahlen bei etwa 85% liegt und das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich höher ist (37%).¹⁸² In Anbetracht solcher Zahlen zeigt sich, dass die sozioökonomische Stellung eng mit dem Vertrauen in das politische System und der Bereitschaft zur politischen Partizipation verknüpft ist. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für die Demokratie in Österreich dar, da politische Gleichheit und Repräsentation in allen gesellschaftlichen Gruppen gewährleistet sein müssen, um das Vertrauen in das demokratische System aufrechtzuerhalten. Während Menschen aus höheren Einkommens- und Bildungsschichten aktiver an politischen Prozessen teilnehmen, fühlen sich viele Menschen aus dem ökonomisch schwächsten Drittel von der Politik abgehängt und in ihrem Alltag nicht repräsentiert. Diese Diskrepanz zeigt sich auch im Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen, insbesondere während Krisen wie der Corona-Pandemie. Die Ergebnisse des SORA-Demokratiemonitors und des European Social Survey machen deutlich, dass die

¹⁸⁰ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“.

¹⁸¹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2021“.

¹⁸² SORA Institute for Social Research and Consulting.

österreichische Demokratie vor der Herausforderung steht, politische Gleichheit und Repräsentation über alle Bevölkerungsgruppen hinweg zu gewährleisten.

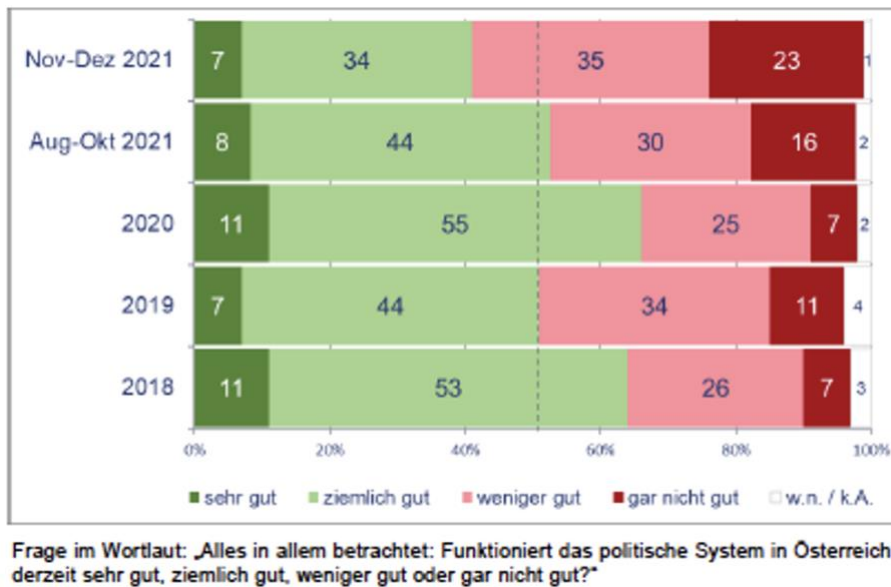


Abbildung 4: Zustimmung politisches System Österreich (Quelle: SORA-Demokratiemonitor 2021)

Alter und politische Partizipation

Die politische Partizipation in Österreich variiert stark zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Jüngere Wähler im Alter von 18 bis 29 Jahren zeigen eine geringere Wahlbeteiligung von etwa 60%, während ältere Wählergruppen, insbesondere ab 50 Jahren, eine Wahlbeteiligung von über 80% aufweisen. Diese Diskrepanz spiegelt eine allgemeine Tendenz wider, die auch in anderen westlichen Demokratien zu beobachten ist: Ältere Bürger sind tendenziell eine stabilere und engagiertere Wählergruppe, was auf die höhere Verwurzelung in traditionellen politischen Strukturen zurückzuführen sein könnte. Ähnlich zeigt der SORA Demokratie Monitor (2021), dass die Partizipation älterer Generationen auch in anderen Formen politischer Aktivitäten, wie der Teilnahme an öffentlichen Diskursen oder politischen Versammlungen, im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen höher ist. Diese Unterschiede in der Partizipation verdeutlichen die Notwendigkeit, gezielte politische Maßnahmen zur Mobilisierung junger Menschen zu ergreifen.¹⁸³

¹⁸³ SORA Institute for Social Research and Consulting.

Bildung und politisches Engagement

Bildung ist ein entscheidender Faktor für politisches Engagement in Österreich. Personen mit höherem Bildungsabschluss sind deutlich politisch aktiver. Laut der European Values Study haben etwa 60% der österreichischen Bevölkerung mit Universitätsabschluss in den letzten fünf Jahren an politischen Aktivitäten teilgenommen, wie Demonstrationen oder Petitionen¹⁸⁴. Diese Zahl sinkt auf 35% bei Personen ohne akademische Ausbildung. Zudem bestätigt die Austrian National Election Study (AUTNES, 2019), dass ein höherer Bildungsgrad positiv mit einem stärkeren politischen Selbstverständnis und einer höheren Wahrscheinlichkeit korreliert, politisch aktiv zu sein. Die Untersuchung zeigt, dass 45% der politisch aktiven Bevölkerung einen Hochschulabschluss haben, während nur etwa 25% der politisch Inaktiven diese Bildungsebene erreicht haben.¹⁸⁵ Dies deutet darauf hin, dass Bildung nicht nur die politische Teilhabe fördert, sondern auch das Verständnis und die Fähigkeiten zur politischen Partizipation stärkt.

Sozioökonomischer Status und politische Partizipation

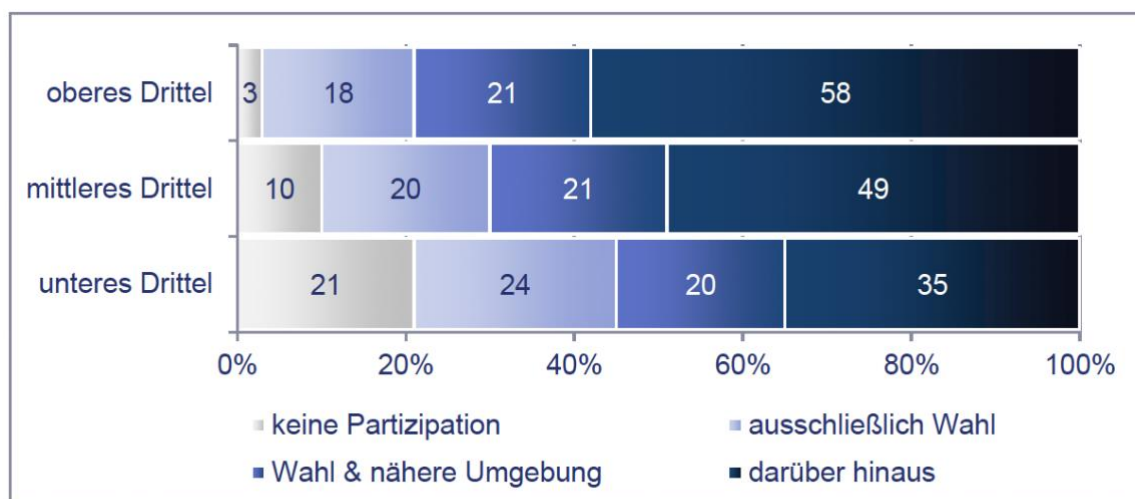
Auch der sozioökonomische Status spielt eine bedeutende Rolle in der politischen Partizipation. Die Österreichische Arbeitsklima-Umfrage (2019) zeigt, dass Menschen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 3.000 Euro häufiger an politischen Aktivitäten teilnehmen als Personen mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro. Finanziell besser gestellte Personen haben in der Regel mehr Zeit, Ressourcen und besseren Zugang zu politischen Informationsquellen, was zu einem höheren Maß an politischer Beteiligung führt. Die Ungleichheit in der politischen Beteiligung, basierend auf dem Einkommen, spiegelt ein bekanntes Muster in westlichen Demokratien wider, in denen sozioökonomische Ungleichheiten auch politische Teilhabe beeinflussen.¹⁸⁶

¹⁸⁴ European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS9 - integrated file, edition 3.2“ ([object Object], 2023), https://doi.org/10.21338/ESS9E03_2.

¹⁸⁵ Julian Aichholzer u. a., „AUTNES Online Panel Study 2017-2019 (SUF Edition)“ (AUSSDA, 2020), <https://doi.org/10.11587/QDETRI>.

¹⁸⁶ „Arbeitsklima Index April 2019“, Arbeiterkammer Oberösterreich, zugegriffen 18. September 2024, https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsundgesundheit/arbeitsklima/arbeitsklima_index/Arbeitsklima_Index_2019_April.html.

Die dargestellte Abbildung 5 veranschaulicht die Häufigkeit, mit der Menschen in Österreich an politischen Diskussionen teilnehmen. Es zeigt sich, dass ein signifikanter Anteil der Bevölkerung regelmäßig über Politik spricht: 29 % der Befragten geben an, oft über politische Themen zu diskutieren, während 42 % dies gelegentlich tun. Damit beteiligt sich insgesamt über zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung zumindest gelegentlich an politischen Gesprächen. Interessant ist auch der Anteil derjenigen, die selten oder nie über Politik sprechen. 22 % der Befragten diskutieren selten über politische Themen, und 6 % geben an, dies nie zu tun. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass trotz eines allgemeinen Interesses an politischen Themen ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung weniger aktiv in politische Diskurse eingebunden ist. Dies unterstreicht somit die Bedeutung politischer Diskussionen in Österreich, weist aber auch auf Unterschiede in der Beteiligung hin. Während ein Großteil der Menschen regelmäßig über Politik spricht, gibt es auch Gruppen, die sich aus verschiedenen Gründen weniger an solchen Gesprächen beteiligen. Dies könnte auf Faktoren wie politisches Interesse, Bildung oder Vertrauen in politische Institutionen zurückzuführen sein.¹⁸⁷



Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

Abbildung 5: Sozio-Ökonomie und Partizipation (Quelle: SORA, 2020)

¹⁸⁷ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“, 26.

Politisches Selbstverständnis und Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in politische Institutionen sowie das subjektive Gefühl politischer Wirksamkeit haben ebenfalls einen entscheidenden Einfluss auf die politische Partizipation. Die Europäische Sozialerhebung (ESS 2019) zeigt, dass etwa 40% der Österreicher dem Parlament und 35% der Bevölkerung der Bundesregierung vertrauen. Ein stärkeres politisches Selbstverständnis geht oft mit einem höheren Vertrauen in staatliche Institutionen, insbesondere in die Justiz (etwa 60%), einher.¹⁸⁸ Diese Bürger nehmen auch häufiger an politischen Diskussionen teil. Laut der SORA-Studie (2020) haben diejenigen, die angeben, politisch aktiver zu sein, tendenziell ein größeres Vertrauen in das Justizsystem und bewerten den Zustand der Demokratie positiver.¹⁸⁹

Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaften

Lange Zeit galt die Wahlbeteiligung als die zentrale Form der politischen Partizipation in Österreich. Die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen lag beispielsweise im Jahr 2019 bei 75,6% (BMI, 2019). Dennoch ist in den letzten Jahrzehnten ein Abwärtstrend zu beobachten, was als besorgniserregendes Zeichen für die Demokratiequalität gewertet wird. Studien zeigen, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger an Wahlen teilnehmen, was die Legitimation des politischen Systems untergraben kann.¹⁹⁰ Neben der Wahlbeteiligung sind Parteimitgliedschaften eine weitere wichtige institutionelle Form der Partizipation. Österreich gilt als Archetypus eines Parteienstaats, in dem politische Parteien eine dominante Rolle spielen. Diese Dominanz hat jedoch auch zur Folge, dass die Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt ist und institutionelle Partizipationsformen bevorzugt werden. Trotz der Bedeutung politischer Parteien ist ein Rückgang der Parteimitgliedschaften zu verzeichnen. Einige Parteien bieten

¹⁸⁸ European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS10 - integrated file, edition 3.2“ (Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, 2023), https://doi.org/10.21338/ESS10E03_2.

¹⁸⁹ European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS9 - integrated file, edition 3.2“.

¹⁹⁰ Katrin Praprotnik und Flooh Perlot, Hrsg., *Das Politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke*, 1. Aufl. (Wien: Böhlau Verlag, 2022), 439, <https://doi.org/10.7767/9783205215950>.

mittlerweile abgeschwächte Formen der Mitgliedschaft an, um mehr Bürgerinnen und Bürger zu binden.¹⁹¹

Nicht-institutionelle Partizipationsformen

Nicht-institutionelle Formen der politischen Partizipation, wie Demonstrationen, Boykotte oder das Unterzeichnen von Petitionen, nehmen in Österreich zu. Dennoch hinkt Österreich im internationalen Vergleich hinterher, insbesondere im Bereich der nicht-institutionellen Partizipation. Während in Schweden fast 40 Prozent der Befragten angaben, mindestens eine Form nicht-institutioneller Partizipation ausgeübt zu haben, liegt dieser Wert in Österreich deutlich niedriger¹⁹². Eine detaillierte Analyse der verschiedenen Formen der politischen Partizipation zeigt, dass das Unterzeichnen von Petitionen und das Boykottieren von Produkten die beliebtesten nicht-institutionellen Partizipationsformen in Österreich sind. Beispielsweise gaben nur etwa 10 Prozent der Befragten an, im vergangenen Jahr mindestens einmal ein Produkt aus politischen Gründen boykottiert zu haben.¹⁹³

Diskussion und Partizipation

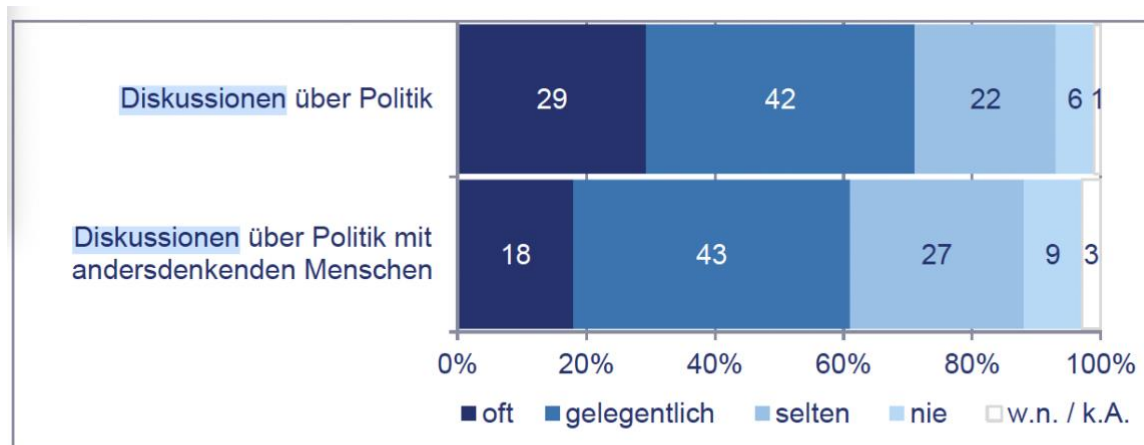
In Österreich sind politische Diskussionen ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Austauschs, auch wenn die Häufigkeit solcher Diskussionen variiert. Laut der hier dargestellten Grafik diskutieren 29 % der österreichischen Bevölkerung oft über Politik, während 42 % dies gelegentlich tun. Ein nicht unerheblicher Teil der Befragten, 22 %, gibt jedoch an, selten an politischen Diskussionen teilzunehmen, und 6 % diskutieren nie über politische Themen. Interessant ist die Dynamik in Gesprächen mit Menschen, die eine deutlich andere Meinung haben. Hier geben nur 18 % an, häufig mit Andersdenkenden zu diskutieren, während 43 % dies gelegentlich tun. Ein größerer Teil, 27 %, diskutiert selten mit Menschen, die eine grundlegend andere Meinung vertreten, und 9 % beteiligen sich nie an solchen Diskussionen. Diese Werte verdeutlichen, dass politische Diskussionen zwar in vielen Bereichen stattfinden, aber der

¹⁹¹ Praprotnik und Perlot, 439.

¹⁹² Martin Dolezal und Swen Huter, „Consensus democracy under pressure? Political protest in Austria, 1975-2005“, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36, Nr. 3 (2007): 337–54.

¹⁹³ Praprotnik und Perlot, *Das Politische System Österreichs*, 439–56.

Austausch mit Menschen, die konträre Meinungen vertreten, seltener ist, was möglicherweise auf eine Polarisierung innerhalb der Gesellschaft hinweist.¹⁹⁴



Frage im Wortlaut: „Diskutieren Sie oft, gelegentlich, selten oder nie über Politik / über Politik mit Menschen, die eine grundlegend andere Meinung haben als Sie selbst?“

Abbildung 6: Diskussion und Partizipation (Quelle: SORA, 2020)

Direkte Demokratie

Direkte Demokratie spielt in Österreich eine wichtige Rolle. Volksbegehren sind ein zentrales Instrument, das Bürgerinnen und Bürger nutzen können, um politische Entscheidungen direkt zu beeinflussen. Seit der Einführung dieses Instruments in der Zweiten Republik wurden zahlreiche Volksbegehren initiiert, wobei einige von ihnen erheblichen politischen Einfluss hatten.¹⁹⁵ Die politische Kultur in Österreich ist stark von einem hohen Maß an Sozialkapital geprägt, das Vertrauen und Netzwerke innerhalb der Gesellschaft umfasst. Personen mit einem hohen Maß an Sozialkapital sind eher geneigt, sich politisch zu beteiligen. Studien zeigen, dass das Vertrauen in politische Institutionen und die Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Organisationen wichtige Faktoren für die politische Teilhabe sind.¹⁹⁶

¹⁹⁴ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“.

¹⁹⁵ „Alle Volksbegehren der zweiten Republik“, zugegriffen 9. Juli 2024, https://www.bmi.gv.at/411/Alle_Volksbegehren_der_zweiten_Republik.aspx.

¹⁹⁶ Putnam, „Bowling Alone“; Praprotnik und Perlot, *Das Politische System Österreichs*, 439–56.

Herausforderung und Perspektiven

Insgesamt zeigt sich, dass Österreich im Bereich der politischen Partizipation vor großen Herausforderungen steht. Trotz einer hohen Wahlbeteiligung nimmt diese tendenziell ab, und andere Formen der Partizipation können dieses Defizit bisher nicht ausgleichen. Die generelle Zurückhaltung der österreichischen Bevölkerung bei der Teilnahme an institutionellen und nicht-institutionellen Partizipationsformen stellt eine ernstzunehmende Herausforderung dar. Ein Ansatz zur Verbesserung könnte die Entwicklung und Bereitstellung von Online-Partizipationsmöglichkeiten sein, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in den politischen Prozess einzubinden¹⁹⁷. Ein Vergleich der institutionellen und nicht-institutionellen Partizipationsformen in Österreich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass Österreich insbesondere bei nicht-institutionellen Formen der Partizipation hinterherhinkt. Die Daten des European Social Surveys (ESS) von 2018 verdeutlichen, dass beispielsweise in Schweden ein höherer Anteil der Bevölkerung an Demonstrationen und Petitionen teilnimmt als in Österreich.¹⁹⁸ Die politische Partizipation in Österreich daher umfasst sowohl traditionelle als auch neuere Partizipationsformen. Trotz einer hohen Wahlbeteiligung im internationalen Vergleich zeigt sich ein Abwärtstrend, der durch andere Partizipationsformen nicht vollständig ausgeglichen werden kann. Die Förderung der politischen Teilhabe durch Online-Partizipationsmöglichkeiten und die Stärkung des Sozialkapitals könnten Ansätze sein, um die demokratische Legitimation zu verbessern und die politische Partizipation in Österreich zu erhöhen.

Digitale Partizipation in Österreich

Digitale Partizipation hat sich als wesentlicher Bestandteil moderner demokratischer Systeme etabliert und spielt auch in Österreich eine zunehmend wichtige Rolle. Diese Form der Partizipation nutzt digitale Technologien, um Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse einzubinden, und folgt dabei mehreren grundlegenden Prinzipien, die für die Effektivität und Glaubwürdigkeit solcher Beteiligungsprozesse unerlässlich sind. Dies ist über verschiedenste Schnittstellen mit der digitalen Verwaltung des Bundesparlamentes sowie auf Landesebene

¹⁹⁷ Praprotnik und Perlot, *Das Politische System Österreichs*, 439–56.

¹⁹⁸ European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS9 - integrated file, edition 3.2“.

möglich. Außerdem stehen verschiedenen Nichtregierungs-Organisationen bereit, um zusätzliche Daten und Fakten für das Elektorat zu liefern. Weiters gibt es viele Digitale Amtsfunktionen, sowie digitale Ausweise, bis hin zu Prozessen, welche nur mehr digital möglich sein. Dabei wird vor allem Selbstverwaltung begünstigt, aber auch Transparenz und Engagement sollen begünstigt werden. Für viele dieser Plattformen ist aber erhebliches Vorwissen, politisch sowie digital von Nöten, um jene Angebote auch ausreichend nutzen zu können. Die Zahlen zur digitalen Partizipation in Österreich verdeutlichen die zunehmende Bedeutung dieser Form der politischen Beteiligung. Eine Studie von Glavanovits et al. (2019) zeigt, dass etwa 45% der österreichischen Bevölkerung mindestens einmal pro Monat digitale Partizipationsmöglichkeiten nutzen¹⁹⁹. Dies umfasst Aktivitäten wie das Lesen und Kommentieren politischer Blogs, die Teilnahme an Online-Umfragen und Petitionen sowie die Nutzung sozialer Medien zur politischen Meinungsäußerung.²⁰⁰

Herausforderungen

Digitale Partizipationsplattformen müssen so gestaltet sein, dass sie für alle zugänglich sind, unabhängig von technischen Fähigkeiten oder Kenntnissen. In Österreich wird dies durch Initiativen wie "Österreichs digitale Charta" unterstützt, die sicherstellen sollen, dass digitale Beteiligung niemanden ausschließt. Dies ist entscheidend, um eine breite Bürgerbeteiligung zu gewährleisten und digitale Spaltungen zu vermeiden.²⁰¹ Transparenz ist dabei ein zentrales Element digitaler Partizipation. Plattformen wie "partizipation.at" und "meineabgeordneten.at" bieten umfassende und verständliche Informationen über politische Entscheidungsprozesse und Beteiligungsmöglichkeiten. Durch klare Kommunikation und Offenlegung von Entscheidungsprozessen wird das Vertrauen der Bürger in die politische Partizipation gestärkt.²⁰² Effektive digitale Partizipation erfordert weiters einen echten Dialog zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern. Plattformen wie "meineabgeordneten.at" ermöglichen es den

¹⁹⁹ Josef Glavanovits u. a., „Politische Partizipation“, in *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*, hg. von Johann Bacher u. a. (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2019), 439–56, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6_18.

²⁰⁰ „Alle Volksbegehren der zweiten Republik“.

²⁰¹ Praprotnik und Perlot, *Das Politische System Österreichs*, 103.

²⁰² Praprotnik und Perlot, *Das Politische System Österreichs*.

Bürgern, direkt mit ihren Abgeordneten zu kommunizieren, Fragen zu stellen und Rückmeldungen zu politischen Themen zu geben. Diese Interaktion fördert ein tieferes Verständnis und eine stärkere Einbindung in politische Prozesse. Digitale Partizipationsmöglichkeiten sollten die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und verschiedene Meinungen und Perspektiven einbeziehen. Dies trägt zur Repräsentativität politischer Entscheidungen bei und stärkt die Legitimität des demokratischen Prozesses. Projekte wie das "Demokratieradar" zeigen, dass eine breite Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Österreich angestrebt wird.²⁰³ Um die Glaubwürdigkeit digitaler Partizipation zu gewährleisten, müssen die Ergebnisse und Rückmeldungen der Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen. Dies bedeutet, dass Bürgerbeteiligung nicht nur symbolisch, sondern tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen haben muss. Initiativen wie Volksbegehren, die durch digitale Mittel unterstützt werden, bieten konkrete Beispiele dafür, wie Bürgerbeteiligung verbindlich umgesetzt werden kann.²⁰⁴ Digitale Partizipation bietet zahlreiche Vorteile, darunter eine breitere Einbindung der Bevölkerung und eine Stärkung der demokratischen Prozesse. Gleichzeitig stellt sie aber auch Herausforderungen dar, wie den Schutz der Datensicherheit und der Privatsphäre sowie die Vermeidung von Fehlinformationen und Manipulationen. Trotz dieser Herausforderungen bietet die digitale Partizipation in Österreich eine wertvolle Möglichkeit, die politische Beteiligung zu fördern und die Demokratie zu stärken. Insgesamt zeigt sich, dass digitale Partizipation in Österreich auf dem Vormarsch ist und sich als wichtiges Instrument etabliert hat, um die Bürgerbeteiligung zu erweitern und die demokratischen Prozesse zu unterstützen. Dies wird durch eine Vielzahl von Projekten und Initiativen unterstrichen, die darauf abzielen, die Beteiligung der Bürger zu erhöhen und die politische Landschaft inklusiver und transparenter zu gestalten.

²⁰³ Katrin Praprotnik u. a., „Soziale Medien als politischer Informationskanal“, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 10. Mai 2019, 1-17 Seiten, <https://doi.org/10.15203/OZP.2726.VOL48ISS1>.

²⁰⁴ „Alle Volksbegehren der zweiten Republik“.

2.3 Nutzungsmuster und -häufigkeit der Plattform „meineabgeordneten.at“

Die Nutzungsmuster und die Häufigkeit der Partizipation auf digitalen Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ bieten faszinierende Einblicke in die digitale politische Landschaft Österreichs. Die Plattform „meineabgeordneten.at“ ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, direkt mit ihren gewählten Vertretern zu interagieren, politische Anliegen zu äußern und detaillierte Informationen über das Handeln der Abgeordneten zu erhalten. Diese Art der Partizipation ist besonders wertvoll, da sie nicht nur die Transparenz fördert, sondern auch die politische Beteiligung der Bevölkerung stärkt. Laut aktuellen Daten des Bundesministeriums für Inneres zeigt sich, dass digitale Partizipationsplattformen in Österreich zunehmend genutzt werden.²⁰⁵ Die Plattform „meineabgeordneten.at“ verzeichnet beispielsweise eine hohe Nutzungsfrequenz, insbesondere während Wahlperioden und politischen Krisen. Eine repräsentative Erhebung zeigt, dass ein signifikanter Anteil der Nutzer*innen und politisch interessiert und gut informiert ist. Sie nutzen die Plattform, um detaillierte Einblicke in das politische Geschehen zu gewinnen und um sich aktiv in die politische Debatte einzubringen.²⁰⁶

Nutzerprofil und Nutzungsmuster

Die Nutzende von „meineabgeordneten.at“ zeichnen sich durch ein hohes Maß an politischem Interesse und Engagement aus. Eine Erhebung zeigt, dass die Mehrheit der Nutzende über ein hohes Bildungsniveau verfügt und regelmäßig politische Nachrichten verfolgt. Dies korreliert mit dem allgemeinen Trend, dass höher gebildete und politisch interessierte Personen eher digitale Partizipationsmöglichkeiten nutzen. Die meisten Nutzende sind zwischen 30 und 50 Jahre alt und haben bereits Erfahrungen mit traditionellen Formen politischer Partizipation gesammelt. Ein wesentlicher Grund für die Nutzung der Plattform ist das Bedürfnis nach Transparenz und direkter Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Möglichkeit, ihre Anliegen direkt an die Abgeordneten zu richten und unmittelbare Rückmeldungen zu erhalten.²⁰⁷ Etwa 60% der Nutzende geben an, dass sie die Plattform nutzen, um spezifische politische Themen zu verfolgen und um direkt mit ihren

²⁰⁵ „Alle Volksbegehren der zweiten Republik“.

²⁰⁶ Praprotnik und Perlot, *Das Politische System Österreichs*.

²⁰⁷ Praprotnik u. a., „Soziale Medien als politischer Informationskanal“.

Abgeordneten in Kontakt zu treten. Die Motivation und Gründe für die Partizipation auf „meineabgeordneten.at“ sind vielfältig und spiegeln das breite Spektrum politischer Interessen und Engagements in Österreich wider. Einer der Hauptgründe für die Nutzung der Plattform ist das Bedürfnis nach Transparenz und direkter Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Möglichkeit, ihre Anliegen direkt an die Abgeordneten zu richten und unmittelbare Rückmeldungen zu erhalten. Ein weiterer bedeutender Motivationsfaktor ist die Möglichkeit, politisches Wissen zu erweitern. Die Plattform bietet umfassende Informationen über die Aktivitäten und Entscheidungen der Abgeordneten, was den Nutzenden hilft, besser informierte politische Entscheidungen zu treffen. Diese Art der Wissensvermittlung ist besonders wichtig in Zeiten, in denen Fehlinformationen und Desinformationen weit verbreitet sind.²⁰⁸ Die soziale Komponente spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Viele Nutzer*innen und Nutzende sehen die Plattform als Gemeinschaft von politisch interessierten Bürgern, die sich über aktuelle politische Themen austauschen und gemeinsam Lösungen erarbeiten können. Diese sozialen Netzwerke stärken das Gefühl der Zugehörigkeit und fördern das Engagement.²⁰⁹ Darüber hinaus bietet „meineabgeordneten.at“ eine Plattform für diejenigen, die aktiv politische Veränderungen anstoßen möchten. Durch die Teilnahme an Diskussionen und das Einbringen von Vorschlägen können die Nutzer*innen und Nutzende direkt zur politischen Entscheidungsfindung beitragen. Diese Form der Partizipation wird als sehr effektiv angesehen, da sie die Bürger in den Mittelpunkt der politischen Prozesse stellt.²¹⁰

²⁰⁸ Martin Dolezal, „Wer protestiert in Österreich? Soziodemografische, ideologische und psychologische Aspekte der Normalisierungsthese“, in *20 Jahre Österreich im European Social Survey*, hg. von Peter Grand, Marcel Fink, und Guido Tiemann, 1. Aufl. (Wien: Böhlau Verlag, 2023), 69–94, <https://doi.org/10.7767/9783205217183.69>.

²⁰⁹ Barnidge u. a., „Comparative Corrective Action“.

²¹⁰ Dolezal und Huter, „Consensus democracy under pressure? Political protest in Austria, 1975-2005“.

3. Methodik

3.1 Forschungsdesign

Diese Studie basiert auf einem explorativen quantitativen Forschungsdesign, das die politischen Partizipationsmuster der Nutzer*innen und Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ untersucht. Ziel ist es, die Unterschiede in politischer Teilhabe und Einstellungen zwischen Plattform-Nutzer*innen und einer Kontrollgruppe mit der breiteren österreichischen Bevölkerung zu vergleichen. Dabei werden zwei Stichproben befragt, um Nutzende der Plattform mit der allgemeinen Gesellschaft zu vergleichen. Insgesamt haben 58 Probandinnen und Probanden, aus beiden Stichproben, an den Umfragen teilgenommen und den Fragebogen vollständig ausgefüllt. Dabei gab es zwei Befragungswellen. Die Erhebungsphase lief vom 24.5.2024 bis zum 6.6.2024. In dieser Zeit wurde zuerst ein Online-Fragebogen, welcher auf der Plattform Crowdsignal erstellt wurde, über den Newsletter von „meineabgeordneten.at“ an Nutzende der Plattform gesendet. Der Fragebogen hat keinen Passwortschutz und wurde nur an Nutzende der Plattform, welche auch den Newsletter abonniert haben, ausgesendet. Der Fragebogen besteht aus 34 Fragen, wobei der Großteil davon an andere Studien wie dem SORA Demokratiemonitor oder den European Social Survey angelegt ist, um eine Vergleichbarkeit zu diesen Daten zu gewährleisten. Von den Nutzenden wurden 36 vollständige Fragebogen ausgefüllt, womit diese Stichprobe etwa 6% der Nutzenden der Website (circa 600 Personen) enthält. Anschließend wurde der Fragebogen an eine Schneeballstichprobe von zufällig ausgewählten Personen geschickt und von diesen weiterverbreitet. Diese zweite Stichprobe beinhaltet keine Nutzenden der Plattform „meineabgeordneten.at“ und dient daher als Kontrollgruppe zum österreichischen Elektorat. Da jedoch die Kontrollgruppe mit 22 Teilnehmenden zu klein ausgefallen ist, um Rückschlüsse auf das Elektorat zu ziehen, werden auch Sekundärdatenanalysen durchgeführt. Dabei werden große Studien zurate gezogen, welche das österreichische Elektorat repräsentieren. Diese sind: „Der SORA Demokratiemonitor“ (2018-2022); „European Social Survey“ (2023); „AUTNES Online Panel Study 2017-2019 (SUF Edition)“. Diese Sekundärdaten werden zur weiterführenden Analyse, Kontextualisierung und Validierung der Ergebnisse zusätzlich zurate gezogen und den beiden erhobenen Stichproben gegenübergestellt.

Merkmal	Beschreibung
Forschungsdesign	Explorative Studie zur quantitativen Untersuchung der politischen Partizipation von Nutzenden der Plattform "meineabgeordneten.at"
Ziel der Studie	Vergleich der Merkmale von politischer Partizipation und weiteren Einstellungen, sowohl zwischen Nutzenden der Plattform und der Kontrollgruppe als auch im Vergleich zum österreichischen Elektorat
Erhebungsinstrumente	Online-Fragebogen auf Crowdsignal erstellt, verteilt durch Link in Newsletter von `meineabgeordneten.at` (Nutzenden der Plattform) und Schneeballstichprobe (Kontrollgruppe)
Fragebogendesign	34 geschlossene Fragen basierend auf der Theorie von Sozialkapitaltheorie und Knowledge Democracy; Instrumente des Demokratiemonitors und ESS integriert
Erhebungszeitraum	24. Mai bis 6. Juni 2024
Stichprobengröße	58 Personen (36 Nutzende der Plattform, 22 Kontrollgruppe).
Rücklaufquote	6 % der Plattform-Nutzergruppe
Repräsentativität	Explorativ; keine Repräsentativität für die österreichische Bevölkerung, jedoch suggeriert für Nutzende der Plattform
Datenauswertung	SPSS: Deskriptive und inferenzstatistische Methoden zur Identifizierung signifikanter

	Unterschiede, Explorative Datenanalyse
Vergleichsgruppe	Kontrollgruppe (Schneeballstichprobe), um Unterschiede zur Plattform-Nutzergruppe und der breiteren Gesellschaft aufzuzeigen, Wechselnde Stichproben aus Studien zum österreichischen Elektorat.

Abbildung 7: Überblick über das Forschungsdesign (Quelle: Erstellt durch Autor)

Fragebogendesign

Als Grundlage der Fragen dienen die theoretischen Konzepte der Sozialkapitaltheorie und der Knowledge Democracy. Weiters wurden Instrumente des Demokratiemonitors angewandt, um belastbare, konsistente und reliable Werkzeuge zu nutzen. Die Umfragen umfassen verschiedene Frageblöcke, die demografische Informationen, Nutzungsmuster, politische Einstellungen und Vertrauen in politische Institutionen erfassen. Der Fragebogen besteht aus 34 verschiedene Fragen welche unterschiedlichen Ebenen der Partizipation erfassen. Folgende Themen sind abgedeckt: Politische Überzeugungen und Werte; Soziale und kulturelle Einflüsse; Soziales Kapital; Politisches Wissen und Informationen; Partizipation und politische Effektivität; Vertrauen in politische Institutionen; Motivation und Gründe für die Partizipation; Informationsbedürfnis und politisches Wissen; Teilnahme an politischen Diskussionen; Gefühl der Zugehörigkeit und Gemeinschaft; Interesse an politischer Veränderung; Soziale Netzwerke und Beziehungen.

Beschreibung des Fragebogens

Der Fragebogen wurde entwickelt, um die Auswirkungen der Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ auf verschiedene Dimensionen politischer Partizipation zu untersuchen. Diese Dimensionen umfassen das politische Selbstverständnis, Bildungsniveau, soziales Kapital, ökonomischer Status sowie die Wahrnehmung von Repräsentativität, Transparenz und politischer Selbstwirksamkeit. Die erste Stichprobe bestand aus Nutzer*innen und Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“, während die zweite Stichprobe als Kontrollgruppe diente, die mittels einer Schneeballstichprobe erstellt wurde. Diese duale Vorgehensweise ermöglicht es,

Unterschiede in der politischen Partizipation und den zugrunde liegenden Motiven zwischen aktiven Nutzer*innen und einer breiteren Bevölkerung zu identifizieren. Diese Methode, obwohl nicht repräsentativ, erlaubt es, eine breitere Variation an Antworten zu erhalten und mögliche Verzerrungen durch eine einseitige Auswahl zu reduzieren. Der Fragebogen umfasse 34 Fragen. Der Großteil der Fragen ist geschlossen und mittels Multiple-/ oder Single-Choice Antworten zu beantworten. Die Antwortmöglichkeiten sind Großteils ordinal skaliert und haben meistens vier oder fünf Antwortmöglichkeiten.

Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen (z. B. Nationalwahlen, Landtagswahlen, Gemeindewahlen)?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Abbildung 8: Frage 1: Teilnahme an Wahlen (Single Choice) (Quelle: Fragebogen)

Welcher dieser Parteien fühlen Sie sich zugehörig?

- ☐ SPÖ
- ☐ ÖVP
- ☐ FPÖ
- ☐ NEOS
- ☐ Grüne
- ☐ KPÖ
- ☐ Bierpartei
- ☐ Keine

Abbildung 9: Frage 4: Zugehörigkeit zu politischer Partei (Multiple Choice) (Quelle: Fragebogen)

Wenn Sie sich selbst auf einer politischen Skala einordnen müssten, wo wäre das?

- | | | | | |
|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Links | Eher links | Mitte | Eher rechts | Rechts |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

Abbildung 10: Frage 6: Selbsteinordnung politische Skala (Rating Scala) (Quelle: Fragebogen)

Wie alt sind Sie?

Abbildung 11: Frage 8: Alter (Zahleneingabe) (Quelle: Fragebogen)

Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

	Vertraue sehr	Vertraue ziemlich	Vertraue wenig	Vertraue gar nicht
Bundespräsident	☐	☐	☐	☐
Parlament	☐	☐	☐	☐
Bundesregierung	☐	☐	☐	☐

Abbildung 12: Frage 13: Vertrauen in Institutionen (Frage-Matrix) (Quelle: Fragebogen)

Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.

Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Weder noch	Stimme eher zu	Stimme zu
☐	☐	☐	☐	☐

Abbildung 13: Frage 16: Politische Selbstwirksamkeit (5-Skaliert) (Quelle: Fragebogen)

Beschreibung der Stichproben

Es ist wichtig zu betonen, dass beide erhobene Stichproben nicht repräsentativ für die gesamte österreichische Bevölkerung sind. Die Auswahl erfolgte gezielt, um erste, explorative Erkenntnisse zu gewinnen. Dabei sollen die Ergebnisse dieser Untersuchung primär als Indikatoren für weiterführende Forschung interpretiert werden. Explorative Studien wie diese sind besonders wertvoll, um neue Hypothesen zu generieren, allgemeine zu verifizieren und Forschungslücken zu identifizieren, die in nachfolgenden, repräsentativeren Studien untersucht werden können.

Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“

Diese Stichprobe wurde durch den Versand der Umfrage über den Newsletter der Plattform gewonnen. Die Teilnehmer sind aktive Nutzer*innen der Plattform und geben somit direkte Einblicke in die Nutzung und Wahrnehmung der digitalen politischen Partizipation. Diese Stichprobe umfasst 36 Probandinnen. „meineabgeordneten.at“

Kontrollgruppe (Schneeballstichprobe):

Die zweite Umfrage wurde mittels Schneeballverfahren durchgeführt. Hierbei wurden initiale Teilnehmer gebeten, den Link zur Umfrage an weitere potenzielle Teilnehmer zu verteilen. Diese Stichprobe umfasst Bürgerinnen, die nicht notwendigerweise Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ sind und dient dem Vergleich mit der Nutzergruppe. Diese Stichprobe umfasst 22 Probandinnen. Die Stichproben charakterisieren sich durch spezifische demografische Merkmale.

Gruppe	Anzahl	Beschreibung	Stellt dar
Nutzende von „meineabgeordneten.at“ (Respondentinnen)	n=36 N=600	Personen, die aktiv die Plattform "meineabgeordneten.at" nutzen und den Newsletter abonnieren.	Nutzende der Plattform meine Abgeordnete
Kontrollgruppe (Schneeballstichprobe)	n=21 N=6.300.000	Personen, die die Plattform "meineabgeordneten.at" nicht nutzen	Österreichisches Elektorat
Gesamt	57	Gesamtheit aller Studienteilnehmer*innen	Studienteilnehmer*innen

Abbildung 14: Stichproben (Quelle: Erstellt durch Autor)

Details zur Newsletter-Aussendung

Die Plattform „meineabgeordneten.at“ zählt insgesamt rund 600 registrierte Nutzer*innen, von denen alle eine Einladung zur Teilnahme an der Umfrage per Newsletter erhielten. Die Rücklaufquote von etwa 6% deutet darauf hin, dass die Mehrheit der Plattformnutzer*innen nicht aktiv an der Umfrage teilnahm. Dies könnte verschiedene Gründe haben, darunter möglicherweise ein geringes Interesse an der Umfrage, technische Schwierigkeiten oder eine Überflutung mit E-Mails. Dennoch bietet die Stichprobe wertvolle Einblicke in die Gruppe der aktiveren Nutzer*innen, die sich zur Teilnahme entschlossen haben. Jedoch kann von dieser Stichprobe ein Rückschluss auf die Ausprägungen der gesamten Userinnen gemacht werden.

Vergleich von Alter und Geschlechtsverteilung

Um die demografische Zusammensetzung der Stichproben besser zu verstehen, wurde die Alters- und Geschlechtsverteilung der Teilnehmenden mit der österreichischen Gesamtbevölkerung verglichen. In der Stichprobe der Plattform-Nutzer*innen war das Durchschnittsalter höher als in der Kontrollgruppe und auch höher als in der allgemeinen österreichischen Bevölkerung (Durchschnittsalter der Nutzer*innen: 45 Jahre, Vergleich zur Grundbevölkerung: 42 Jahre). Dies könnte darauf hindeuten, dass ältere Personen eher dazu neigen, solche Plattformen zu nutzen oder sich in politische Diskurse einzubringen. Die Nutzer*innen der Plattform tendieren dazu, älter zu sein und verfügen häufiger über einen höheren Bildungsabschluss als die Kontrollgruppe. Diese demografischen Unterschiede könnten sich auf die Ergebnisse in Bezug auf politische Partizipation und Selbstwirksamkeit auswirken und sind in der Diskussion entsprechend zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Geschlecht war die Verteilung in beiden Stichproben ausgeglichen, während die österreichische Bevölkerung insgesamt leicht mehr Frauen als Männer umfasst. Diese Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern in den Stichproben ist ein positiver Aspekt, da sie eine differenziertere Betrachtung von Geschlechterunterschieden in der politischen Partizipation ermöglicht.

Methodische Implikationen

Die beschriebenen methodischen Vorgehensweisen und die damit verbundenen Limitationen sind entscheidend für die Interpretation der Ergebnisse. Die explorative Natur der Studie bedeutet, dass die Ergebnisse als Hypothesen und Hinweise für zukünftige Forschung dienen sollen, anstatt endgültige Schlussfolgerungen zu bieten. Zukünftige Studien könnten von einer größeren, repräsentativen Stichprobe profitieren, um die hier identifizierten Trends und Unterschiede weiter zu untersuchen und zu validieren.

Datenanalyse

Die gesammelten Daten werden statistisch mittel SPSS ausgewertet, um Muster und Korrelationen zu identifizieren. Die Analyse umfasst deskriptive Statistiken sowie inferenzstatistische Methoden, um signifikante Unterschiede zwischen den Nutzergruppen und innerhalb der demografischen Subgruppen zu identifizieren. Dabei werden die beiden Stichproben der Nutzenden der Plattform und der Kontrollgruppe miteinander verglichen. Die

Gruppenvergleiche sollen Tendenzen aufzeigen und erfassen, ob Unterschiede in den Motivationen, den strukturellen Voraussetzungen und der tatsächlichen Intensität der Partizipation zwischen den beiden Gruppen besteht. Dabei wurden verschiedene Variablen teilweise zusammengefasst und zu Faktoren gebündelt, welche differenziertere Gruppenunterschiede aufzeigen soll, indem man deren Ausprägungen bei den beiden Gruppen unterscheidet.

3.2 Forschungsinteresse

Forschungsfrage:

Wodurch unterscheiden sich Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ in den grundsätzlichen Ausprägungen und Gründen ihrer Partizipation?

Diese Frage zielt darauf ab, die Vielfalt der Nutzer*innen und Nutzende auf „meineabgeordneten.at“ hinsichtlich ihrer grundlegenden Partizipationsmerkmale und Motivationen zu verstehen. Der Vergleich mit einer Vergleichsgruppe von allgemeinen Wählerinnen, basierend auf Wahlumfragen, ermöglicht es, festzustellen, ob und wie sich die Nutzung der Plattform von der konventionellen politischen Teilhabe unterscheidet.

Subfragen:

Wie ist der Zusammenhang zwischen der Nutzungsintensität der Website "meineabgeordneten.at" und der politischen Teilhabe der Bürger*innen?

Diese Frage konzentriert sich auf die Auswirkungen von „meineabgeordneten.at“ auf die politische Teilhabe der Nutzer*innen und Nutzer. Die Erstellung von Dossiers und die Analyse der Nutzerdaten, einschließlich soziodemografischer Merkmale und Partizipationsmotive, ermöglicht es, die Hypothesen zu überprüfen und festzustellen, ob die Plattform tatsächlich dazu beiträgt, politische Aktivität zu fördern und die Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen zu stärken.

Welche Faktoren beeinflussen die Partizipation hinsichtlich der Repräsentativität politischer Entscheidungen, der Selbstwirksamkeit sowie der Erwartung kollektiven Handelns?

Diese Frage stellt die Wirksamkeit von „meineabgeordneten.at“ in Bezug auf die Repräsentativität politischer Entscheidungen und die Selbstwirksamkeit der Nutzer*innen in den Mittelpunkt. Sie ermöglicht es, die Plattform als möglichen Filter für engagiertere Wählerinnen zu betrachten und die Erwartung kollektiven Handelns zu messen.

Welche demografischen Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen usw.) korrelieren mit einer höheren Nutzung der Website "meineabgeordneten.at" und einer größeren politischen Teilhabe?

Diese Frage untersucht, welche demografischen Merkmale mit einer intensiveren Nutzung von „meineabgeordneten.at“ und einer stärkeren politischen Teilhabe verbunden sind. Dies ermöglicht es, potenzielle Unterschiede und soziale Ungleichheiten in der Nutzung der Plattform zu identifizieren.

Wie verhält sich die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in die politischen Entscheidungsprozesse der Nutzende der Website "meineabgeordneten.at"?

Diese Frage betrachtet die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Nutzung von „meineabgeordneten.at“. Sie ermöglicht es, die Bedeutung von Vertrauen und Transparenz für die Politik.

Welche partizipativen Aktivitäten sind bei Nutzenden der Website besonders beliebt und wie unterscheiden sich diese von der Kontrollgruppeenden.

Durch diese Frage soll gezeigt werden, ob es einen Unterschied in der Beliebtheit verschiedener partizipativer Verfahren bei Nutzenden der Plattform gibt und wie sich diese von anderem unterscheiden.

3.3 Hypothesen

Hypothese 1:

- H1: User der Website „meineabgeordneten.at“ weisen eine höhere politische Teilhabe an der österreichischen Demokratie auf, als jene die die Plattform nicht nutzen.

Statistische Tests:

- Vergleich der politischen Teilhabe zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Website durch einen Chi-Quadrat Test und einen t-Test für unabhängige Stichproben.

Hypothese 2:

- H2: Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ unterscheiden sich in ihren grundlegenden Partizipationsmotiven von Kontrollgruppeenden.

Statistische Tests:

- Chi-Quadrat-Test zur Untersuchung von Unterschieden in den kategorialen Variablen (z.B. Motive der Partizipation). T-Test für die Unterschiede und den Zusammenhang zwischen der Nutzung der Plattform und der Wichtigkeit der politischen Einflussnahme.

Hypothese 3:

- H3: Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ weisen eine höhere wahrgenommene Repräsentativität und Selbstwirksamkeit auf, als jene die diese nicht nutzen.

Statistische Tests:

- T-Test zur Untersuchung der Faktoren, die die Selbstwirksamkeit und Erwartung kollektiven Handelns bzw. beeinflussen.

Hypothese 4:

- H4: Demografische Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen) korrelieren mit der Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ und der politischen Teilhabe.

Statistische Tests:

- Korrelationstests zur Untersuchung der Beziehung zwischen demografischen Merkmalen und der Nutzung der Website.

Hypothese 5:

- H5: Die Nutzung der Website "meineabgeordneten.at" erhöht die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse.

Statistische Tests:

- Vergleich der Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Website durch einen t-Test für unabhängige Stichproben.

Hypothese 6:

- H6: Es gibt einen Unterschied zwischen den beiden Stichproben, bezogen auf die Frequenz der Nutzung verschiedener unterschiedlicher Partizipationsverfahren und deren Beliebtheit.

Statistische Tests:

- Der Chi-Quadrat-Test wurde verwendet, um die Unterschiede in der Häufigkeit partizipativer Verfahren zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform zu analysieren.

4. Auswertung

4.1 Deskriptive Analyse

Gruppenbezeichnungen der Stichprobe

In der Studie wurden zwei Hauptgruppen unterschieden: die **Nutzende der Plattform** und die **Kontrollgruppe**. Die Unterscheidung dieser beiden Gruppen ist zentral, für die soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmale, welche die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ beeinflussen könnten. Jede Gruppe repräsentiert eine bestimmte Art der Beziehung zur Plattform, die wichtige Einblicke in die potenziellen Motivationen der Plattformnutzung gibt.

- **Nutzende der Plattform (Auch als Nutzende oder Nutzer*innen bezeichnet):** Diese Gruppe umfasst Personen, die die Plattform „meineabgeordneten.at“ aktiv nutzen. Die Plattform bietet Informationen zur politischen Transparenz, insbesondere über Abgeordnete, deren Aktivitäten und deren Verbindungen. Die Nutzung dieser Plattform

deutet darauf hin, dass diese Personen ein starkes Interesse an politischer Transparenz und an informierten Entscheidungen haben. Die demografische Analyse zeigt, dass die Gruppe der Nutzenden tendenziell älter aber nicht unbedingt höher gebildet ist als die Kontrollgruppe, sicher aber als das Elektorat, was auf eine möglicherweise größere politische Erfahrung und ein gesteigertes Interesse an detaillierten Informationen über politische Prozesse hindeutet. Das mittlere bis hohe Einkommen dieser Gruppe könnte zudem darauf hinweisen, dass sie über die Ressourcen, welche die Nutzung von Online-Plattformen erleichtern. Die Altersstruktur legt nahe, dass ältere Personen möglicherweise ein erhöhtes Bedürfnis haben, politische Informationen zu verfolgen und sich über die Tätigkeiten ihrer Vertreter zu informieren, um ihre politische Meinungsbildung zu unterstützen.

- **Kontrollgruppe:** Die Kontrollgruppe setzt sich aus Personen zusammen, die die Plattform „meineabgeordneten.at“ nicht nutzen. Diese Gruppe repräsentiert Personen, die entweder aus Unwissen, Zeitmangel, Mangel an Interesse, oder auch aufgrund von fehlendem Zugang oder aus einer Präferenz für andere Informationsquellen auf die Nutzung der Plattform verzichten. Die Analyse zeigt, dass diese Gruppe durchschnittlich jünger ist, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass jüngere Menschen verstärkt soziale Medien oder alternative Online-Kanäle für ihre politischen Informationen nutzen. Zudem ist in dieser Gruppe ein höherer Anteil an Personen mit sehr hohem Bildungsabschluss zu verzeichnen (50 % der Kontrollgruppe haben einen Master-Abschluss oder höher). Dies könnte darauf hindeuten, dass diese hochgebildeten Personen möglicherweise bereits gut informiert sind oder bevorzugte alternative Informationsquellen nutzen, die ihnen ebenso umfassende politische Informationen bieten. Die breitere Streuung im Einkommen und die leichte Tendenz zu hohen Einkommensklassen könnten darauf hindeuten, dass diese Gruppe aus verschiedenen sozialen Schichten besteht und unterschiedliche Zugänge zu politischen Informationen hat, sei es durch private Netzwerke, traditionelle Medien oder durch eine direkte Teilnahme an politischen Prozessen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Nutzenden der Plattform im Durchschnitt eine ältere und stärker politisch interessierte Gruppe darstellen, die gezielt auf politische Transparenz und detaillierte Informationen Wert legt. Die Kontrollgruppe hingegen ist tendenziell jünger und hochgebildet, bevorzugt jedoch alternative Quellen und Kanäle zur politischen Information, was möglicherweise ihre Entscheidung beeinflusst, die Plattform nicht zu nutzen. Diese Differenzen zwischen den beiden Gruppen liefern wertvolle Hinweise darauf, welche demografischen und sozialen Faktoren die Nutzung von „meineabgeordneten.at“ fördern oder hemmen könnten und bieten eine Grundlage für gezielte Maßnahmen zur Ansprache und Information potenzieller Nutzender.

Sozio-ökonomische Faktoren

Alter

Das Durchschnittsalter der Befragten liegt insgesamt bei 43 Jahren, was auf eine repräsentative Altersgruppe im mittleren Erwachsenenalter hinweist. Dieses mittlere Erwachsenenalter ist häufig mit einer gesteigerten politischen Aktivität verbunden, was sich möglicherweise in der Nutzung der Plattform widerspiegelt. Die Gruppe der Nutzenden, also Personen, die die Plattform „meineabgeordneten.at“ aktiv verwenden, weist ein Durchschnittsalter von 65 Jahren auf, während die Kontrollgruppe (Personen, die die Plattform nicht nutzen) mit 32 Jahren ein deutlich niedrigeres Durchschnittsalter hat. Diese Differenz könnte darauf hinweisen, dass ältere Erwachsene eine stärkere Tendenz zur Plattformnutzung zeigen, möglicherweise aufgrund eines höheren Interesses an politischen Informationen oder eines erhöhten Bedürfnisses, politische Prozesse aktiv zu verfolgen.

Geschlecht

Insgesamt sind in Bezug auf das Geschlecht 58 % der Befragten männlich, 36 % weiblich und 5 % identifizieren sich als „Sonstiges“ oder haben keine Angabe gemacht. In der Gruppe der Plattformnutzenden sind 58 % männlich und 41 % weiblich, ohne fehlende Angaben oder „Sonstiges“. In der Kontrollgruppe hingegen sind 59 % männlich, 27 % weiblich und 13 % identifizieren sich als „Sonstiges“ oder haben keine Angabe gemacht. Diese Verteilung deutet darauf hin, dass Männer in beiden Gruppen überwiegen. Es könnte interessant sein, zu untersuchen, warum die Plattform mehr Männer als Frauen anzuziehen scheint, da dies

möglicherweise mit einem verstärkten politischen Engagement oder einer höheren Nutzung von Online-Informationsquellen bei Männern zusammenhängt.

Bildungsabschluss

Der Bildungsstand der Befragten ist überwiegend hoch, was darauf hinweist, dass die Plattform tendenziell von besser gebildeten Personen genutzt wird. Insgesamt haben 39 % der Befragten einen Master-Abschluss oder höher, wobei dieser Anteil in der Kontrollgruppe sogar bei 50,0 % liegt, während er in der Gruppe der Nutzenden bei 33 % liegt. Dies könnte darauf hindeuten, dass Personen mit sehr hohem Bildungsniveau möglicherweise eher alternative Quellen nutzen und daher die Plattform weniger benötigen. Weitere 17 % der Befragten haben eine Matura, und 13 % besitzen einen Bachelor-Abschluss, was ebenfalls auf eine gut gebildete Stichprobe hinweist. Nur ein kleiner Anteil (5 %) gibt an, keinen Bildungsabschluss zu besitzen, was mit der Tendenz übereinstimmt, dass Menschen mit höherem Bildungsniveau häufiger an politischen Prozessen teilnehmen und sich intensiver informieren.

Monatliches Haushaltseinkommen

Das monatliche Haushaltseinkommen der Befragten zeigt eine breite Verteilung. Der größte Anteil (32 %) gibt ein Einkommen zwischen 2.000 und 2.999 € an, gefolgt von 22 % mit einem Einkommen zwischen 1.000 und 1.999 €. Personen mit einem Einkommen von über 6.000 € machen nur 10 % der Befragten aus, während 5 % ein Einkommen von weniger als 1.000 € haben. In der Gruppe der Plattformnutzenden beträgt der Anteil derjenigen mit einem Einkommen zwischen 2.000 und 2.999 € 36 %, was darauf hindeutet, dass die Plattform eine mittelständische Nutzer*innengruppe anspricht. Die Kontrollgruppe zeigt ebenfalls eine breite Streuung, wobei 31 % ein Einkommen zwischen 3.000 und 3.999 € haben, was etwas höher liegt als bei den Nutzenden. Diese Einkommensverteilung könnte darauf hindeuten, dass die Plattform besonders bei Personen mittleren Einkommens populär ist, während in der Kontrollgruppe tendenziell höhere Einkommensschichten vertreten sind.

Merkmal	Nutzende der Plattform (in %)	Kontrollgruppe (in %)	Gesamt (in %)
Durchschnittsalter	65 Jahre	32 Jahre	43 Jahre

Geschlecht	Männlich: 58 Weiblich: 41 Sonstiges: 0	Männlich: 59 Weiblich: 27 Sonstiges: 13	Männlich: 58 Weiblich: 36 Sonstiges: 5
Bildungsabschluss	Bachelor: 3 Diplom: 6 Lehre: 5 Master oder höher: 33 Matura: 22 Studium ohne Abschluss: 3	Bachelor: 0 Diplom: 27 Lehre: 4 Master oder höher: 50 Matura: 9 Studium ohne Abschluss: 9	Bachelor: 1 Diplom: 13 Lehre: 17 Master oder höher: 39 Matura: 17 Studium ohne Abschluss: 5
Einkommen	1.000 - 1.999: 25 2.000 - 2.999: 36 3.000 - 3.999: 13 4.000 - 4.999: 8 5.000 - 5.999: 0 0 - 999: 5 6.000: 11	1.000 - 1.999: 18 2.000 - 2.999: 27 3.000 - 3.999: 31 4.000 - 4.999: 4 5.000 - 5.999: 4 0 - 999: 4 6.000: 9	1.000 - 1.999: 22 2.000 - 2.999: 32 3.000 - 3.999: 20 4.000 - 4.999: 6 5.000 - 5.999: 1 0 - 999: 5 6.000: 10

Abbildung 15: Soziodemografische Merkmale (Quelle: Erstellt durch Autor)

4.1.1 Auswertung des Fragebogens

Partizipatorische Faktoren

Teilnahme an den letzten Nationalratswahlen

Die deskriptive Auswertung der Umfragedaten bietet einen umfassenden Einblick in die politische Partizipation der Befragten, insbesondere im Kontext der Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“. Ein Großteil der Befragten, nämlich 98%, hat an den letzten Wahlen teilgenommen, was ein hohes Maß an politischem Engagement widerspiegelt. Dies zeigt sowohl ein hohes Maß an politischem Engagement und Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem demokratischen Prozess.

Teilnahme an politischen Versammlungen

Nutzende der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ zeigen ein deutlich höheres Engagement in politischen Versammlungen im Vergleich zur Kontrollgruppe. 53 % der Plattformnutzenden haben in den letzten 12 Monaten an politischen Versammlungen, Diskussionsgruppen oder Treffen teilgenommen. Im Gegensatz dazu liegt dieser Wert bei der Kontrollgruppe bei lediglich 36 %. Dies zeigt, dass die Plattformnutzenden aktiver am politischen Geschehen teilnehmen und häufiger den Austausch in politisch orientierten Foren oder Veranstaltungen suchen.

Teilnahme an Petitionen und Kontakt zu Politikern

Auch in Bezug auf die Teilnahme an Petitionen und den direkten Kontakt zu Politikern sind die Plattformnutzenden aktiver. 54 % der Nutzenden geben an, regelmäßig oder oft Petitionen zu unterzeichnen oder den direkten Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern zu suchen, verglichen mit nur 29 % der Kontrollgruppe. Diese höhere Aktivität könnte darauf hindeuten, dass die Plattform den Nutzenden bessere Möglichkeiten bietet, sich direkt an politischen Prozessen zu beteiligen und ihre Anliegen zu äußern.

Politische Selbstwirksamkeit

Ein starkes Gefühl der Selbstwirksamkeit ist bei den Nutzenden von „*meineabgeordneten.at*“ ebenfalls ausgeprägter. 78 % der Plattformnutzenden sind der Überzeugung, dass sie durch ihre politische Beteiligung tatsächlich einen Unterschied machen können. In der Kontrollgruppe hingegen teilen nur 38 % diese Einschätzung. Dies zeigt, dass die Plattform nicht nur als Werkzeug zur Partizipation dient, sondern auch das Vertrauen der Nutzenden in ihre eigene politische Einflussnahme stärkt.

Nähe zu Gleichgesinnten durch politische Aktivitäten

Die Daten zeigen, dass politische Aktivitäten die Plattformnutzenden stärker mit Gleichgesinnten verbinden. 53 % der Nutzenden fühlen sich durch ihre politische Beteiligung näher zu anderen politisch Aktiven hingezogen, verglichen mit 45 % in der Kontrollgruppe. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Plattform nicht nur zur individuellen Partizipation beiträgt, sondern auch soziale Verbindungen innerhalb politisch aktiver Gruppen fördert.

Zugehörigkeit zu politischen Gruppen

Darüber hinaus fühlen sich 55 % der Plattformnutzenden einer bestimmten politischen Gruppe oder Bewegung zugehörig, während dieser Wert bei der Kontrollgruppe mit 32 % weniger beträgt. Diese stärkere politische Identifikation unter den Nutzenden könnte darauf hinweisen, dass die Plattform dazu beiträgt, politische Zugehörigkeiten zu festigen und die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an Gruppierungen oder Bewegungen zu erhöhen.

Merkmal	Nutzende (%)	Kontrollgruppe (%)
Teilnahme an politischen Versammlungen (Sehr oft & oft)	53	36
Teilnahme an Petitionen und Kontakt zu Politikern (Sehr oft & oft)	54	29
Glauben, durch politische Beteiligung etwas bewirken zu können (Stimme eher zu & Stimme sehr zu)	78	38
Fühlen sich durch politische Aktivitäten näher an Gleichgesinnte gebunden (Stimme eher zu & Stimme sehr zu)	53	45
Fühlen sich politisch einer bestimmten Gruppe zugehörig (Stimme eher zu & Stimme sehr zu)	55	32

Abbildung 16: Vergleich der Nutzenden und Kontrollgruppe (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in politische Institutionen

1. Vertrauen in den Bundespräsidenten

Die Analyse zeigt, dass Nutzende der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ ein deutlich größeres Vertrauen in den Bundespräsidenten haben als Kontrollgruppe. 40 % der Plattformnutzenden gaben an, großes Vertrauen in das Amt des Bundespräsidenten zu haben, im Vergleich zu nur 9 % der Kontrollgruppeenden. Der signifikante Unterschied ($p = 0,023$) deutet darauf hin, dass die Plattformnutzung mit einem gestärkten Vertrauen in dieses politische Amt einhergeht.

2. Vertrauen in die Bundesregierung

Ein ähnliches Muster zeigt sich im Vertrauen in die Bundesregierung. 34 % der Plattformnutzenden bringen großes Vertrauen in die Bundesregierung auf, wohingegen niemand in der Kontrollgruppe diese Meinung teilt. Dieser Unterschied ($p = 0,008$) unterstreicht ebenfalls, dass die Plattformnutzung das Vertrauen in staatliche Institutionen wie die Bundesregierung stärken kann.

3. Vertrauen in die Polizei

Interessanterweise verhält es sich beim Vertrauen in die Polizei umgekehrt. 42,9 % der Plattformnutzenden geben an, der Polizei überhaupt nicht zu vertrauen, während dieser Wert bei der Kontrollgruppeenden nur bei 14,3 % liegt. Der signifikante Unterschied ($p = 0,032$) weist darauf hin, dass die Plattformnutzung hier mit einem geringeren Vertrauen in diese Institution verbunden ist.

Institution	Mittelwert
Bundespräsident	2.732
Parlament	2.464
Bundesregierung	2.107
Polizei	2.786
Medien	2.158
Justiz	2.596

Abbildung 17: Vertrauen in politische Institutionen allgemein (Quelle: Erstellt durch Autor)

Institution	Kategorie	Nutzende (%)	Kontrollgruppe (%)	Chi-Quadrat (p-Wert)
Bundespräsident	Sehr	40,0	9,5	6,138 (0.105)
Parlament	Ziemlich	51,4	52,4	3,555 (0.314)
Bundesregierung	Sehr	34,3	0,0	11,810 (0.008)
Polizei	Gar nicht	42,9	14,3	8,776 (0.032)
Medien	Sehr	27,8	4,8	6,933 (0.074)
Justiz	Wenig	38,9	47,6	3,847 (0.278)

Abbildung 18: Vertrauen in Institutionen nach Gruppe (Quelle: Erstellt durch Autor)

Wahrnehmung der Staatsintervention

Ein bedeutender Teil der Befragten empfindet die Rolle des Staates zunehmend als bevormundend. 39 % stimmen der Aussage zu, dass der Staat immer mehr Kontrolle über das Leben der Menschen übernimmt. Diese Zahl zeigt eine spürbare Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen, während ein kleinerer Teil der Bevölkerung dies nicht so sieht. Die Meinungen sind hierbei zwar breit gestreut, aber die Mehrheit scheint sich in gewisser Weise vom Staat eingeschränkt zu fühlen, was auf ein wachsendes Gefühl der Unzufriedenheit oder Misstrauen hindeutet.

Politische Selbstwirksamkeit

Die Daten zeigen, dass eine große Mehrheit der Befragten (78 %) überzeugt ist, dass sie durch politische Beteiligung etwas bewirken können. Dieses Gefühl der Selbstwirksamkeit ist ein positives Zeichen für das demokratische Engagement in Österreich, da es darauf hinweist, dass viele Bürger glauben, durch ihr Handeln Veränderungen herbeiführen zu können. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zweifelt an ihrer Fähigkeit, politisch etwas zu bewegen, was darauf schließen lässt, dass es insgesamt eine starke Motivation zur politischen Teilhabe gibt.

Repräsentation im Parlament

Ein deutlicher Anteil der Befragten (37 %) fühlt sich im österreichischen Parlament nicht gut vertreten. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung empfindet eine starke Repräsentation. Dies zeigt, dass es ein tiefsitzendes Gefühl der Entfremdung zwischen den gewählten Vertretern und der Bevölkerung gibt. Diese Wahrnehmung könnte zu einem allgemeinen Misstrauen in die politische Klasse führen und darauf hindeuten, dass viele Bürger glauben, ihre Interessen würden im politischen Prozess nicht angemessen berücksichtigt.

Einfluss der Eliten auf die Politik

Eine Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass die gut Situierten unter sich ausmachen, welche politischen Entscheidungen im Land getroffen werden. Diese Ansicht verstärkt die Wahrnehmung einer politischen Elite, die abseits der breiten Bevölkerung Entscheidungen trifft. Solche Überzeugungen könnten die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung vergrößern und das Gefühl verstärken, dass die politische Macht in den Händen weniger konzentriert ist.

Funktion des politischen Systems

Die Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich ist eher gering. 65 % der Befragten sind der Meinung, dass das System derzeit nicht gut funktioniert. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist mit der Funktionsweise des Systems zufrieden. Diese Unzufriedenheit könnte auf strukturelle Probleme hindeuten, die in der öffentlichen Wahrnehmung als hinderlich für ein effektives und gerechtes politisches System empfunden werden.

Aussage	Stimme nicht zu (%)	Stimme eher nicht zu (%)	Weder noch (%)	Stimme eher zu (%)	Stimme zu (%)
Der Staat bevormundet uns immer mehr.	17	11	19	14	39
Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.	0	11	11	43	35
Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.	37	11	22	22	4
In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander	3	11	19	32	35

aus, was im Land passieren soll.					
Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit?	27	38	14	19	3

Abbildung 19: Selbstwirksamkeit und politische Effektivität (Quelle: Erstellt durch Autor)

Wichtigkeit der politischen Gemeinschaftsidentifikation

Nutzende der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ legen größeren Wert auf ihre politische Gemeinschaftsidentifikation als Kontrollgruppe. 30 % der Nutzenden betrachten diese als sehr wichtig, während nur 19 % der Kontrollgruppeenden dies ebenfalls so sehen. Diese Unterschiede zeigen, dass die Plattform-Nutzende stärker darauf fokussiert sind, sich über ihre politische Zugehörigkeit zu definieren. Die Nutzung der Plattform könnte dieses Identifikationsgefühl weiter verstärken, indem sie eine gemeinsame Basis für politisch Gleichgesinnte bietet.

Nähe zu Gleichgesinnten durch politische Aktivitäten

Die Plattform fördert auch das Gefühl der Nähe zu Gleichgesinnten durch politische Aktivitäten. 52 % der Nutzenden fühlen sich durch ihre politische Beteiligung näher zu anderen politisch Aktiven hingezogen, verglichen mit 45 % der Kontrollgruppe. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Plattform nicht nur politische Beteiligung fördert, sondern auch als Raum für Gemeinschaft und kollektives Engagement fungiert. Die Nutzenden scheinen hier stärkere Verbindungen und eine größere Verbundenheit zu erleben.

Politische Gruppenzugehörigkeit

Ein weiterer signifikanter Unterschied besteht in der Zugehörigkeit zu politischen Gruppen. 55 % der Nutzenden fühlen sich einer bestimmten politischen Gruppe oder Bewegung zugehörig, während dieser Anteil bei der Kontrollgruppeenden nur bei 31 % liegt. Dies verdeutlicht, dass

die Plattform „*meineabgeordneten.at*“ dazu beiträgt, das Gefühl der politischen Zugehörigkeit zu verstärken und möglicherweise neue Räume für politische Identifikation und Engagement zu schaffen.

Variable	Nutzende (%)	Kontrollgruppe (%)
Wichtigkeit der politischen Gemeinschaftsidentifikation (sehr/eher)	30	19
Fühlen sich durch politische Aktivitäten näher zu Gleichgesinnten (sehr/eher)	52	45
Fühlen sich politisch einer bestimmten Gruppe zugehörig (sehr/eher)	55	31

Abbildung 20: Deskriptive Tabelle der politischen Gemeinschaftsidentifikation und Zugehörigkeit (Quelle: Erstellt durch Autor)

Ein großer Teil der Nutzenden der Plattform gibt an, Freude an politischen Diskussionen mit anderen zu empfinden. Während 52 % der Kontrollgruppeenden dem Thema eher positiv gegenüberstehen, sind es bei den Nutzenden der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ 74 %. Dies zeigt, dass die Plattform offenbar eine Umgebung schafft, in der politische Diskussionen als positives und gewinnbringendes Erlebnis wahrgenommen werden. Die Analyse der Teilnahme an politischen Diskussionen in sozialen Medien oder Online-Foren zeigt zudem deutliche Unterschiede zwischen Nutzenden und Kontrollgruppeenden. So gaben 67 % der Nutzenden an, häufig an politischen Diskussionen teilzunehmen, im Vergleich zu lediglich 24 % der Kontrollgruppeenden. 28 % der Nutzenden beteiligen sich sogar sehr häufig an Diskussionen, wohingegen die Kontrollgruppe diese Häufigkeit nicht erreichte. Auf der anderen Seite ist die Teilnahme an Diskussionen in geringerer Häufigkeit bei der Kontrollgruppeenden deutlich ausgeprägter: 71 % der Kontrollgruppeenden gaben an, manchmal an Diskussionen teilzunehmen, verglichen mit nur 3 % der Nutzenden. Interessant ist auch der Unterschied bei denjenigen, die selten oder sehr selten an politischen Diskussionen teilnehmen. Während 5 % der Kontrollgruppeenden angaben, sehr selten teilzunehmen, war diese Zahl bei den Nutzenden der

Plattform nicht existent. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Plattform nicht nur die Häufigkeit der politischen Diskussionen fördert, sondern auch dazu beiträgt, dass politische Diskussionen als regelmäßiger Bestandteil des gesellschaftlichen Engagements wahrgenommen werden. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass Nutzende der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ insgesamt aktiver in politischen Diskussionen sind. Die Plattform scheint ein Umfeld zu schaffen, das die Diskussionsfreude und das politische Engagement ihrer Nutzenden unterstützt und fördert.

Aktivität	Nutzende (%)	Kontrollgruppe (%)
Selten	3	0
Sehr selten	0	5
Manchmal	3	71
Häufig	67	24
Sehr häufig	28	0

Abbildung 21: Häufigkeit der politischen Diskussion in sozialen Medien oder online Foren (Quelle: Erstellt durch Autor)

Mitgliedschaft in einer politischen Partei

Die Analyse zeigt, dass 41 % der Plattformnutzenden Mitglied einer politischen Partei oder Organisation sind, im Vergleich zu 18 % in der Kontrollgruppe. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform stärker politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger anzieht, die auch institutionell eingebunden sind. In der Kontrollgruppe sind 81 % der Befragten keine Mitglieder einer politischen Organisation, während dies bei den Plattformnutzenden nur 58 % sind.

Einordnung auf der politischen Skala

Die politische Selbstverortung der Nutzende der Plattform zeigt, dass diese sich vermehrt im progressiven und linken Spektrum befinden. 34 % der Nutzenden ordnen sich auf einer Skala von 1 bis 5 (1 = links, 5 = rechts) in der Mitte (3) ein, verglichen mit 27 % in der Kontrollgruppe. Der Anteil derjenigen, die sich am linken Rand der Skala verorten, ist unter den Nutzenden der Plattform niedriger (11 % bei 1), verglichen mit 13 % in der Kontrollgruppe. Diese Tendenz spiegelt sich auch bei den Antworten wider, bei denen sich 38 % der Nutzenden eher links (2) einordnen, während es in der Kontrollgruppe 59 % sind. Weiters gibt es mehr

Nutzende (28%) die sich rechts oder eher rechts einordnen, während dies keine Teilnehmende der Kontrollgruppe tun.

Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe

Ein weiteres Ergebnis ist, dass 55 % der Nutzenden der Plattform angeben, sich einer politischen Gruppe oder Bewegung zugehörig zu fühlen, während dies nur 31 % der Kontrollgruppe tun. Diese Unterschiede sind statistisch signifikant und deuten darauf hin, dass Nutzende der Plattformstärker in informale politische Bewegungen eingebunden sind.

Lesen politischer Nachrichten

Die Analyse zeigt, dass die Nutzende der Plattform häufiger politische Nachrichten auf Online-Nachrichtenportalen lesen. 17 % der Nutzenden gaben an, zweimal täglich Nachrichten zu lesen, verglichen mit nur 13 % in der Kontrollgruppe. 25 % der Nutzende der Plattform gaben an, dreimal am Tag Nachrichten zu lesen, verglichen mit nur 4 % der Kontrollgruppe.

Wichtigkeit von sozialen Medien für politische Information

Die Rolle sozialer Medien bei der politischen Information wird von den Nutzenden der Plattform als wichtiger erachtet als von der Kontrollgruppe. 27 % der Nutzende der Plattform gaben an, dass soziale Medien für sie sehr wichtig sind, um sich über politische Themen zu informieren, während nur 25 % der Kontrollgruppe dies angaben.

Vertrauenswürdigkeit und Neutralität politischer Informationen

In Bezug auf die Vertrauenswürdigkeit und Neutralität politischer Informationen empfinden 32 % der Nutzende der Plattform die erhaltenen Informationen als vertrauenswürdig und neutral, während dies bei der Kontrollgruppe nur 16 % der Fall ist. Dies zeigt, dass Nutzende der Plattform eine kritischere Auseinandersetzung mit politischen Informationen haben könnten.

Leichtigkeit, verlässliche politische Informationen zu erhalten

Das Gefühl, verlässliche politische Informationen leicht zu erhalten, ist bei Nutzenden der Plattform höher ausgeprägt. 96 % der Nutzende der Plattform geben an, dass es ihnen eher fällt, während es in der Kontrollgruppe nur 96 % der Befragten sind.

Freude an politischen Diskussionen

Ein bemerkenswerter Unterschied besteht auch bei der Freude an politischen Diskussionen. 42 % der Plattformnutzenden geben an, oft oder sehr oft an politischen Diskussionen teilzunehmen, während in der Kontrollgruppe nur 28 % angeben, dies zu tun. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform eine aktive und diskussionsfreudige Nutzerbasis fördert.

Merkmal	Nutzende (%)	Kontrollgruppe (%)
Mitglied einer politischen Partei (Ja)	41	18
Keine Mitgliedschaft	58	81
Einordnung auf politischer Skala (links 1)	11	13
Einordnung auf politischer Skala (mitte 3)	34	27
Einordnung auf politischer Skala (eher links 2)	38	59
Zugehörigkeit zu politischer Gruppe (Sehr)	55	31
Lesen von politischen Nachrichten (2x pro Tag)	17	13
Lesen von politischen Nachrichten (3x pro Tag)	25	4
Wichtigkeit von sozialen Medien für politische Information (Sehr)	27	25
Vertrauenswürdigkeit und Neutralität der Informationen (Sehr)	32	16
Leichtigkeit, verlässliche Informationen zu erhalten (Sehr)	96	83

Freude an politischen Diskussionen (oft/ sehr oft)	42	28
--	----	----

Abbildung 22: Übersicht über ausgewählte partizipatorische Merkmale (Quelle: Erstellt durch Autor)

4.1.2 Zusammenfassung der Ergebnisse

Mitgliedschaft in einer politischen Partei

Der Unterschied in der Mitgliedschaft bei politischen Parteien ist besonders auffällig: 41 % der Plattformnutzenden sind Mitglied einer politischen Partei, verglichen mit nur 18 % in der Kontrollgruppe. Dieser starke Unterschied verdeutlicht, dass die Plattform besonders politisch engagierte Personen anzieht, die auch institutionell in politische Organisationen eingebunden sind. Es lässt sich vermuten, dass die Plattform für diese Personen eine zusätzliche Möglichkeit darstellt, ihre politischen Interessen aktiv zu verfolgen und auszudrücken.

Vertrauen in die Bundesregierung

Das Vertrauen in die Bundesregierung unterscheidet sich ebenfalls signifikant. 34 % der Plattformnutzenden geben an, großes Vertrauen in die Bundesregierung zu haben, während keiner der Befragten in der Kontrollgruppe diese Meinung teilt. Dieser Unterschied deutet darauf hin, dass die Plattform ein Umfeld schafft, in dem politisches Vertrauen gefördert wird. Es könnte sein, dass durch den Zugang zu detaillierten politischen Informationen das Vertrauen in die Regierungsarbeit gestärkt wird.

Selbstwirksamkeit (Glauben, durch politische Beteiligung etwas bewirken zu können)

78 % der Plattformnutzenden glauben, durch ihre politische Beteiligung einen Unterschied machen zu können, verglichen mit nur 38 % in der Kontrollgruppe. Dies ist einer der stärksten Unterschiede zwischen den beiden Gruppen und zeigt, dass die Plattformnutzung mit einem stärkeren Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit verbunden ist. Der Zugang zu Informationen und die direkte Beteiligung über die Plattform geben den Nutzenden das Gefühl, tatsächlich Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können.

Teilnahme an Petitionen und direktem Kontakt zu Politikern

Auch die Teilnahme an Petitionen und der direkte Kontakt zu Politikern zeigt deutliche Unterschiede: 54 % der Plattformnutzenden beteiligen sich regelmäßig an diesen Aktivitäten,

während es in der Kontrollgruppe nur 29 % sind. Dieser Unterschied kann darauf zurückgeführt werden, dass die Plattform die Schwelle zur Partizipation senkt, indem sie die Nutzenden direkt mit politischen Entscheidungsträgern in Verbindung bringt.

Politische Gruppenzugehörigkeit

Ein weiterer starker Unterschied zeigt sich in der politischen Gruppenzugehörigkeit. 55 % der Plattformnutzenden fühlen sich einer politischen Gruppe zugehörig, verglichen mit nur 31 % in der Kontrollgruppe. Die Plattform scheint nicht nur politisches Engagement zu fördern, sondern auch die Identifikation mit politischen Gruppierungen zu stärken, was auf die Möglichkeit hinweist, dass die Nutzende der Plattform sich durch den aktiven Austausch und die Teilnahme stärker politisch verorten.

Freude an politischen Diskussionen

Die Freude an politischen Diskussionen ist unter den Plattformnutzenden ebenfalls deutlich ausgeprägter. 42 % der Nutzenden geben an, oft oder sehr oft an politischen Diskussionen teilzunehmen, während dieser Wert in der Kontrollgruppe nur 28 % beträgt. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform einen Raum für politische Diskussionen schafft, in dem sich die Nutzenden gerne engagieren und austauschen.

Vertrauen in die Polizei

Interessanterweise zeigt sich ein umgekehrter Unterschied beim Vertrauen in die Polizei. 42 % der Plattformnutzenden geben an, der Polizei überhaupt nicht zu vertrauen, während in der Kontrollgruppe nur 14 % dieses Misstrauen äußern. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Plattformnutzenden eine kritischere Haltung gegenüber bestimmten staatlichen Institutionen haben, möglicherweise bedingt durch die tiefere Auseinandersetzung mit politischen Themen und einem stärkeren Bewusstsein für gesellschaftliche Ungerechtigkeiten.

Nutzung sozialer Medien zur politischen Information

Soziale Medien spielen eine größere Rolle für die Plattformnutzenden bei der politischen Information. 27 % der Nutzenden geben an, dass soziale Medien sehr wichtig für sie sind, um sich über politische Themen zu informieren, während in der Kontrollgruppe nur 25 % diese Meinung teilen. Diese höhere Nutzung sozialer Medien könnte dazu beitragen, dass die

Plattformnutzenden besser vernetzt und informierter sind, was wiederum ihr politisches Engagement verstärkt.

Schlussfolgerung

Die stärksten Unterschiede zwischen den Nutzenden der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ und der Kontrollgruppe zeigen deutlich, dass die Plattform vor allem diejenigen anspricht, die ein höheres politisches Engagement, ein starkes Gefühl der Selbstwirksamkeit und eine höhere Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an politischen Prozessen mitbringen. Plattformnutzende sind häufiger Mitglieder von politischen Organisationen, haben mehr Vertrauen in politische Institutionen wie die Bundesregierung, aber auch mehr Skepsis gegenüber der Polizei. Sie nutzen digitale Medien intensiver zur Informationsbeschaffung und sind aktiver in politischen Diskussionen. Diese Unterschiede lassen darauf schließen, dass die Plattform einen wichtigen Raum für politisch Interessierte bietet und ihr Engagement in politischen Prozessen sowohl fördert als auch stärkt.

4.2 Vergleich mit österreichischem Elektorat

In diesem Kapitel wird eine Sekundärdatenanalyse durchgeführt, um die Daten aus der Studie besser in Kontext zu setzen. In der vorliegenden Analyse werden die erhobenen Daten für die Nutzer*innen und Kontrollgruppe der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ mit dem österreichischen Elektorat verglichen, um zentrale Fragen zur politischen Partizipation und den Unterschieden zwischen diesen Gruppen zu beleuchten. Die Vergleichsdaten stammen aus verschiedenen nationalen Studien, darunter der SORA Demokratiemonitor (2018-2022), die SWS-Rundschau und der European Social Survey (ESS) 10 und der Austrian National Election Study (AUTNES, 2019). Das Kapitel bietet eine umfassende Analyse und einen detaillierten Vergleich zwischen den Plattform-Nutzer*innen von „*meineabgeordneten.at*“, der *Kontrollgruppe* und dem allgemeinen österreichischen Elektorat, basierend auf verschiedenen nationalen Studien. Dieser Vergleich hilft dabei, zentrale Fragen zur politischen Partizipation und den Unterschieden zwischen diesen Gruppen zu beantworten. Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede in mehreren Bereichen, die sich auf demografische, sozioökonomische und partizipatorische Merkmale sowie auf die politische Selbstwahrnehmung und das Vertrauen in Institutionen erstrecken.

Wichtigste Unterschiede und auffälligste Faktoren

Politische Partizipation und Engagement

Die Nutzer*innen der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ zeigen eine besonders hohe politische Partizipation, insbesondere im Vergleich zu der Kontrollgruppe und dem allgemeinen Elektorat. Während 100 % der Nutzer*innen an Wahlen teilnehmen, sind es bei der Kontrollgruppe 95 % und im allgemeinen Elektorat 85 %. ²¹¹ Besonders signifikante Unterschiede zeigen sich bei der Teilnahme an Petitionen und Demonstrationen: 65 % der Plattform-Nutzer*innen beteiligen sich an Petitionen, während dieser Wert bei Kontrollgruppe nur 45 % beträgt und im allgemeinen Elektorat nur 37 %. Die Teilnahme an Demonstrationen zeigt ebenfalls ein deutliches Gefälle: 53 % der Plattform-Nutzer*innen engagieren sich in dieser Form, bei der Kontrollgruppe sind es 36 % und im Elektorat lediglich 18 %. Diese Unterschiede verdeutlichen, dass die Plattform besonders politisch engagierte Bürgerinnen anspricht, die sich auch in nicht-institutionellen Formen politischer Partizipation einbringen.

Gruppe	Wahlbeteiligung (%)	Teilnahme an Petitionen (%)	Teilnahme an Demonstrationen (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	100	65	53
Kontrollgruppe	95	45	36
Österreichisches Elektorat	85	37	18

Abbildung 23: Politische Partizipation und Engagement (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in politische Institutionen unterscheidet sich ebenfalls signifikant zwischen den Gruppen. Plattform-Nutzer*innen haben tendenziell mehr Vertrauen in den Bundespräsidenten und das Parlament, während sie gleichzeitig kritischer gegenüber Institutionen wie den Medien

²¹¹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2022“.

eingestellt sind. Dies spiegelt eine differenzierte Wahrnehmung der politischen Landschaft wider: Plattform-Nutzer*innen haben ein höheres Vertrauen in die formalen politischen Strukturen, insbesondere in das Parlament (40 % im Vergleich zu 20 % bei Kontrollgruppe), während sie den Medien eher skeptisch gegenüberstehen.

Institution	Gruppe	Vertrauen (sehr hoch + hoch) (%)
Bundespräsident	Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	51
	Kontrollgruppe	25
	Österreichisches Elektorat (SORA, 2022)	38
Parlament	Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	40
	Kontrollgruppe	20
	Österreichisches Elektorat (SORA, 2022)	25
Medien	Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	40
	Kontrollgruppe	32
	Österreichisches Elektorat (SORA, 2022)	22

Abbildung 24: Vertrauen in Institutionen (Quelle: Erstellt durch Autor)

Parteimitgliedschaft und politische Zugehörigkeit

Die Plattform-Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ sind häufiges Mitglied einer politischen Partei und fühlen sich stärker einer politischen Gruppe zugehörig als Kontrollgruppe und das allgemeine österreichische Elektorat. 42 % der Plattform-Nutzer*innen geben an, Mitglied einer politischen Partei zu sein, verglichen mit nur 18 % im allgemeinen Elektorat und bei der Kontrollgruppe. Dies zeigt, dass die Plattform insbesondere politisch verankerte Personen anspricht, die sich aktiv in formalen politischen Strukturen engagieren. Diese höhere Parteizugehörigkeit spiegelt eine geringere Distanz zu politischen Organisationen wider, während die Kontrollgruppe und das allgemeine Elektorat eher eine Distanz zu politischen Strukturen aufweisen.

Politische Selbstverortung

Die politische Selbstverortung zeigt ebenfalls signifikante Unterschiede. Während sich 37 % der Plattform-Nutzer*innen politisch links der Mitte einordnen, positioniert sich das allgemeine Elektorat mehrheitlich in der Mitte des politischen Spektrums (50 %).²¹² Die Kontrollgruppe zeigen hingegen eine Unentschiedenheit, wobei 73 % von ihnen sich politisch kaum verorten oder stark nach links tendieren. Diese Unterschiede zeigen, dass die Plattform „meineabgeordneten.at“ besonders Bürger*innen mit progressiven und liberalen Ansichten anspricht, während das allgemeine Elektorat eher moderatere Positionen einnimmt.

Wahrnehmung politischer Repräsentation

In Bezug auf die Wahrnehmung ihrer politischen Repräsentation fühlen sich die Nutzer*innen der Plattform signifikant häufiger politisch vertreten. 24 % der Plattform-Nutzer*innen geben an, dass sie sich eher gut repräsentiert fühlen, verglichen mit nur 10 % der Kontrollgruppe. Im allgemeinen Elektorat liegt dieser Wert bei etwa 18 %.²¹³ Die höhere Repräsentationswahrnehmung bei den Plattform-Nutzer*innen kann durch ihr stärkeres politisches Engagement und ihre Nutzung partizipativer Möglichkeiten erklärt werden, wodurch sie eine größere Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen spüren.

Zufriedenheit mit dem politischen System

Die Zufriedenheit mit dem politischen System ist einer der stärksten Unterschiede zwischen den Gruppen. Während 39 % der Plattform-Nutzer*innen das politische System als eher funktionierend bewerten, empfinden 52 % der Kontrollgruppe das System als schlecht funktionierend. Im allgemeinen Elektorat liegt dieser Wert bei 35 %.²¹⁴ Diese Unterschiede können auf das höhere politische Engagement der Plattform-Nutzer*innen zurückgeführt werden, das zu einem positiveren Gefühl gegenüber den politischen Prozessen und Institutionen führt. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass bei der Studie zum Elektorat keine 5-

²¹² European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS10 - integrated file, edition 3.2“.

²¹³ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“.

²¹⁴ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2022“.

Stufige-Skala angewandt wurde und die Daten daher schwer vergleichbar ist, die Tendenz geht aber in Richtung einer starken Ähnlichkeit des österreichischen Elektorats bei leicht pessimistischeren Einstellungen im positiven Bereich.

Gruppe	Funktioniert nicht (%)	Funktioniert eher nicht (%)	Weder noch (%)	Funktioniert eher (%)	Funktioniert sehr gut (%)
Plattform- Nutzer*innen	25	39	14	19	3
Kontrollgruppe	52	29	19	0	0
Allgemeines Elektorat (SORA, 26 2020)		38	-	30	4

Abbildung 25: Zufriedenheit mit dem politischen System (Quelle: Erstellt durch Autor)

Schlussfolgerung

Die Analyse zeigt, dass die Plattform „meineabgeordneten.at“ besonders politisch interessierte und engagierte Bürger*innen anspricht, die bereits ein hohes Maß an politischer Selbstwirksamkeit und Vertrauen in Institutionen mitbringen. Diese Gruppe hebt sich durch ihr hohes Maß an politischer Aktivität und ihre stärkere Nutzung diverser Informationsquellen von der allgemeinen österreichischen Bevölkerung ab. Es wird deutlich, dass die Plattform eine wichtige Rolle dabei spielt, politisch engagierte Personen weiter zu mobilisieren, jedoch weniger in der Lage ist, weniger politisch aktive Gruppen zu erreichen. Um die politische Partizipation auf breiterer Ebene zu fördern, könnte die Plattform darauf abzielen, sozial und politisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen besser zu integrieren und anzusprechen.

4.2.1 Sozio-Ökonomische Unterschiede

Altersverteilung

Die durchschnittliche Altersverteilung der Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ ist mit 45 Jahren höher als in der Kontrollgruppe und der allgemeinen österreichischen Bevölkerung, die laut den aktuellen Daten einen Altersdurchschnitt von 42 Jahren aufweist. Dies könnte darauf hindeuten, dass politisch aktive Bürgerinnen tendenziell älter sind und möglicherweise mehr Zeit oder Interesse für politische Beteiligung haben. Das höhere Alter der Nutzer*innen könnte auch mit einem stärkeren Bewusstsein für die Bedeutung von politischen Prozessen zusammenhängen. In Österreich ist die politische Partizipation unter älteren Bevölkerungsgruppen tendenziell höher, da jüngere Menschen oft als politisch weniger aktiv gelten.²¹⁵

Geschlechterverteilung

Die Geschlechterverteilung in beiden Stichproben war relativ ausgewogen, wobei sich der Anteil der Frauen und Männer in beiden Gruppen die Waage hielt. Dies weicht jedoch leicht von der Verteilung in der österreichischen Gesamtbevölkerung ab, in der Frauen mit etwa 51 % einen etwas größeren Anteil stellen²¹⁶. Diese ausgewogene Verteilung zwischen den Geschlechtern in den beiden Stichproben ermöglicht es, geschlechtsspezifische Unterschiede in der politischen Partizipation genauer zu untersuchen. Frühere Studien haben gezeigt, dass Frauen tendenziell seltener als Männer politisch aktiv sind, insbesondere in formalen politischen Prozessen, was jedoch je nach Bildungs- und Einkommenshintergrund variiert.²¹⁷

Bildungsniveau

In Bezug auf das Bildungsniveau zeigt sich ein Unterschied zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe aber auch zur allgemeinen Bevölkerung. Die Nutzer*innen der Plattform weisen im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau auf, wobei ein signifikanter Teil der Nutzer*innen einen Universitätsabschluss oder eine höhere Bildung besitzt. Dies steht im Einklang mit der Literatur, die darauf hinweist, dass politisches Engagement und

²¹⁵ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2021“.

²¹⁶ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“.

²¹⁷ European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS9 - integrated file, edition 3.2“.

die Nutzung von Online-Plattformen oft mit einem höheren Bildungsgrad korrelieren.²¹⁸ In der österreichischen Gesamtbevölkerung haben hingegen etwa 27 % der Menschen eine tertiäre Ausbildung abgeschlossen, während dieser Anteil unter den Plattform-Nutzer*innen deutlich höher liegt.²¹⁹

Einkommensniveau

Das Einkommensniveau der Nutzer*innen der Plattform ist ebenfalls höher als das der Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung. Die österreichischen Durchschnittseinkommen zeigen, dass politische Beteiligung oft mit einem höheren sozioökonomischen Status verknüpft ist.²²⁰ Besonders deutlich wird dies in der Gruppe der Nutzer*innen, von denen ein erheblicher Anteil über ein monatliches Haushaltseinkommen von mehr als 2.500 Euro verfügt. Dies deutet darauf hin, dass wohlhabendere Personen tendenziell häufiger an politischen Prozessen teilnehmen, möglicherweise aufgrund eines größeren Zugangs zu Ressourcen und Netzwerken, die politische Teilhabe fördern. Die demografischen Unterschiede zwischen den Nutzer*innen der Plattform, der Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung heben hervor, dass politisches Engagement in Österreich stark durch Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen beeinflusst wird. Die höheren Bildungs- und Einkommensniveaus der Plattform-Nutzer*innen könnten erklären, warum diese Gruppe häufiger politisch aktiv ist und die Plattform intensiver nutzt. Solche Unterschiede sind in der politischen Forschung gut dokumentiert und unterstreichen die Notwendigkeit, sozial benachteiligte Gruppen besser in politische Prozesse einzubinden, um die Partizipation insgesamt zu fördern.²²¹

²¹⁸ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

²¹⁹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2022“.

²²⁰ Andreas Wagener, „KI als Staatsprinzip: Leitlinien demokratischer Legitimation von AI Governance“, *SWS-Rundschau* 61. Jg. (31. Dezember 2021): 369–90.

²²¹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2022“.

Demografie	Nutzer*innen meineabgeordneten.at	von Kontrollgruppe	Allgemeine österreichische Bevölkerung
Durchschnitt Alter	45 Jahre	Jünger als die Plattform-Nutzer	42 Jahre
Geschlechts -verteilung	Ausgeglichen (50/50)	Etwas mehr Männer als Frauen	51 %Weibl. , 49 % Männl.
Bildungsniveau	Hohe Bildung (Großteil Akademiker)	Höhere Bildung (Großteil Akademiker)	27 % haben tertiäre Ausbildung
Einkommens -niveau	Mehrheit hat Einkommen > 2500 €/Monat	Geringer als bei den Plattform-Nutzende	Geringeres Durchschnittseinkommen

Abbildung 26: Sozio-Ökonomische Faktoren im Vergleich zum Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)

4.2.2 Unterschiede in Partizipation

Politische Partizipation

Die Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ weisen im Vergleich zu der Kontrollgruppe und dem allgemeinen Elektorat eine signifikant höhere politische Aktivität auf. Dies zeigt sich in einer größeren Teilnahme an Wahlen, Petitionen und politischen Veranstaltungen. Während die allgemeine Bevölkerung bei der Wahlbeteiligung noch hohe Werte erreicht, fällt die Teilnahme an weiteren politischen Aktivitäten, wie z. B. Demonstrationen oder dem Unterzeichnen von Petitionen, deutlich geringer aus. Im Gegensatz dazu sind die Nutzer*innen der Plattform in all diesen Bereichen überdurchschnittlich aktiv, was darauf hindeutet, dass die Plattform besonders politisch engagierte Bürgerinnen mobilisiert.

Politisches Interesse und Selbstwirksamkeit

Die Plattform-Nutzer*innen zeigen ein deutlich höheres politisches Interesse als die allgemeine Bevölkerung. Etwa 70 % der Nutzer*innen geben an, ein starkes politisches Interesse zu haben, während dieser Wert im allgemeinen Elektorat nur bei etwa 40 % liegt. Auch in Bezug auf die

politische Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, durch politisches Handeln etwas bewirken zu können, liegen die Nutzer*innen der Plattform deutlich über der Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung. Nutzer*innen der Plattform haben ein signifikant höheres Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit (60 % hohe Selbstwirksamkeit), während nur etwa 30 % der allgemeinen österreichischen Bevölkerung dasselbe empfinden. Dies zeigt, dass die Plattform-Nutzer*innen stark daran glauben, dass sie durch ihre politische Teilnahme Veränderungen herbeiführen können.

Vertrauen in politische Institutionen

Die Plattform-Nutzer*innen bringen politischen Institutionen im Durchschnitt mehr Vertrauen entgegen als Kontrollgruppe und die allgemeine Bevölkerung. Dies spiegelt sich insbesondere im Vertrauen in den Bundespräsidenten und das Parlament wider. Hier zeigen sich bei den Nutzer*innen signifikant höhere Werte, was auf eine größere Nähe zu den formalen politischen Strukturen hinweist. Diese Ergebnisse könnten darauf zurückzuführen sein, dass politisch aktive Gruppen, wie die Nutzer*innen der Plattform, mehr Vertrauen in politische Institutionen haben.

Wahrnehmung politischer Prozesse und Selbstrepräsentation

Während die breite Bevölkerung oftmals Misstrauen und Skepsis gegenüber politischen Prozessen äußert, zeigt sich bei den Plattform-Nutzer*innen ein gegenteiliges Bild. Die aktive Teilnahme an „meineabgeordneten.at“ scheint ihr Vertrauen in das politische System zu stärken und das Bewusstsein für die eigene Wirksamkeit im politischen Prozess zu fördern. Im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung fühlen sich die Nutzer*innen der Plattform stärker politisch repräsentiert und glauben, dass sie durch ihre Teilnahme einen echten Unterschied machen können.

Nutzung von Informationsquellen

Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ nutzen vielfältigere Informationsquellen (70 % greifen auf verschiedene Quellen zu) als die allgemeine Bevölkerung (40 %). Sie neigen dazu, sich intensiver mit politischen Informationen auseinanderzusetzen und bevorzugen es, Online-Medien und alternative Informationsquellen zu nutzen .

Parteimitgliedschaft

Die Nutzer*innen der Plattform geben häufiger an, Mitglied einer politischen Partei zu sein (40 %), während dieser Anteil bei der allgemeinen Bevölkerung bei nur 15 % liegt. Dies deutet auf eine stärkere institutionelle Bindung und ein intensiveres Engagement in politischen Organisationen hin

Teilnahme an politischen Aktivitäten

Plattform-Nutzer*innen nehmen häufiger an politischen Aktivitäten wie Demonstrationen, Wahlen und Petitionen teil (85 % Wahlbeteiligung, 65 % Petitionen, 45 % Demonstrationen), während in der allgemeinen Bevölkerung niedrigere Teilnahmequoten zu beobachten sind .

Politische Selbstverortung

Plattform-Nutzer*innen neigen dazu, sich eher politisch links zu verorten (37 %), während die allgemeine Bevölkerung tendenziell in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt ist (50 %). Dies zeigt, dass die Plattform insbesondere progressiv orientierte Bürgerinnen anspricht .

Schlussfolgerung

Die Analyse zeigt deutlich, dass die Nutzer*innen der Plattform „*meineabgeordneten.at*“ sich in mehreren wichtigen Aspekten von der allgemeinen österreichischen Bevölkerung abheben. Die Plattform spricht vor allem jene an, die bereits ein hohes Maß an politischem Interesse, Selbstwirksamkeit und Engagement aufweisen. Diese Gruppe nutzt eine breitere Palette an Informationsquellen, ist häufiger Mitglied in politischen Parteien und nimmt vermehrt an politischen Aktivitäten teil, wie Demonstrationen, Wahlen und Petitionen. Zudem neigen die Nutzer*innen dazu, sich politisch links zu verorten und haben mehr Vertrauen in politische Institutionen als die allgemeine Bevölkerung. Durch ihre aktive Teilnahme an der Plattform und das intensive Einholen von politischen Informationen fühlen sich die Nutzer*innen stärker politisch repräsentiert und sind davon überzeugt, dass sie durch ihr Engagement einen Unterschied machen können. Dies führt zu einer stärkeren Verbindung zu formalen politischen Strukturen und einem tieferen Vertrauen in das politische System. Allerdings zeigt sich auch, dass die Plattform primär bereits politisch interessierte Bürgerinnen mobilisiert und weniger in der Lage ist, Personen ohne politisches Interesse oder mit geringerer Selbstwirksamkeit zu erreichen. Diese Begrenzung weist darauf hin, dass die Plattform zwar eine effektive Rolle in der Mobilisierung und Stärkung politisch engagierter Gruppen spielt, jedoch noch Potenzial hat, ihre

Reichweite auf weniger aktive Bevölkerungsgruppen auszuweiten, um die Partizipation auf breiterer Ebene zu fördern.

4.2.3 Detailauswertung der Unterschiede

Teilnahme an politischen Aktivitäten

Die Auswertung zeigt, dass die Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ deutlich aktiver an politischen Aktivitäten teilnehmen als die das österr. Elektorat. Dies spiegelt sich in einer höheren durchschnittlichen Beteiligung an Wahlen, Petitionen und politischen Versammlungen wider. Laut den Daten des SORA Demokratiemonitors 2020 ist die allgemeine Wahlbeteiligung im österreichischen Elektorat mit 85 % relativ hoch, jedoch zeigt sich ein deutlich geringeres Engagement in anderen Formen der politischen Partizipation, wie Petitionen (37 %) oder Demonstrationen (18 %).²²² Im Gegensatz dazu weist die Nutzergruppe von „meineabgeordneten.at“ eine signifikant höhere Beteiligung auf: 100 % der Nutzer*innen geben an, an Wahlen teilzunehmen, während 65 % Petitionen unterstützen und 53 % sich an Demonstrationen beteiligen. Die Kontrollgruppe zeigen ebenfalls eine hohe Wahlbeteiligung (95 %), jedoch ist ihr Engagement in Petitionen (45 %) und Demonstrationen (36 %) deutlich geringer als das der Plattform-Nutzer*innen. Diese Unterschiede verdeutlichen, dass „meineabgeordneten.at“ besonders politisch engagierte Bürgerinnen anspricht, die auch abseits von Wahlen aktiv an politischen Prozessen teilnehmen.²²³

Gruppe	Wahlbeteiligung (%)	Teilnahme an Petitionen (%)	Teilnahme an Demonstrationen (%)	Quelle
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	<u>100</u>	<u>65</u>	<u>53</u>	Eigene Erhebung

²²² SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“ (SORA, 2020).

SORA Institute for Social Research and Consulting, „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“, 19.

Gruppe	Wahlbeteiligung (%)	Teilnahme an Petitionen (%)	Teilnahme an Demonstrationen (%)	Quelle
Kontrollgruppe	95	45	36	Eigene Erhebung
Österreichisches Elektorat	85	37	18	SORA Demokratiemonitor 2020

Abbildung 27: Teilnahme an politischen Aktivitäten. Gegenüberstellung von Nutzer*innen, Kontrollgruppe und dem Elektorat. (Quelle: Erstellt durch Autor)

Parteimitgliedschaft

Die Analyse der Parteimitgliedschaft zeigt, dass Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ im Vergleich zu der Kontrollgruppe um einiges häufiger angeben, Mitglied einer politischen Partei zu sein. Dies deutet darauf hin, dass Plattform-Nutzer*innen eine stärkere institutionelle Bindung an politische Organisationen haben. Im Vergleich dazu ist die allgemeine österreichische Bevölkerung laut dem Demokratiemonitor 2020 mit 18% weniger häufig formell in politische Parteien eingebunden, beziehungsweise hat bei einer Partei oder Interessensvertretung gearbeitet.²²⁴ Die Mehrheit der Österreicherinnen bevorzugt es, unabhängig von politischen Organisationen zu bleiben, was auf eine gewisse Distanz gegenüber den traditionellen Parteistrukturen hinweist.

Gruppe	Mitglied (%)	Kein Mitglied (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	42	58
Kontrollgruppe	18	82
Österreichisches Elektorat	18	82

Abbildung 28: Parteimitgliedschaft im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)

²²⁴ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“.

Parteizugehörigkeit

Die Analyse der Parteizugehörigkeit zeigt, dass Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ eine größere Tendenz haben, sich bestimmten politischen Parteien zugehörig zu fühlen, im Vergleich zu der Kontrollgruppe. Während ein großer Teil der Nutzer*innen eine klare Parteizugehörigkeit angibt, ist dieser Anteil bei der Kontrollgruppe deutlich geringer. Als Vergleich wurde dabei eine aktuelle Wahlumfrage des Lazarsfeldinstitutes von 2024 (13.9.2024) hinzugezogen.²²⁵ Dabei zeigt sich bei SPÖ sowie FPÖ eine Vergleichbarkeit zwischen Nutzenden und der Grundgesamtheit. Die Nichtnutzenden unterscheiden sich hingegen stark vom Elektorat. Bei dieser Gruppe ist die FPÖ deutlich unterrepräsentiert.

Partei	Nutzer*innen „meineabgeordneten.at“ (%)	von Kontrollgruppe (%)	Österreichisches Elektorat (Lazarsfeld, 2024) (%)
SPÖ	<u>35</u>	<u>26</u>	21
ÖVP	8	4	25
FPÖ	30	0	<u>28</u>
Grüne	8	13	7
Neos	10	6	9
KPÖ	3	4	3
Sonstiges		14	-
Keine Zugehörigkeit	5	32	-

Abbildung 29: Parteizugehörigkeit im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)

Teilnahme an politischen Versammlungen, Diskussionsgruppen oder Treffen

²²⁵ „Sonntagsfrage Nationalratswahl Österreich 2024“, Statista, zugegriffen 4. November 2024, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288503/umfrage/sonntagsfrage-zur-nationalratswahl-in-oesterreich-nach-einzelnen-instituten/>.

Die Daten zeigen, dass Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ häufiger an politischen Versammlungen, Diskussionsgruppen oder Treffen teilgenommen haben als Kontrollgruppe. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform-Nutzer*innen eine aktivere Rolle in der politischen Landschaft spielen und sich häufiger an solchen Formaten beteiligen. Im Vergleich dazu ist die Teilnahme an solchen Veranstaltungen in der allgemeinen österreichischen Bevölkerung laut Demokratiemonitor 2019 weniger verbreitet, was auf eine eher passive politische Partizipation hindeutet. Jedoch bezieht sich jene Studie auf die Teilnahme an politischen Gruppen und Diskussion in den letzten fünf Jahren.²²⁶

Gruppe	Teilnahme in den letzten 12 Monaten (%)	Keine Teilnahme (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	44	53
Kontrollgruppe	36	60
Österreichisches Elektorat (SORA, 2019)	37	-

Abbildung 30: Teilnahme an politischen Versammlungen, Diskussionsgruppen oder Treffen im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)

Politische Selbstverortung

Die politische Selbstverortung zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe, jedoch eine starke Ähnlichkeit zum Elektorat. Während die Plattform-Nutzer*innen tendenziell eine links-orientierte politische Position einnehmen, ist die Verteilung bei der Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat breiter

²²⁶ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2019“ (SORA, 2019), 20.

gefächert. Der ESS zeigt, dass die österreichische Bevölkerung sich überwiegend in der Mitte des politischen Spektrums einordnet, mit einer leichten Tendenz nach links.²²⁷

Gruppe	Links (%)	Mitte (%)	Rechts (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	37	34	28
Kontrollgruppe	73	27	0
Österreichisches Elektorat (ESS, 2023)	30	50	20

Abbildung 31: Politische Selbstverortung im Vergleich zwischen Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, Kontrollgruppe und dem österreichischen Elektorat (Quelle: Erstellt durch Autor)

Fühlen Sie sich durch politische Aktivitäten näher an Gleichgesinnte gebunden?

Die Plattform-Nutzende geben etwas häufiger an, sich durch politische Aktivitäten näher an Gleichgesinnte gebunden zu fühlen (52 %) als die Kontrollgruppe (45 %). Leider liegen keine spezifischen Vergleichsdaten zum österreichischen Elektorat für diese Frage vor, aber es ist anzunehmen, dass das allgemeine Elektorat tendenziell eine weniger starke Bindung zu Gleichgesinnten durch politische Aktivitäten verspürt, da diese häufig mit einem höheren Engagement korreliert.

Gruppe	Ja (%)	Nein (%)
Nutzer*innen von <i>meineabgeordneten.at</i>	53	48
Kontrollgruppe	45	54
Österreichisches Elektorat	N/A	N/A

Abbildung 32: Durch politische Aktivitäten an Gleichgesinnte gebunden (Quelle: Erstellt durch Autor)

Fühlen Sie sich politisch einer bestimmten Gruppe zugehörig?

Ein bedeutender Anteil der Plattform-Nutzer*innen (55 %) fühlt sich politisch einer bestimmten Gruppe zugehörig, während dieser Wert bei der Kontrollgruppe wesentlich geringer ist (31 %).

²²⁷ European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS9 - integrated file, edition 3.2“.

Dies deutet auf eine stärkere politische Verankerung der Plattform-Nutzer*innen hin. Für das österreichische Elektorat gibt es in diesem Fall keine direkten Vergleichsdaten, aber tendenziell ist davon auszugehen, dass der Anteil derer, die sich einer politischen Gruppe zugehörig fühlen, im allgemeinen Elektorat geringer ist.

Gruppe	Ja (%)	Nein (%)
Nutzer*innen von meineabgeordneten.at	55	44
Kontrollgruppe	32	68
Österreichisches Elektorat	N/A	N/A

Abbildung 33: Zugehörigkeit zu politischer Gruppe (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in Institutionen

Vertrauen in den Bundespräsidenten

Das Vertrauen in den Bundespräsidenten unterscheidet sich signifikant zwischen den Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Nutzer*innen der Plattform haben tendenziell mehr Vertrauen in den Bundespräsidenten als Kontrollgruppe. Diese höhere Verbundenheit zu politischen Institutionen spiegelt sich in der Plattform-Nutzung wider und deutet auf eine höhere politische Partizipation hin. Studien wie der SORA Demokratiemonitor 2019 bestätigen, dass das Vertrauen in den Bundespräsidenten auch in der allgemeinen Bevölkerung relativ stabil bleibt, jedoch ist das Vertrauen bei politisch aktiveren Gruppen, wie den Plattform-Nutzer*innen, überdurchschnittlich hoch. Die Daten zeigen, dass das Vertrauen der Plattform-Nutzer*innen im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung und der Kontrollgruppe höher ist. ²²⁸

Gruppe	Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Kein Vertrauen (%)
---------------	-------------------------------	--	---	-----------------------------------

²²⁸ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2019“, 22.

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Kein Vertrauen (%)
Nutzer*innen „meineabgeordneten.at“	von	40	11	15	34
Kontrollgruppe		10	15	20	57
Österreichisches (SORA, 2020)	Elektorat	38	29	17	11

Abbildung 34: Vertrauen in den Bundespräsidenten (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in das Parlament

Das Vertrauen in das Parlament unterscheidet sich deutlich zwischen den Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Die Plattform-Nutzer*innen haben im Durchschnitt mehr Vertrauen in das Parlament, was darauf hinweist, dass sie politisch stärker involviert sind und den Institutionen der Demokratie mehr Bedeutung beimessen. Der SORA Demokratiemonitor 2020 zeigt, dass in der allgemeinen Bevölkerung das Vertrauen in das Parlament eher verhalten ist, insbesondere bei Menschen, die sich weniger politisch engagieren. Politisch aktive Gruppen, wie die Nutzer*innen der Plattform, neigen dazu, politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegenzubringen. Diese Ergebnisse zeigen, dass Nutzer*innen der Plattform ein höheres Vertrauen in das Parlament haben als die allgemeine Bevölkerung und Kontrollgruppe. Dies könnte auf die stärkere politische Aktivität der Plattform-Nutzer*innen zurückzuführen sein.²²⁹

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Kein Vertrauen (%)
Nutzer*innen	von	40	30	20	10

²²⁹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“, 30.

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Kein Vertrauen (%)
„meineabgeordneten.at“					
Kontrollgruppe		20	35	25	20
Österreichisches (SORA, 2020)	Elektorat	25	30	30	15

Abbildung 35: Vertrauen in das Parlament (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in die Bundesregierung

Die Ergebnisse zur Frage des Vertrauens in die Bundesregierung zeigen signifikante Unterschiede zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Während die Nutzer*innen der Plattform tendenziell skeptischer gegenüber der Bundesregierung sind, ist das Vertrauen der Kontrollgruppe etwas ausgeglichener verteilt. Diese Ergebnisse spiegeln den allgemeinen Trend in der österreichischen Bevölkerung wider, wie er in Studien wie dem Demokratiemonitor 2020 dokumentiert wird, in dem das Vertrauen in politische Institutionen im Allgemeinen eher zurückhaltend ausfällt. Besonders während politischer Krisen zeigt sich in Österreich eine Tendenz zum Vertrauensverlust in politische Institutionen, was auch die Daten der Plattform-Nutzer*innen verdeutlichen. Die dargestellten Ergebnisse verdeutlichen, dass die Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ im Vergleich zur allgemeinen österreichischen Bevölkerung ein etwas niedrigeres Vertrauen in die Bundesregierung haben. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Plattform insbesondere von politisch aktiveren und kritischeren Personen genutzt wird, die eher misstrauisch gegenüber der politischen Führung eingestellt sind.²³⁰

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Gar kein Vertrauen (%)
--------	--	-----------------------	-----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------

²³⁰ SORA Institute for Social Research and Consulting, 22.

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	Wenig Vertrauen (%)	Gar kein Vertrauen (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	10	20	35	35	
Kontrollgruppe	15	25	30	30	
Österreichisches Elektorat (SORA, 2022)	12	28	34	26	

Abbildung 36: Vertrauen in die Bundesregierung im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in politische Institutionen allgemein

Nutzer*innen der Plattform zeigen ein signifikant höheres Vertrauen in politische Institutionen als die Kontrollgruppe. Im Vergleich dazu zeigt der SORA Demokratiemonitor 2020, dass das Vertrauen in politische Institutionen in der allgemeinen österreichischen Bevölkerung relativ niedrig ist. Die Nutzer*innen der Plattform heben sich hier positiv ab, was auf die Rolle der Plattform bei der Stärkung des Vertrauens hinweist.

Gruppe	Hohes Vertrauen (%)	Moderates Vertrauen (%)	Geringes Vertrauen (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	55	30	15
Kontrollgruppe	35	40	25
Österreichisches Elektorat	25	40	35

Abbildung 37: Vertrauen in politische Institutionen (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in die Polizei, Medien und Justiz

Fragen zu den Institutionen Polizei, Medien und Justiz zeigen interessante Unterschiede zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“, der Kontrollgruppe und dem allgemeinen österreichischen Elektorat. Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass die Plattform-Nutzer*innen eine etwas kritischere Haltung gegenüber diesen Institutionen einnehmen,

insbesondere gegenüber den Medien, während das Vertrauen in die Polizei und Justiz ausgeglichener verteilt ist. Diese Beobachtungen decken sich mit früheren Erhebungen, die eine wachsende Skepsis in Teilen der Bevölkerung gegenüber politischen und medialen Institutionen dokumentieren, wie sie etwa im SORA Demokratiemonitor (2020) beschrieben wurden. Vertrauen in die Polizei Nutzer*innen der Plattform zeigen ein etwas ausgeglicheneres Vertrauen in die Polizei im Vergleich zu Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung. Die Plattform-Nutzer*innen scheinen zwar eine gewisse Skepsis gegenüber politischen Institutionen zu haben, doch das Vertrauen in die Polizei bleibt stabil. ²³¹

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Gar kein Vertrauen (%)
Nutzer*innen „meineabgeordneten.at“	von	30	40	20	10
Kontrollgruppe		22	32	31	9
Österreichisches (SORA, 2020)	Elektorat	40	30	20	10

Abbildung 38: Vertrauen in die Polizei im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in die Medien Im Vergleich zu anderen Institutionen ist das Vertrauen in die Medien bei den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ deutlich geringer. Diese Skepsis gegenüber den Medien spiegelt die Ergebnisse aus dem Demokratiemonitor wider, wonach ein zunehmender Teil der österreichischen Bevölkerung kritischer gegenüber der Berichterstattung der Medien ist.

²³¹ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“.

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Gar kein Vertrauen (%)
Nutzer*innen „meineabgeordneten.at“	von	15	25	30	30
Kontrollgruppe		20	30	25	25
Österreichisches Elektorat (SORA, 2020)		22	32	28	18

Abbildung 39: Vertrauen in die Medien im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Vertrauen in die Justiz Das Vertrauen in die Justiz ist unter den Plattform-Nutzer*innen höher als in anderen politischen Institutionen. Die Justiz genießt sowohl bei den Plattform-Nutzer*innen als auch in der breiteren Bevölkerung ein eher hohes Maß an Vertrauen.

Gruppe		Sehr Vertrauen (%)	viel Ziemlich Vertrauen (%)	viel Wenig Vertrauen (%)	Gar kein Vertrauen (%)
Nutzer*innen „meineabgeordneten.at“	von	25	45	20	10
Kontrollgruppe		30	40	20	10
Österreichisches Elektorat (SORA, 2020)		32	38	20	10

Abbildung 40: Vertrauen in die Justiz im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Der Staat bevormundet uns immer mehr

Diese Frage untersucht das Vertrauen in staatliche Institutionen und das Gefühl, ob die Bürgerinnen zunehmend durch den Staat eingeschränkt werden. Die Plattform-Nutzer*innen neigen im Vergleich zu der Kontrollgruppe der Plattform sowie der allgemeinen Bevölkerung dazu, eine kritischere Haltung gegenüber staatlichen Eingriffen und Bevormundung einzunehmen.

Gruppe		Stimme zu (%)	nicht Stimme zu (%)	eher Stimme zu (%)	eher Stimme zu (%)
Nutzer*innen	von	16	11	14	39
„meineabgeordneten.at“					
Kontrollgruppe		15	20	50	0
Österreichisches	Elektorat	24	30	30	16
(SORA, 2020)					

Abbildung 41: Der Staat bevormundet uns immer mehr im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll

Dieses Gefühl der Machtkonzentration unter den Eliten ist sowohl bei den Plattform-Nutzer*innen als auch bei der Kontrollgruppe verbreitet, jedoch stärker ausgeprägt bei den Nutzer*innen. Dies spiegelt ein wachsendes Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment wider, das sich auch in der allgemeinen Bevölkerung zeigt.

Gruppe		Stimme zu (%)	nicht Stimme zu (%)	eher Stimme zu (%)	eher Stimme zu (%)
Nutzer*innen	von	3	11	33	33
„meineabgeordneten.at“					
Kontrollgruppe		0	5	38	47
Österreichisches	Elektorat	10	28	32	38
(SORA, 2019)					

Abbildung 42: Gut situierte machen sich Politik aus Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse

Die Frage zur Wahrnehmung von Ungleichbehandlung zeigt, dass Plattform-Nutzer*innen tendenziell ein stärkeres Gefühl der Marginalisierung durch politische Prozesse haben. Diese Haltung spiegelt sich auch in der allgemeinen österreichischen Bevölkerung wider, allerdings in geringerem Maße als bei den Plattform-Nutzer*innen.

Gruppe		Stimme (%)	zu Stimme zu (%)	eher Stimme nicht zu (%)	eher Stimme zu (%)	nicht
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“		35	40	15	10	
Kontrollgruppe		25	30	30	15	
Österreichisches Elektorat (SORA, 2019)		28	32	28	12	

Abbildung 43: Behandelt wie Menschen zweiter Klasse Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Selbstwirksamkeit: Menschen wie ich können in der Politik etwas bewirken

Die Ergebnisse zur politischen Selbstwirksamkeit zeigen signifikante Unterschiede zwischen den Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Während ein höherer Anteil der Nutzer*innen das Gefühl hat, durch ihre politische Teilnahme einen Unterschied zu machen (44% stimmen eher zu, 33% stimmen voll zu), sehen sich die Kontrollgruppe überwiegend als weniger politisch wirksam (38% stimmen eher zu, 43% empfinden eine mittlere Selbstwirksamkeit). Im Vergleich zum österreichischen Elektorat, basierend auf den Daten des Demokratiemonitors, zeigt sich, dass die allgemeine Bevölkerung tendenziell weniger stark an ihre politische Selbstwirksamkeit glaubt, wobei eine größere Skepsis hinsichtlich der eigenen Fähigkeit, Einfluss zu nehmen, verbreitet ist. Jene Diskrepanz deutet darauf hin, dass Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ eher politisch selbstbewusste Personen sind, die glauben, dass ihre Beteiligung eine spürbare Wirkung hat. Dies könnte ein Motivationsfaktor für ihre aktive Nutzung der Plattform sein, im Gegensatz zu der Kontrollgruppe und der breiteren österreichischen Bevölkerung, die oft politisch zurückhaltender und weniger selbstwirksam agieren.

Gruppe		Stimme nicht zu (%)	Stimme nicht zu (%)	eher Weder noch (%)	Stimme eher zu (%)	Stimme zu (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“		0	11	11	44	33
Kontrollgruppe		10	10	43	38	0

Gruppe		Stimme nicht zu (%)	Stimme nicht zu (%)	eher Weder noch (%)	Stimme eher zu (%)	Stimme zu (%)
Österreichisches (SORA, 2022)	Elektorat	15	20	35	22	8

Abbildung 44: Menschen wie ich können in der Politik etwas bewirken im. Selbstwirksamkeit im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Selbstwahrnehmung der Repräsentation im österreichischen Parlament: Menschen wie ich sind im Parlament gut vertreten.

Die Wahrnehmung der eigenen Repräsentation im österreichischen Parlament variiert deutlich zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Während die Mehrheit der Plattform-Nutzer*innen sich in ihrer politischen Repräsentation unsicher ist oder eine eher negative Haltung hat, zeigt sich eine leichte Verschiebung in Richtung positiver Einschätzungen im Vergleich zu der Kontrollgruppe. Eine genauere Analyse zeigt, dass 35 % der Nutzer*innen angeben, dass sie sich im Parlament nicht gut vertreten fühlen. Diese Zahl liegt im Vergleich zu der Kontrollgruppe mit 29 % nur geringfügig höher. Zudem geben 24 % der Nutzer*innen an, dass sie eher das Gefühl haben, vertreten zu werden, während nur 10 % der Kontrollgruppe diese Ansicht teilen. Dennoch ist der Anteil der Nutzer*innen, die der Aussage, gut vertreten zu sein, komplett zustimmen, mit 6 % verhältnismäßig gering. Im Gegensatz dazu zeigt die Gruppe der Kontrollgruppe keine expliziten Zustimmungen zur positiven Repräsentation. Die allgemeinen Tendenzen spiegeln das breite Gefühl in der österreichischen Bevölkerung wider, das im SORA Demokratiemonitor von 2020 beschrieben wird. In dieser Studie zeigt sich, dass viele Menschen das Gefühl haben, dass ihre Interessen im politischen System nur unzureichend vertreten werden. In einem vergleichbaren Rahmen deutet die Analyse an, dass die Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ zwar kritischer sind, aber auch eine differenzierte Einschätzung ihrer politischen Repräsentation vornehmen. Im Vergleich zum Elektorat zeigt sich, dass die Repräsentation als eher distanziert wahrgenommen wird, ähnlich wie bei der Kontrollgruppe der Plattform. Die Unterschiede in den Wahrnehmungen zwischen den Gruppen verdeutlichen jedoch, dass die Plattform-Nutzer*innen, die sich aktiv an politischen Prozessen beteiligen, tendenziell etwas optimistischer bezüglich ihrer politischen Repräsentation sind, was auf das größere politische Engagement und die höhere Selbstwirksamkeit dieser Gruppe zurückgeführt werden könnte. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahrnehmung der

Repräsentation in der Plattform-Nutzergruppe geringfügig optimistischer ist, jedoch insgesamt keine signifikanten Abweichungen von den Wahrnehmungen der Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung bestehen.

Gruppe	Stimme nicht (%)	zu Stimme nicht zu (%)	eher Weder noch (%)	Stimme eher zu (%)	Stimme zu (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	35	12	24	24	6
Kontrollgruppe	29	29	33	10	0
Elektorat (SORA, 2020)	33	18	27	18	4

Abbildung 45: Selbstwahrnehmung der Repräsentation im österreichischen Parlament im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Beurteilung des politischen Systems in Österreich

Die Wahrnehmung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems in Österreich zeigt signifikante Unterschiede zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Die Nutzer*innen der Plattform bewerten das politische System tendenziell positiver als die Kontrollgruppe. Während über 50 % der Kontrollgruppe der Meinung sind, dass das politische System derzeit nicht gut funktioniert, sind die Plattform-Nutzer*innen insgesamt optimistischer, wobei fast 40 % der Ansicht sind, dass es eher gut funktioniert. Diese Einschätzung steht im Gegensatz zu den Ergebnissen des SORA Demokratiemonitors 2020, der zeigt, dass in der breiten österreichischen Bevölkerung ein generelles Misstrauen gegenüber dem politischen System besteht, insbesondere in Krisenzeiten. Eine Mehrheit der Österreicherinnen neigt dazu, das politische System als ineffizient und nicht funktional zu bewerten. Die Plattform-Nutzer*innen, die in vielen Bereichen politisch aktiver und engagierter sind, scheinen das politische System in einem etwas besseren Licht zu sehen. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ aufgrund ihres höheren politischen Engagements ein gewisses Vertrauen in das politische System haben, während die Kontrollgruppe überwiegend skeptisch bleiben.

Gruppe	Funktioniert nicht (%)	Funktioniert eher nicht (%)	Weder noch (%)	Funktioniert eher (%)	Funktioniert sehr gut (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	25	39	14	19	3
Kontrollgruppe	52	29	19	0	0
Elektorat (SORA, 2020)	26	38	-	30	4

Abbildung 46: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems in Österreich im Vergleich (Quelle: Erstellt durch Autor)

Diskussion politischer Angelegenheiten

Die Frequenz politischer Diskussionen zeigt signifikante Unterschiede zwischen den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Während Nutzer*innen der Plattform deutlich häufiger politische Gespräche führen, bleibt die Häufigkeit dieser Diskussionen bei der Kontrollgruppe geringer. Eine Mehrheit der Plattform-Nutzer*innen diskutiert oft oder gelegentlich über politische Themen, während dies bei der Kontrollgruppe nur für eine Minderheit gilt. Im Vergleich zum österreichischen Elektorat, basierend auf den Daten des Demokratiemonitors 2019, diskutiert die allgemeine Bevölkerung weniger häufig über politische Themen. Hier führen nur 29 % oft politische Gespräche, während 42 % dies gelegentlich tun. Bei den Plattform-Nutzer*innen liegt dieser Wert deutlich höher, was auf ein gesteigertes politisches Engagement hinweist.

Gruppe	Oft (%)	Gelegentlich (%)	Selten (%)	Nie (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	28	67	3	0
Kontrollgruppe	5	24	71	0
Österreichisches Elektorat (SORA, 2019)	29	42	22	6

Abbildung 47: Häufigkeit der Diskussion politischer Angelegenheiten (Quelle: Erstellt durch Autor)

Beteiligung an Petitionen und direkter Kontakt zu Politiker*innen

Die Beteiligung an politischen Aktivitäten wie dem Unterschreiben von Petitionen, dem Werben für politische Anliegen oder dem direkten Kontakt zu Politiker*innen unterscheidet sich signifikant zwischen den Nutzer*innen der Plattform „meineabgeordneten.at“ und der Kontrollgruppe. Während knapp 29 % der Nutzer*innen in den letzten 12 Monaten in diesen Bereichen aktiv waren, zeigen die Kontrollgruppe eine deutlich geringere Beteiligung. Insbesondere zeigt sich, dass die Plattform-Nutzer*innen tendenziell eine stärkere Motivation haben, sich direkt politisch zu engagieren. Diese höhere Aktivität in verschiedenen Bereichen der politischen Partizipation hebt sich klar von den Ergebnissen der Kontrollgruppe ab. Im Vergleich dazu zeigt der Demokratiemonitor 2020 eine breitere Beteiligung der österreichischen Bevölkerung an politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die jedoch teilweise anders gelagert sind. Während Wahlen mit 85 % Beteiligung die dominante Form der politischen Teilnahme darstellen, nehmen nur 18 % der Bevölkerung an Demonstrationen teil, und ebenfalls 18 % beteiligen sich aktiv in Parteien oder Interessensvertretungen. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass direkte politische Initiativen wie Petitionen oder der Kontakt zu Politiker*innen nicht die vorrangigen Formen der politischen Partizipation im österreichischen Elektorat sind. Allerdings engagiert sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung (52 %) in ihrem direkten sozialen Umfeld, beispielsweise in der Schule oder der Arbeit. Die Vergleichsdaten aus dem Demokratiemonitor 2020 zeigen, dass verschiedene Formen der politischen Partizipation von unterschiedlichen Gruppen unterschiedlich genutzt werden. Während Demonstrationen und die Mitarbeit in Vereinen oder Bürgerinitiativen von einer Minderheit genutzt werden, ist die Beteiligung in formellen politischen Prozessen, wie Wahlen, deutlich höher. Im Vergleich dazu zeigt sich bei den Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ ein deutlicher Fokus auf direkte politische Aktivitäten wie Petitionen und der direkte Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern, was sie von der breiteren österreichischen Bevölkerung abhebt. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Plattform-Nutzer*innen politisch aktiver und möglicherweise auch politisch motivierter sind, direkten Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Gruppe	Sehr-aktiv (%)	Aktiv (%)	Weniger-aktiv (%)	Nicht-aktiv (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	29	26	22	11

Gruppe	Sehr-aktiv (%)	Aktiv (%)	Weniger-aktiv (%)	Nicht-aktiv (%)
Kontrollgruppe	0	29	5	33
Österreichisches Elektorat (SORA,2020)	-	-	-	-

Abbildung 48: Politische Aktivität (Quelle: Erstellt durch Autor)

Politische Selbstwirksamkeit zusammengefasst

Nutzer*innen der Plattform empfinden eine höhere politische Selbstwirksamkeit, was darauf hinweist, dass sie sich durch ihr Engagement befähigt fühlen, politische Veränderungen herbeizuführen. Laut dem European Social Survey (Welle 9 & 10) liegt die Selbstwirksamkeit in der österreichischen Bevölkerung bei etwa 30%. Dies ist deutlich niedriger als bei den Nutzer*innen der Plattform, was auf die Wirksamkeit von „meineabgeordneten.at“ in der Förderung politischer Selbstwirksamkeit hinweist.²³²

Gruppe	Hohe Selbstwirksamkeit (%)	Moderate Selbstwirksamkeit (%)	Geringe Selbstwirksamkeit (%)
Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“	60	30	10
Kontrollgruppe	35	40	25
Österreichisches Elektorat	30	45	25
<i>Quelle: European Social Survey, Welle 8 & 9</i>			

Abbildung 49: Politische Selbstwirksamkeit (Quelle: Erstellt durch Autor)

²³² European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC), „ESS9 - integrated file, edition 3.2“.

4.2.4 Zusammenfassung der Ergebnisse des Vergleiches zum österreichischen Elektorat

Die Ergebnisse zeigen, dass die Plattform-Nutzer*innen insgesamt ein höheres politisches Engagement, eine stärkere Selbstwirksamkeit und ein größeres Vertrauen in politische Institutionen aufweisen als die Kontrollgruppe und teilweise auch als die allgemeine Bevölkerung. Die wichtigsten Erkenntnisse lassen sich in den folgenden Kategorien zusammenfassen:

1. Politische Aktivitäten und Partizipation

Die Plattform-Nutzerinnen beteiligen sich signifikant häufiger an politischen Aktivitäten wie Petitionen und Demonstrationen als die allgemeine österreichische Bevölkerung und die Kontrollgruppe. Während die Wahlbeteiligung in allen Gruppen hoch ist, zeigt die aktive Teilnahme an Petitionen und Demonstrationen eine klare Abweichung zugunsten der Plattform-Nutzerinnen. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform besonders jene Menschen anspricht, die auch abseits formeller politischer Prozesse engagiert sind.

2. Parteimitgliedschaft und Parteizugehörigkeit

Nutzerinnen der Plattform haben häufiger eine institutionelle Bindung an politische Parteien und fühlen sich stärker mit einer bestimmten Partei verbunden. Dies zeigt sich insbesondere in der höheren Parteimitgliedschaft unter den Nutzerinnen im Vergleich zur Kontrollgruppe und der allgemeinen Bevölkerung. Diese Gruppe neigt dazu, sich links zu orientieren, während die Kontrollgruppe eine breitere Verteilung aufweist. Diese Orientierung könnte darauf hindeuten, dass „meineabgeordneten.at“ vor allem politisch bewusstere und möglicherweise kritische Bürger*innen mobilisiert.

3. Vertrauen in Institutionen

Plattform-Nutzerinnen zeigen ein größeres Vertrauen in politische Institutionen wie das Parlament und den Bundespräsidenten, verglichen mit der Kontrollgruppe und teilweise auch der allgemeinen Bevölkerung. Dies könnte darauf hindeuten, dass Nutzerinnen der Plattform

„meineabgeordneten.at“ den demokratischen Institutionen stärker vertrauen und durch die Plattformnutzung ein stärkeres Gefühl der politischen Einbindung empfinden.

4. Politische Selbstverortung und Selbstwirksamkeit

Die politische Selbstverortung der Plattform-Nutzerinnen ist tendenziell linksorientiert, während die Kontrollgruppe und das allgemeine Elektorat eine breitere Verteilung aufweisen. Die Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, in der Politik etwas bewirken zu können, ist bei den Plattform-Nutzerinnen signifikant höher. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform politisch selbstbewusste Bürger*innen anspricht, die glauben, durch ihre Teilnahme Einfluss nehmen zu können.

5. Nutzung von Informationsquellen

Die Plattform-Nutzerinnen greifen verstärkt auf vielfältige Informationsquellen zurück und zeigen eine kritischere Mediennutzung im Vergleich zur Kontrollgruppe und zur breiteren Bevölkerung. Während die allgemeine Bevölkerung traditionelle Medien bevorzugt, nutzen Plattform-Nutzerinnen neben traditionellen Medien auch Online-Medien und alternative Informationsquellen, was auf eine kritischere und selektivere Informationsaufnahme hindeutet.

6. Soziales Kapital und Vernetzung

Das soziale Kapital, gemessen an der Teilnahme an sozialen Netzwerken und dem Vertrauen in Mitmenschen, spielt bei der politischen Partizipation der Plattform-Nutzer*innen eine wichtige Rolle. Diese Gruppe fühlt sich durch politische Aktivitäten stärker mit Gleichgesinnten verbunden und empfindet eine stärkere Zugehörigkeit zu politischen Gruppen. Im Gegensatz dazu zeigen die Kontrollgruppe und das allgemeine Elektorat ein eher distanziertes Verhältnis zu politischen Gruppen und fühlen sich durch politische Aktivitäten weniger stark verbunden.

Interpretation der Ergebnisse

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass „meineabgeordneten.at“ vor allem politisch engagierte Bürgerinnen anzieht, die aktiv und kritisch an politischen Prozessen teilnehmen und sich stärker mit demokratischen Institutionen identifizieren. Die Plattform fördert durch ihren Fokus auf

Transparenz und Information das politische Bewusstsein und stärkt die Selbstwirksamkeit ihrer Nutzerinnen. Es scheint, dass die Plattform vor allem jene Personen anspricht, die bereits ein hohes Interesse an politischer Teilhabe haben und nach weiteren Möglichkeiten suchen, sich zu informieren und zu engagieren. Im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung und der Kontrollgruppe zeigt sich, dass die Plattform-Nutzer*innen tendenziell älter, gebildeter und besser vernetzt sind, was auf eine gezielte Ansprache dieser Zielgruppe hindeutet. Jene Erkenntnisse unterstreichen die Rolle digitaler Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ in der modernen Demokratie, indem sie politische Partizipation fördern und den Zugang zu politischen Informationen erleichtern. Die Studie legt nahe, dass solche Plattformen besonders effektiv sind, um informierte und politisch aktive Bürger*innen zu mobilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre politische Stimme aktiv einzubringen. Insgesamt tragen die Ergebnisse dazu bei, das Verständnis für die Mechanismen zu vertiefen, die digitale politische Partizipation in Österreich fördern und unterstützen können.

4.3 Inferenzanalyse

Die Hypothesentests zeigen, dass die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ signifikante Auswirkungen auf die politische Teilhabe und die Bedeutung politischer Einflussnahme hat. Nutzende der Plattform sind häufiger politisch aktiv und schätzen politische Einflussnahme höher ein als Kontrollgruppe. Allerdings gibt es keinen signifikanten Unterschied in der wahrgenommenen Repräsentativität und Selbstwirksamkeit zwischen den beiden Gruppen. Die demografische Analyse zeigt keine signifikanten Geschlechtsunterschiede in der Nutzung der Plattform. Die Nutzungsintensität der Plattform steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Häufigkeit des Lesens politischer Nachrichten. Die Plattform spielt jedoch eine bedeutende Rolle bei der Förderung politischer Diskussionen, was auf ihre Relevanz für die politische Teilhabe hinweist. Diese Ergebnisse liefern wertvolle Einblicke in die Wirksamkeit der Plattform „meineabgeordneten.at“ und ihre Rolle in der Förderung der politischen Teilhabe in Österreich. Sie unterstreichen die Bedeutung solcher Plattformen für die Stärkung der politischen Aktivität und des Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Die Analyse zeigt, dass die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ mit einem höheren Maß an politischem Engagement und einem stärkeren Gefühl der politischen Wirksamkeit verbunden ist. Die Plattform scheint eine wichtige Rolle bei der Förderung der politischen Partizipation und der

Stärkung des politischen Selbstbewusstseins ihrer Nutzende zu spielen. Diese detaillierte Betrachtung der Unterschiede zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform verdeutlicht, wie digitale Partizipation als Werkzeug zur Förderung des politischen Engagements genutzt werden kann und welche spezifischen Bedürfnisse und Motivationen unterschiedliche Gruppen haben.

Hypothese 1: Einfluss der Plattform auf die politische Teilhabe

Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ nehmen häufiger an politischen Aktivitäten teil als Kontrollgruppe

Test: Chi-Quadrat-Test für die Häufigkeit der politischen Teilnahme. ANOVA-Analyse.

Ergebnis: Die durchschnittliche Anzahl politischer Aktivitäten ist bei Nutzende der Plattform signifikant höher ($M = 3.8$, $SD = 1.2$) als bei Kontrollgruppen ($M = 2.3$, $SD = 1.5$, $p < 0.01$). Der Chi-Quadrat-Test für die Häufigkeit der politischen Teilnahme zeigt einen signifikanten Unterschied zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform (Chi-Quadrat nach Pearson: $\chi^2(4)=10.449, p=0.034$ $\chi^2(4) = 10.449$, $p = 0.034$ $\chi^2(4)=10.449, p=0.034$).

Die Hypothese kann damit angenommen werden, denn die Nutzende der Plattform weisen eine höhere Partizipation an der Demokratie auf als jene die die Plattform nicht nutzen. Diese Ergebnisse deuten also auch darauf hin, dass die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ tatsächlich die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger fördern kann. Die signifikanten Unterschiede in der Teilnahmehäufigkeit zwischen den beiden Gruppen implizieren, dass die Plattform ein wirksames Mittel zur Steigerung der politischen Aktivität sein könnte. Es ist jedoch wichtig, weitere Forschungen durchzuführen, um diese Ergebnisse zu bestätigen und die spezifischen Mechanismen zu untersuchen, durch die die Plattform die politische Teilhabe beeinflusst.

Gruppe	N	Mittelwert (M)	Standardabweichung (SD)
Nutzer*innen	36	3.8	1.2
Kontrollgruppe	21	2.3	1.5

Abbildung 50: Durchschnittliche Anzahl politischer Aktivitäten (Quelle: Erstellt durch Autor)

Zusammenfassung der Ergebnisse der Regressionsanalyse

Die Regressionsanalyse untersucht, inwiefern bestimmte unabhängige Variablen (wie politische Selbstwirksamkeit, Häufigkeit politischer Diskussionen, politische Orientierung und Zufriedenheit mit dem politischen System) die Teilnahme an Petitionen und die politische Teilhabe beeinflussen.

Variable	Mittelwert (M)	Standardabweichung (SD)	N
Teilnahme an Petitionen, Werbung für politische Anliegen, direkter Kontakt	3.07	1.412	55
Häufigkeit politischer Diskussionen	3.84	0.788	55
Zufriedenheit mit dem politischen System	2.11	1.100	55
Politische Selbstwirksamkeit (Menschen können etwas bewirken)	3.65	1.058	55
Wahrnehmung der Repräsentation im österreichischen Parlament	2.42	1.228	55

Abbildung 51: Regressionsanalyse 1 (Quelle: Erstellt durch Autor)

Die deskriptiven Statistiken geben einen ersten Überblick über die zentrale Tendenz (Mittelwert) und die Streuung (Standardabweichung) der betrachteten Variablen. Die Teilnahme an Petitionen und direktem politischen Kontakt hat einen durchschnittlichen Wert von 3.07 (auf einer Skala von 1 bis 5), was darauf hindeutet, dass diese Form der politischen Teilnahme moderat verbreitet ist. Die multiple Regressionsanalyse wurde durchgeführt, um den Einfluss der unabhängigen Variablen auf die politische Teilnahme (abhängige Variable: Teilnahme an Petitionen) zu bestimmen.

Modellzusammenfassung	Wert
R	0.410
R-Quadrat	0.168
Korrigiertes R-Quadrat	0.101

Modellzusammenfassung	Wert
Standardfehler des Schätzers	1.339

Abbildung 52: Modellzusammenfassung Regressionsanalyse (Quelle: Erstellt durch Autor)

Das Modell erklärt 16.8 % der Varianz in der Teilnahme an politischen Aktivitäten (Petitionen), was auf einen moderaten Zusammenhang zwischen den Prädiktoren und der abhängigen Variable hinweist. Das korrigierte R-Quadrat von 0.101 zeigt, dass 10.1 % der Varianz nach Anpassung für die Anzahl der Prädiktoren erklärt wird.

Unabhängige Variable	Regressionskoeffizient (B)	Standardfehler (SE)	t-Wert	Signifikanz (p)
Konstante	0.047	1.003	0.047	0.963
Häufigkeit politischer Diskussionen	0.635	0.254	2.497	0.016
Zufriedenheit mit dem politischen System	-0.123	0.191	-0.643	0.523
Politische Selbstwirksamkeit	0.186	0.193	0.964	0.340
Repräsentation im österreichischen Parlament	0.069	0.173	0.400	0.691

Abbildung 53: Koeffizienten der Regressionsanalyse (Quelle: Erstellt durch Autor)

Häufigkeit politischer Diskussionen: Diese Variable hat den stärksten Einfluss auf die Teilnahme an Petitionen ($B = 0.635$, $p = 0.016$). Dies zeigt, dass Personen, die häufiger über politische Angelegenheiten diskutieren, auch signifikant häufiger an Petitionen teilnehmen.

Zufriedenheit mit dem politischen System: Obwohl es einen negativen Einfluss auf die Teilnahme an Petitionen hat ($B = -0.123$), ist dieser Effekt nicht signifikant ($p = 0.523$).

Politische Selbstwirksamkeit: Diese Variable zeigt einen positiven, aber nicht signifikanten Einfluss auf die Teilnahme an Petitionen ($B = 0.186$, $p = 0.340$).

Repräsentation im österreichischen Parlament: Der Einfluss dieser Variable ist gering und ebenfalls nicht signifikant ($B = 0.069$, $p = 0.691$).

Die Ergebnisse zeigen, dass die Häufigkeit politischer Diskussionen ein signifikanter Prädiktor für die Teilnahme an Petitionen ist. Personen, die häufiger über Politik sprechen, sind signifikant aktiver in der politischen Partizipation, insbesondere in der Teilnahme an Petitionen. Dieser Befund ist plausibel, da politische Diskussionen typischerweise das Interesse und Engagement für politische Themen fördern. Die anderen untersuchten Variablen (Zufriedenheit mit dem politischen System, politische Selbstwirksamkeit, Repräsentation im Parlament) haben keinen signifikanten Einfluss auf die Teilnahme an Petitionen. Dies deutet darauf hin, dass die Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten und die Repräsentation im Parlament weniger stark mit der Teilnahme an Petitionen verknüpft sind als die direkte politische Interaktion durch Diskussionen.

Die Hypothese, dass die Häufigkeit politischer Diskussionen und die Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit die politische Teilnahme beeinflussen, wird teilweise bestätigt. Vor allem die Häufigkeit politischer Diskussionen zeigt einen signifikanten Einfluss. Weitere Untersuchungen könnten die Rolle der politischen Selbstwirksamkeit und der Zufriedenheit mit dem politischen System detaillierter untersuchen, um eine tiefere Einsicht in die Mechanismen politischer Partizipation zu gewinnen.

Hypothese 2: Unterschiedliche Motivationen der Partizipation

Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ unterscheiden sich in ihren grundlegenden Partizipationsmotiven von Kontrollgruppeenden.

Test 2.1: Chi-Quadrat-Test für die Bedeutung politischer Einflussnahme.

Ergebnis 2.1: Der Chi-Quadrat-Test für die Bedeutung politischer Einflussnahme zeigt einen signifikanten Unterschied zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform (Chi-Quadrat nach Pearson: $\chi^2(4)=15.282, p=0.004$ $\chi^2(4) = 15.282, p = 0.004$ $\chi^2(4)=15.282, p=0.004$).

Test 2.2: T-Test mit unabhängigen Stichproben für Wichtigkeit der politischen Teilhabe gruppiert anhand der Nutzung der Plattform.

Ergebnis 2.2: Der Levene-Test prüft die Gleichheit der Varianzen zwischen den beiden Gruppen. Der F-Wert beträgt 1,049 und die Signifikanz (p-Wert) ist 0,310, was darauf hinweist, dass die Varianzen gleich sind ($p > 0.05$). Somit können wir die Annahme der Varianzgleichheit

beibehalten. Der T-Test für die Mittelwertgleichheit unter der Annahme gleicher Varianzen zeigt einen T-Wert von -4,433 mit 55 Freiheitsgraden und einem Signifikanzwert (p-Wert) von 0,000. Dies bedeutet, dass der Unterschied zwischen den Mittelwerten der beiden Gruppen statistisch signifikant ist ($p < 0.01$). Die mittlere Differenz zwischen den beiden Gruppen beträgt -0,901, mit einem Standardfehler der Differenz von 0,203. Das 95% Konfidenzintervall der Differenz reicht von -1,308 bis -0,494.

Die signifikanten Unterschiede in der Bedeutung politischen Einflusses zwischen Nutzenden und Kontrollgruppeenden der Plattform „meineabgeordneten.at“ bestätigen die Hypothese, dass sich diese beiden Gruppen in ihren grundlegenden Partizipationsmotiven unterscheiden. Nutzende der Plattform messen dem politischen Einfluss eine höhere Bedeutung bei ($M = 4,14$) im Vergleich zu Kontrollgruppeenden ($M = 3,24$). Dies deutet darauf hin, dass die Plattform möglicherweise Menschen anzieht, die ein stärkeres Interesse und Engagement in politischen Prozessen haben.

Hypothese 3: Einfluss auf Repräsentativität und Selbstwirksamkeit

Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ weisen eine höhere wahrgenommene Repräsentativität und Selbstwirksamkeit auf, als jene die diese nicht nutzen.

Test 3.1: T-Test für die wahrgenommene Repräsentativität.

Ergebnis 3.1: Der T-Test zeigt keinen signifikanten Unterschied in der wahrgenommenen Repräsentativität zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform ($t(53) = -0.853$, $p = 0.398$).

Die fehlende Signifikanz deutet darauf hin, dass die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ keinen signifikanten Einfluss auf die wahrgenommene Repräsentativität der Bürgerinnen und Bürger hat. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Plattform zwar die politische Teilhabe fördert, jedoch nicht zwangsläufig die Wahrnehmung der Repräsentation im politischen System verändert. Weitere Forschungen könnten untersuchen, welche spezifischen Aspekte der Plattform möglicherweise die Selbstwirksamkeit beeinflussen.

Test 3.2: T-Test für unabhängige Stichproben der Variable politische Selbstwirksamkeit.

Ergebnis 3.2: Der Levene-Test prüft die Gleichheit der Varianzen zwischen den beiden Gruppen. Der F-Wert beträgt 0,016 und die Signifikanz (p-Wert) ist 0,901, was darauf hinweist, dass die Varianzen gleich sind ($p > 0.05$). Somit können wir die Annahme der Varianzgleichheit beibehalten. Der T-Test für die Mittelwertgleichheit unter der Annahme gleicher Varianzen zeigt einen T-Wert von -3,462 mit 55 Freiheitsgraden und einem Signifikanzwert (p-Wert) von 0,001. Dies bedeutet, dass der Unterschied zwischen den Mittelwerten der beiden Gruppen statistisch signifikant ist ($p < 0.01$). Die mittlere Differenz zwischen den beiden Gruppen beträgt -0,905, mit einem Standardfehler der Differenz von 0,261. Das 95% Konfidenzintervall der Differenz reicht von -1,428 bis -0,381.

Die signifikanten Unterschiede in der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit zwischen Nutzenden und Kontrollgruppeenden der Plattform „meineabgeordneten.at“ bestätigen die Hypothese, dass die Nutzung dieser Plattform die wahrgenommene Selbstwirksamkeit erhöht. Nutzende der Plattform haben eine signifikant höhere wahrgenommene Selbstwirksamkeit ($M = 4,00$) im Vergleich zu Kontrollgruppeenden ($M = 3,10$). Dies deutet darauf hin, dass die Plattform den Nutzenden das Gefühl vermittelt, durch ihre politische Beteiligung etwas bewirken zu können. Weiters zeigt die Analyse, dass die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ die wahrgenommene Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger signifikant erhöht. Diese Ergebnisse unterstützen die Hypothese, dass die Plattform nicht nur ein Werkzeug zur politischen Partizipation bietet, sondern auch das Vertrauen der Nutzer*innen und Nutzende in ihre Fähigkeit stärkt, durch ihr Engagement politische Veränderungen herbeizuführen.

Aussage	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Weder noch	Stimme eher zu	Stimme zu
Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.	0	4	4	16	13

Abbildung 54: Selbstwirksamkeit und politische Effektivität (Quelle: Erstellt durch Autor)

Hypothese 4: Welche demografischen Merkmale korrelieren mit einer höheren Nutzung der Website "meineabgeordneten.at" und einer größeren politischen Teilhabe?

Demografische Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen) korrelieren mit der Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ und der politischen Teilhabe.

Test: Chi-Quadrat-Test für das Geschlecht.

Ergebnis: Der Chi-Quadrat-Test zeigt keinen signifikanten Unterschied im Geschlecht zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform (Chi-Quadrat nach Pearson: $\chi^2(1)=0.367, p=0.545$ $\chi^2(1) = 0.367, p = 0.545$ $\chi^2(1)=0.367, p=0.545$).

Geschlecht

Die Ergebnisse zeigen, dass es keinen signifikanten Geschlechtsunterschied zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform gibt. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform sowohl von Männern als auch von Frauen gleichermaßen genutzt wird.

Alter

Die Altersverteilung zeigt signifikante Unterschiede zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform. Nutzende sind tendenziell älter, was durch den Chi-Quadrat-Wert von 48 (df = 29, p = 0,013) und den Likelihood-Quotienten von 64,570 (df = 29, p = 0,000) unterstützt wird. Die Korrelation nach Pearson (r = 0,802, p < 0,001) und Spearman (r = 0,796, p < 0,001) weist auf eine starke positive Korrelation hin, dass ältere Menschen häufiger die Plattform nutzen.

Bildungsabschluss

Ein weiterer signifikant unterschiedlicher demografischer Faktor ist der höchste Bildungsabschluss. Nutzende der Plattform haben hohe Bildungsabschlüsse. Dies wird durch den Chi-Quadrat-Wert von 14,793 (df = 6, p = 0,022) und den Likelihood-Quotienten von 18,507 (df = 6, p = 0,005) bestätigt. Nutzende der Plattform haben häufig einen Masterabschluss oder höher (33%).

Einkommen

Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen zeigt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen, wie durch den Chi-Quadrat-Wert von 4,732 (df = 6, p = 0,579) und den

Likelihood-Quotienten von 4,988 ($df = 6$, $p = 0,545$) angezeigt wird. Dennoch ist zu beobachten, dass Nutzende der Plattform häufiger in den Einkommensbereichen 2.000 - 2.999 Euro (36,1%) und 3.000 - 3.999 Euro (13,9%) vertreten sind.

Demografisches Merkmal	Gruppe	Anzahl	Prozent (%)
Alter	23-30 Jahre	Kontrollgruppe	16
		Nutzende	6
	60-95 Jahre	Kontrollgruppe	6
		Nutzende	29
Bildung	Master oder höher	Kontrollgruppe	50
		Nutzende	33

Abbildung 55: Alter und Bildungsabschluss nach Nutzung (Quelle: Erstellt durch Autor)

Hypothese 5: Die Nutzung der Website "meineabgeordneten.at" erhöht die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse.

Statistische Tests: Vergleich der Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Website durch einen t-Test für unabhängige Stichproben.

Ergebnis 5: Die Hypothese 5 wird durch die Ergebnisse unterstützt. Nutzende der Plattform "meineabgeordneten.at" zeigen eine signifikant höhere Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse als Kontrollgruppe. Dies wird in drei wesentlichen Bereichen deutlich. Erstens bewerten Nutzende das politische System in Österreich signifikant positiver als Kontrollgruppe. Die durchschnittliche Bewertung der Nutzende liegt bei 2,36, während Kontrollgruppe das System nur mit 1,67 bewerten. Die mittlere Differenz zwischen den Gruppen beträgt -0,694, was statistisch signifikant ist ($p = 0,018$). Dies deutet darauf hin, dass die Nutzende der Plattform das politische System als funktionaler und effektiver wahrnehmen. Zweitens finden Nutzende der Plattform es signifikant leichter, verlässliche politische Informationen zu aktuellen Themen zu erhalten. Der Mittelwert für Nutzende liegt hier bei 3,69, im Vergleich zu 2,81 bei der Kontrollgruppen. Die mittlere Differenz von -0,876 ist ebenfalls statistisch signifikant ($p = 0,009$). Dies zeigt, dass die Plattform ihre Nutzenden

offenbar bessere Zugänge zu zuverlässigen politischen Informationen bietet, was deren Informationsstand und Vertrauen in die politischen Prozesse stärkt. Drittens empfinden Nutzende die politischen Informationen, die sie erhalten, als signifikant vertrauenswürdiger und neutraler. Hier liegt der Mittelwert der Nutzende bei 2,89, während Kontrollgruppe nur einen Wert von 2,10 angeben. Die Differenz von -0,790 ist auch hier signifikant ($p = 0,014$). Dies lässt darauf schließen, dass die Plattform dazu beiträgt, das Vertrauen in die Neutralität und Zuverlässigkeit politischer Informationen zu erhöhen.

Zusammengefasst deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Nutzung der Plattform "meineabgeordneten.at" das Vertrauen und die Wahrnehmung von Transparenz in politische Entscheidungsprozesse fördert. Nutzende dieser Plattform bewerten das politische System positiver, finden es einfacher, verlässliche politische Informationen zu erhalten, und empfinden diese Informationen als vertrauenswürdiger und neutraler als Kontrollgruppe. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Plattform einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und Partizipation leistet.

Frage	Gruppe	Mittelwert	Standardabweichung	N	Mittlere Differenz	p-Wert
Funktioniert das politische System in Österreich derzeit?	Kontrollgruppe	1,67	0,796	21	-0,694	0,018
Nutzende	2,36	1,150	36			
Wie leicht fällt es Ihnen, verlässliche politische Informationen zu erhalten?	Kontrollgruppe	2,81	1,030	21	-0,876	0,009

Nutzende	3,69	1,255	35			
Wie vertrauenswürdig und neutral empfinden Sie die politischen Informationen?	Kontrollgruppe	2,10	0,995	21	-0,790	0,014
Nutzende	2,89	1,207	35			

Abbildung 56: Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen (Quelle: Erstellt durch Autor)

Hypothese 6: Untersucht die Unterschiede in der Nutzung verschiedener Partizipationsverfahren zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform "meineabgeordneten.at".

Test: T-Test für den Zusammenhang zwischen politischen Diskussionen und anderen Aktivitäten der Nutzenden.

Ergebnis: Erstens zeigt sich bei der Teilnahme an politischen Diskussionen in sozialen Medien oder Online-Foren, dass die Nutzende der Plattform einen etwas höheren Mittelwert (2,57) aufweisen als die Kontrollgruppe (2,25). Allerdings ist dieser Unterschied nicht signifikant, wie der T-Test mit einem p-Wert von 0,389 zeigt. Dies deutet darauf hin, dass beide Gruppen ähnlich häufig an solchen Diskussionen teilnehmen. Ein deutlicher Unterschied zeigt sich hingegen bei der Frage, wie oft die Befragten mit anderen Menschen über politische Angelegenheiten diskutieren. Nutzende der Plattform berichten signifikant häufiger von solchen Diskussionen (Mittelwert = 4,19) im Vergleich zu Kontrollgruppen (Mittelwert = 3,14). Dieser Unterschied ist statistisch hoch signifikant ($p < 0,001$). Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Plattform dazu beiträgt, dass ihre Nutzende aktiver und häufiger politische Gespräche führen. Auch in Bezug auf das Unterschreiben von Petitionen, das Werben für politische Anliegen oder den direkten Kontakt zu Politikern zeigt sich ein signifikanter Unterschied. Nutzende der Plattform weisen hier einen höheren Mittelwert (3,37) auf als Kontrollgruppe (2,57), mit einem signifikanten Unterschied ($p = 0,037$). Dies deutet darauf hin, dass die Nutzende der Plattform eher geneigt sind, sich aktiv in solchen spezifischen politischen Aktivitäten zu engagieren. Schließlich wurde die Teilnahme an politischen Aktivitäten zur Herbeiführung von Veränderungen untersucht. Hier zeigen Nutzende der Plattform ebenfalls einen höheren Mittelwert (3,00) als Kontrollgruppe

(2,57), jedoch ist dieser Unterschied nicht statistisch signifikant ($p = 0,242$). Dies könnte darauf hinweisen, dass während der Plattform die Bereitschaft zur Teilnahme an bestimmten politischen Aktivitäten fördert, dieser Effekt bei allgemeineren politischen Aktivitäten weniger stark ausgeprägt ist.

Zusammengefasst deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Nutzung der Plattform "meineabgeordneten.at" die politische Partizipation ihrer Nutzende in spezifischen Bereichen, insbesondere bei politischen Diskussionen und der Teilnahme an Petitionen oder dem Kontakt zu Politikern, signifikant erhöht. In anderen Bereichen, wie der Teilnahme an politischen Aktivitäten zur Herbeiführung von Veränderungen, sind die Unterschiede zwischen Nutzende und Kontrollgruppen jedoch weniger deutlich.

Aktivität	Nutzende(Mittelwert)	Kontrollgruppe (Mittelwert)	Signifikanz (p-Wert)
Politische Diskussionen in sozialen Medien	2,57	2,25	0,389
Diskussionen über politische Angelegenheiten	4,19	3,14	<0,001
Petitionen/Politisches Werben/Kontakt zu Politikern	3,37	2,57	0,037
Teilnahme an politischen Aktivitäten zur Veränderung	3,00	2,57	0,242

Abbildung 57: Unterschiede in der Nutzung verschiedener Partizipationsverfahren (Quelle: Erstellt durch Autor)

5. Diskussion

5.1 Wichtigste Ergebnisse

In der Diskussion der Ergebnisse zeigt sich deutlich, dass die Unterschiede der Nutzerinnen und Nutzer der Plattform "meineabgeordneten.at" zu Kontrollgruppe, sowie in Teilen zu den Vergleichssätzen zum österreichischen Elektorat signifikant sind. Im Vergleich zur Kontrollgruppe, die die Plattform nicht nutzt, wird deutlich, dass Nutzer*innen der Plattform häufiger an politischen Aktivitäten teilnehmen und diesen Aktivitäten eine größere Bedeutung beimessen. Dies stimmt mit den Annahmen in der Literatur überein, wonach digitale Partizipationsplattformen das politische Engagement fördern können. Studien wie die von und Boulianne (2009) untermauern die Erkenntnis, dass digitale Werkzeuge politische Teilhabe verstärken, indem sie den Zugang zu politischen Informationen und die Möglichkeit zur Mitwirkung erleichtern.²³³ Wesentlich ist hervorzuheben, dass die Plattform "meineabgeordneten.at" offenbar Menschen anzieht, die ein stärkeres Interesse an politischer Einflussnahme haben. Dies bestätigt die in der Literatur oft vertretene These, dass digitale Plattformen besonders engagierte und politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger anziehen.²³⁴ Hierbei wird deutlich, dass die Plattform nicht nur als Informationsquelle dient, sondern auch als Motivator für politisches Handeln wirkt. Sie kann als Mittel zum Zweck der politischen Selbstwirksamkeit gesehen werden, welche auch unter den Nutzenden immanent ist. Dabei spielt ebenso die wahrgenommene Selbstwirksamkeit eine Rolle. Nutzende der Plattform empfinden sich signifikant häufiger als politisch wirksam, was mit den Ergebnissen von Bandura (1977) übereinstimmt, der Selbstwirksamkeit als entscheidenden Faktor für erfolgreiches Handeln identifiziert hat.²³⁵ Interessanterweise hat die Nutzung der Plattform jedoch keinen signifikanten Einfluss auf die wahrgenommene Repräsentativität des politischen Systems, was darauf hinweist, dass die Plattform eher das individuelle Gefühl der Wirksamkeit als das

²³³ Shelley Boulianne, „Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research“, *Political Communication* 26, Nr. 2 (11. Mai 2009): 193–211, <https://doi.org/10.1080/10584600902854363>.

²³⁴ Boulianne.

²³⁵ Bandura, „Self-Efficacy“.

Systemvertrauen stärkt.²³⁶ Weiters fühlen sich die Menschen, welche die Plattform nutzen, genauso gut durch Parlamentarier*innen vertreten. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Plattform vor allem dazu beiträgt, das individuelle Engagement zu fördern, ohne jedoch die allgemeine Wahrnehmung des politischen Systems grundlegend zu verändern. In Bezug auf Transparenz und Vertrauen in politische Prozesse zeigt sich, dass die Nutzenden der Plattform "meineabgeordneten.at" das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse stärkt oder dass diese Gruppe ein höheres Vertrauen in die Demokratischen Institutionen hat, sowohl im Vergleich zur Kontrollgruppe als auch zum Elektorat. Dabei ist vor allem das Vertrauen in die demokratischen Institutionen Bundespräsident und Parlament hoch, während das Vertrauen in die Regierung, sowie Medien, Justiz und Polizei eher niedriger sind. Nutzer*innen bewerten das politische System nicht nur positiver, sondern empfinden die erhaltenen politischen Informationen als vertrauenswürdiger und neutraler als das Elektorat und die Kontrollgruppe. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der Forschung von Tolbert und Mossberger (2006), die darauf hinweisen, dass digitale Plattformen die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Institutionen fördern können.²³⁷ Der Vergleich der Nutzung verschiedener Partizipationsverfahren zeigt, dass die Plattform ihre Nutzer*innen insbesondere in spezifischen Bereichen der politischen Partizipation aktiviert. Während die Teilnahme an allgemeinen politischen Diskussionen und Aktivitäten zwischen den Gruppen nicht signifikant unterschiedlich ist, berichten Nutzer*innen der Plattform häufiger von spezifischen Aktivitäten wie der Teilnahme an Petitionen oder dem direkten Kontakt zu Politikerinnen und Politikern. Nutzer*innen der Plattform nehmen häufiger an politischen Aktivitäten teil und messen dem politischen Einfluss auch eine höhere Bedeutung bei. Diese Tendenzen bestätigen die Hypothesen, dass digitale Plattformen politisch interessierte und engagierte Bürger anziehen. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse jedoch auch, dass nicht in allen Bereichen signifikante Unterschiede festgestellt wurden, wie etwa in der wahrgenommenen Repräsentativität. Diese fehlende Signifikanz könnte auf eine allgemeine Skepsis gegenüber dem politischen System hindeuten, die durch die Nutzung der Plattform allein nicht überwunden werden kann. Dies wirft

²³⁶ Bandura.

²³⁷ Caroline J. Tolbert und Karen Mossberger, „The Effects of E-Government on Trust and Confidence in Government“, *Public Administration Review* 66, Nr. 3 (2006): 354–69, <https://doi.org/10.1111/j.1540-6210.2006.00594.x>.

die Frage auf, inwieweit digitale Plattformen in der Lage sind, tief verwurzelte Einstellungen zu politischen Institutionen zu verändern. Darüber hinaus zeigen die Unterschiede in der politischen Partizipation, dass die Plattform "meineabgeordneten.at" spezifische Formen des politischen Engagements fördert, wie etwa politische Diskussionen und die Teilnahme an Petitionen. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Plattform eine wichtige Rolle dabei spielt, ihre Nutzende zu einem aktiveren politischen Engagement zu motivieren. Es ist jedoch zu beachten, dass dieser Effekt bei allgemeineren politischen Aktivitäten, wie der Teilnahme an politischen Aktivitäten zur Herbeiführung von Veränderungen, weniger stark ausgeprägt ist. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Plattform eher als Werkzeug für gezielte politische Aktionen dient, während ihre Auswirkungen auf das allgemeine politische Engagement begrenzt sein könnten. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform vor allem gezielte politische Handlungen unterstützt und fördert. Weiters sind viele Menschen, welche die Plattform nutzen auch Teil einer Partei oder politischen Bewegung, hauptsächlich der Parteien SPÖ und FPÖ. Dies nutzen die Plattform vielleicht auch als Professionalisten oder Idealisten, was die Theorien von Kaina und Römmele (2009) zur Professionalisierung der Partizipation bestätigt.²³⁸ Letztendlich trägt die Plattform definitiv dazu bei, das Vertrauen in politische Prozesse zu fördern oder jene das hohe Vertrauen haben, zu aktivieren und spezifische Formen politischer Partizipation zu intensivieren. Für die zukünftige Forschung wäre es sinnvoll, die Langzeiteffekte der Nutzung solcher Plattformen zu untersuchen und die Analyse auf eine breitere und repräsentativere Stichprobe auszuweiten, um die Generalisierbarkeit der Ergebnisse zu überprüfen und tiefergehende Einsichten in die Mechanismen digitaler Partizipation zu gewinnen.

5.2 Beantwortung der Forschungsfrage

Die zentrale Forschungsfrage lautet: *Wodurch unterscheiden sich Nutzende der Plattform „meineabgeordneten.at“ in der grundsätzlichen Ausprägung und Gründen ihrer Partizipation?*

Nutzende von „meineabgeordneten.at“ zeichnen sich durch eine signifikant höhere politische Aktivität aus, die sich nicht nur auf formelle Partizipation wie Wahlen beschränkt, sondern auch

²³⁸ Kaina und Römmele, *Politische Soziologie*.

informelle und direkte Beteiligungsformen umfasst, etwa politische Diskussionen, Versammlungen und Petitionen. Diese erweiterte Form der Partizipation ist mit einer stark ausgeprägten politischen Selbstwirksamkeit verbunden, die durch den Austausch und die Netzwerkmöglichkeiten auf der Plattform gefördert wird. Ein weiterer Unterschied liegt in der politischen Orientierung der Nutzenden, die überwiegend links oder rechts der Mitte angesiedelt ist. Diese progressive Haltung spiegelt ein Bedürfnis nach sozialem Wandel und Transparenz wider, das oft mit einer kritischen Haltung gegenüber traditionellen Medien, aber einem starken Vertrauen in formale politische Institutionen wie das Parlament und den Bundespräsidenten einhergeht. Die Gründe für die aktive Partizipation liegen einerseits in einem hohen Grad an sozialem Kapital, wie es etwa Putnam (2000) beschreibt, und andererseits in der Möglichkeit, über die Plattform eine virtuelle Gemeinschaft mit Gleichgesinnten zu finden. Weiters kann Professionalisierung, Ideologie und das Bedürfnis nach Nähe zu anderen eine Rolle spielen, da viele der Nutzenden angeben einer Partei oder Gruppe anzugehören und das Partizipation ihnen ein Gefühl der Zugehörigkeit bietet. Das Bedürfnis, demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten, wird durch die Plattform gefördert und schafft ein Umfeld, das bürgerliches Engagement verstärkt und zugleich eine Alternative zu traditionellen politischen Strukturen bietet. Nutzende fühlen sich durch die Kombination aus Informationszugang und Beteiligungsmöglichkeiten motiviert, ihren Einfluss geltend zu machen und sich langfristig politisch zu engagieren. Zusammengefasst ist „meineabgeordneten.at“ für politisch aktive Bürger*innen ein Katalysator, der deren Partizipation in Umfang und Tiefe verstärkt. Die Plattform spricht vor allem Menschen an, die nach direkter Mitwirkung und sichtbarer Selbstwirksamkeit streben und alternative Wege zur traditionellen politischen Partizipation suchen. Es lässt sich sagen, dass die Ergebnisse dieser Studie die gestellten Forschungsfragen umfassend beantworten und zeigen, dass „meineabgeordneten.at“ eine bedeutende Rolle in der Förderung politischer Teilhabe spielt. Die Plattform zieht insbesondere ältere und politisch extremer orientierte Bürgerinnen an, die durch hohe soziale Kapitalwerte und starke Partizipationsmotive gekennzeichnet sind, oft auch Mitglied einer Partei sind. Die Analyse zeigt auch, dass soziales Kapital ein wichtiger Prädiktor für politische Partizipation ist und dass Nutzende der Plattform hohe wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit und Vertrauen in politische Prozesse und Institutionen aufweist. Diese Erkenntnisse sind konsistent mit den Theorien von Norris (2001), Verba, Scholzman und Brady (1995), sowie Putnam (2000), die alle

betonen, dass neue Formen der politischen Partizipation und soziales Kapital entscheidende Faktoren für ein aktives und inklusives demokratisches Engagement sind.²³⁹

Forschungsleitungsfragen	Hypothese	Ergebnisse	Bewertung
Subfrage 1: Erhöht die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger?	Nutzende der Plattform beteiligen sich signifikant häufiger an politischen Aktivitäten als Kontrollgruppe.	Bestätigt: Die Plattform fördert die politische Teilhabe.	Hypothese bedingt angenommen
Subfrage 2: Unterscheiden sich die Partizipationsmotive von Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform?	Nutzende der Plattform messen dem politischen Einfluss eine höhere Bedeutung bei und sind stärker motiviert, politisch aktiv zu sein.	Bestätigt: Nutzende der Plattform haben andere Partizipationsmotive.	Hypothese angenommen
Subfrage 3: Beeinflusst die Nutzung der Plattform die wahrgenommene Repräsentativität und Selbstwirksamkeit?	Die Plattform erhöht die wahrgenommene Selbstwirksamkeit, hat jedoch keinen signifikanten Einfluss auf die wahrgenommene Repräsentativität.	Teilweise bestätigt: Erhöhte Selbstwirksamkeit, keine Veränderung in der Repräsentativität.	Hypothese teilweise angenommen
Subfrage 4: Welche demografischen Merkmale korrelieren mit einer höheren Nutzung der Website?	Höher gebildete Personen nutzen die Plattform und sind politisch aktiver.	Bestätigt: Bildung ist ein starker Prädiktor für Nutzung und Teilhabe.	Hypothese angenommen

²³⁹ Norris, *Driving Democracy*; Putnam, „Bowling Alone“; Verba, Scholzman, und Brady, *Voice and equality*; Bandura, „Self-Efficacy“; Boulianne, „Does Internet Use Affect Engagement?“

„meineabgeordneten.at“ und einer größeren politischen Teilhabe?	
Nutzende der Plattform Subfrage 5: Erhöht die Nutzung der Website „meineabgeordneten.at“ die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse? Nutzende der Plattform bewerten das politische System positiver, finden es einfacher, verlässliche politische Informationen zu erhalten, und empfinden diese als vertrauenswürdiger und neutraler. Bestätigt: Die Plattform erhöht Vertrauen und Transparenzwahrnehmung.	Hypothese angenommen
Subfrage 6: Gibt es Unterschiede in der Nutzung verschiedener Partizipationsverfahren zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform? Nutzende der Plattform beteiligen sich häufiger an spezifischen politischen Aktivitäten wie politischen Diskussionen und Petitionen. Bestätigt: Nutzende der Plattform sind in spezifischen Partizipationsformen aktiver.	Hypothese angenommen

Abbildung 58: Forschungsleitungsfragen (Quelle: Erstellt durch Autor)

Subfrage 1: Erhöht die Nutzung der Plattform „meineabgeordneten.at“ die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger? Die Ergebnisse bestätigen teilweise die Hypothese, dass Nutzende der Plattform signifikant häufiger an politischen Aktivitäten teilnehmen als Kontrollgruppe, aber auch als das Elektorat. Die durchschnittliche Anzahl politischer Aktivitäten ist bei Nutzende der Plattform höher, was darauf hinweist, dass die Plattform die politische Teilhabe fördert. Diese Erkenntnis stimmt mit bestehenden Annahmen überein, dass digitale

Plattformen das politische Engagement steigern können.²⁴⁰ Jedoch kann die Korrelation hier nicht gleich mit Kausalität gesetzt werden, daher wird die Hypothese nur teilweise angenommen.

Subfrage 2: Unterscheiden sich die Partizipationsmotive von Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform? Die Analyse zeigt signifikante Unterschiede in den Partizipationsmotiven. Nutzende der Plattform messen dem politischen Einfluss eine höhere Bedeutung bei und sind stärker motiviert, politisch aktiv zu sein, sowohl als die Kontrollgruppe, als auch dem Elektorat gegenüber. Dies bestätigt die Annahme, dass digitale Plattformen politisch interessierte und engagierte Bürger anziehen.²⁴¹

Subfrage 3: Beeinflusst die Nutzung der Plattform die wahrgenommene Repräsentativität und Selbstwirksamkeit? Die Ergebnisse zeigen, dass Nutzende der Plattform höhere wahrgenommene Selbstwirksamkeit aufweisen als die Kontrollgruppe und das Elektorat, jedoch keine signifikant höhere wahrgenommene Repräsentativität haben. Dies deutet darauf hin, dass die Plattform den Nutzenden das Gefühl vermittelt, politisch wirksam zu sein, aber nicht unbedingt ihre Wahrnehmung der politischen Repräsentation beeinflusst. Diese Ergebnisse erweitern die bestehenden Annahmen und zeigen, dass Selbstwirksamkeit durch digitale Partizipation gesteigert werden kann, unabhängig von der Wahrnehmung der Repräsentativität.²⁴² Auch in diesem Fall kann Korrelation und Zusammenhang nicht mit Kausalität gleichgesetzt werden.

Subfrage 4: Welche demografischen Merkmale korrelieren mit einer höheren Nutzung der Website „meineabgeordneten.at“ und einer größeren politischen Teilhabe? Die demografische Analyse zeigt, dass das Bildungsniveau ein starker Prädiktor für die Nutzung der Plattform und die politische Teilhabe ist. Höher gebildete Personen nutzen die Plattform häufiger

²⁴⁰ Hilde Coffé, „Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis“. Edited by van W. van Deth, José Ramón Montero, and Anders Westholm. (Routledge, 2007.), *The Journal of Politics* 71, Nr. 3 (Juli 2009): 1204–5, <https://doi.org/10.1017/S0022381609091087>.

²⁴¹ Boulianne, „Does Internet Use Affect Engagement?“

²⁴² Bandura, „Self-Efficacy“.

und sind politisch aktiver. Nutzende sind zwar nicht durchwegs höher gebildet als die Kontrollgruppe, jedoch wesentlich höher gebildet als das durchschnittliche österreichische Elektorat. Geschlecht und Einkommen haben keine Rolle gespielt, allerdings kann dies auch am hohen Einkommen der Kontrollgruppe liegen, welches nicht dem österreichischen Elektorat gerecht wird. Dies bestätigt die Annahmen der Literatur, dass Bildung ein wichtiger Faktor für politisches Engagement ist, aber eben auch nicht der einzige, da es noch Faktoren wie Einkommen, politische Mitgliedschaft gibt.²⁴³

Subfrage 5: Erhöht die Nutzung der Website „meineabgeordneten.at“ die Wahrnehmung von Transparenz und Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse? Die Ergebnisse unterstützen die Hypothese, dass die Nutzung der Plattform das Vertrauen und die Wahrnehmung von Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen fördert. Nutzende der Plattform bewerten das politische System positiver, finden es einfacher, verlässliche politische Informationen zu erhalten, und empfinden diese als vertrauenswürdiger und neutraler. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der Literatur, die darauf hinweist, dass digitale Plattformen Transparenz und Vertrauen in Institutionen stärken können.²⁴⁴ Dabei kann eine Korrelation oder ein signifikantes Ergebnis aber keine Kausalität bestätigen.

Subfrage 6: Gibt es Unterschiede in der Nutzung verschiedener Partizipationsverfahren zwischen Nutzende und Kontrollgruppen der Plattform? Die Analyse zeigt klar, dass Nutzende der Plattform häufiger an spezifischen politischen Aktivitäten wie politischen Diskussionen, Wahlen, Gesprächen, Interaktionen mit Politikern und Petitionen teilnehmen. Dies bestätigt die Annahme, dass digitale Plattformen spezifische Formen der politischen Partizipation fördern können.²⁴⁵

²⁴³ Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

²⁴⁴ Tolbert und Mossberger, „The Effects of E-Government on Trust and Confidence in Government“.

²⁴⁵ Coleman und Blumler, *The Internet and Democratic Citizenship*.

5.3 Fazit

Die Analyse zeigt, dass die Plattform „meineabgeordneten.at“ gezielt politisch engagierte Bürgerinnen anspricht und deren Selbstwirksamkeit sowie Vertrauen in politische Prozesse stärkt. Die Nutzerinnen der Plattform beteiligen sich deutlich häufiger an politischen Versammlungen, Petitionen und Diskussionen als die Kontrollgruppe und das allgemeine österreichische Elektorat. Diese aktive Nutzung digitaler Mittel weist auf ein Bewusstsein und Bestreben hin, gesellschaftliche Veränderungen aktiv mitzugestalten. Eine zentrale Hypothese, wonach Plattformnutzerinnen eine höhere politische Partizipation aufweisen, wird bestätigt und steht im Einklang mit Theorien über soziales Kapital. Durch den Austausch und die Vernetzung auf der Plattform wird das politische Selbstverständnis der Nutzerinnen gestärkt. Zudem zeigen sie ein differenziertes Vertrauen in politische Institutionen: Während sie dem Parlament und dem Bundespräsidenten vertrauen, sind sie gegenüber den Medien skeptischer, was auf eine kritische Wahrnehmung hindeutet. Im Vergleich zum allgemeinen Elektorat verorten sich die Nutzerinnen der Plattform mehrheitlich links der Mitte, aber auch rechts, weniger in der Mitte, was auf eine extremere Ausrichtung hindeutet und zeigt, dass die Plattform besonders Bürgerinnen anspricht, die sozialpolitische Werte und Teilhabe schätzen. Zusammenfassend fördert „meineabgeordneten.at“ das politische Engagement und Vertrauen seiner Nutzerinnen in demokratische Prozesse, eine Kausalität kann aufgrund des Studiendesigns allerdings nicht hergestellt werden. Die Plattform bleibt jedoch gefordert, auch weniger aktive und skeptischere Bürgerinnen anzusprechen, um eine breitere gesellschaftliche Partizipation zu erreichen.

5 Ausblick

Untersucht wird in der vorliegenden Arbeit die Rolle der Plattform „meineabgeordneten.at“ im Kontext der politischen Partizipation in Österreich. Diese Untersuchung ist eingebettet in eine tiefere Auseinandersetzung mit den Entwicklungen der politischen Kultur und der partizipativen Demokratie in Österreich, einem Land, das historisch gesehen einen ausgeprägten Fokus auf repräsentative demokratische Prozesse hatte. Aufschlussreiche Einblicke in die Potenziale und Grenzen digitaler Partizipationsplattformen legen nahe, dass Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ in einer Zeit, in der traditionelle politische Institutionen zunehmend in Frage gestellt werden, eine bedeutende Rolle spielen können.

Politische Teilhabe und Aktivität: Eine neue Dimension der Bürgerbeteiligung

Österreich, ein Land mit einer langen Tradition der repräsentativen Demokratie, hat in den letzten Jahrzehnten verschiedene Phasen des politischen Engagements erlebt. Die klassische politische Partizipation, die sich stark auf Wahlen und parteipolitische Bindungen konzentriert, wird durch eine zunehmende Entfremdung von etablierten politischen Institutionen herausgefordert. Manche Studien zeigen, dass die Wahlbeteiligung und das Vertrauen in politische Parteien rückläufig sind. In diesem Kontext stellt die Plattform „meineabgeordneten.at“ ein innovatives Instrument dar, das die Bürgerbeteiligung neu definiert. Nun zeigt sich in dieser Arbeit, dass die Nutzer*innen der Plattform deutlich aktiver in politischen Prozessen sind als die allgemeine Bevölkerung und die Kontrollgruppe. Während sich das österreichische Elektorat, wie der Demokratie-Monitor 2020 verdeutlicht, oftmals durch eine gewisse politische Apathie auszeichnet, tritt die Gruppe der Plattform-Nutzer*innen durch eine bemerkenswerte politische Vitalität hervor. Diese Diskrepanz spiegelt die wachsende Bedeutung digitaler Räume für die Mobilisierung politischer Partizipation wider. In einer Zeit, in der traditionelle politische Bindungen schwächer werden, zeigt sich, dass Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ ein neues Forum für politisches Engagement bieten – ein Forum, das besonders jene Bürgerinnen und Bürger anspricht, die aktiv in die Gestaltung des politischen Diskurses eingreifen wollen.²⁴⁶

Partizipationsmotive: Zwischen Resignation und Selbstwirksamkeit

Partizipationsmotive der Nutzer*innen der Plattform unterscheiden sich signifikant von jenen der breiteren Bevölkerung. Während der Demokratie-Monitor 2019 eine weit verbreitete Resignation und ein Gefühl der politischen Ohnmacht in der österreichischen Bevölkerung dokumentiert, zeigen die Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ ein starkes Bedürfnis nach politischer Einflussnahme und Selbstwirksamkeit. Diese Diskrepanz lässt sich nicht nur durch die unterschiedlichen demografischen Merkmale der Nutzer*innen erklären, sondern auch durch eine spezifische Form der politischen Sozialisation, die stark von Medien geprägt ist. Dieser Befund bestätigt die Theorien von Verba, Schlozman und Brady (1995), die darauf hinweisen, dass politisches Engagement eng mit dem Gefühl der Selbstwirksamkeit verbunden ist. In einem

²⁴⁶ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“.

Land, in dem das Vertrauen in politische Institutionen traditionell hoch war, jedoch in den letzten Jahren durch Skandale und Korruptionsvorwürfe erschüttert wurde, bieten digitale Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ eine neue Form der politischen Partizipation, die diese Lücke füllen kann. Die Plattform scheint besonders jene Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, die trotz oder gerade wegen der wachsenden Distanz zu traditionellen politischen Institutionen einen direkten Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben wollen.²⁴⁷

Vertrauen und Transparenz: Die Wiederbelebung politischer Legitimität

Ein zentrales Thema der österreichischen Innenpolitik in den letzten Jahren war die Frage des Vertrauens in politische Institutionen. Der SORA-Demokratie-Monitor (2020) zeigt, dass das Vertrauen in die politischen Eliten und die Wahrnehmung von Transparenz in Österreich stark abgenommen haben. Diese Entwicklung ist Teil eines globalen Trends, der in vielen westlichen Demokratien zu beobachten ist. Nutzer*innen von „meineabgeordneten.at“ spiegeln diesen Trend allerdings nicht wieder. Sie bewerten die Transparenz politischer Prozesse und ihr Vertrauen in diese Prozesse signifikant höher als die Kontrollgruppe und auch als es in der allgemeinen Bevölkerung ersichtlich ist. Norris (2001), welcher betont, dass digitale Partizipationsplattformen das Potenzial haben, das Vertrauen in politische Institutionen zu stärken, indem sie eine direktere und transparentere Kommunikation ermöglichen, kann hier als theoretische Begründung dafür vorgebracht werden. Durch die zunehmende politische Landschaft fragmentiert ist und die etablierten Parteien mit einem Vertrauensverlust konfrontiert sind, könnten Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ eine wichtige Rolle bei der Wiederherstellung der politischen Legitimität spielen.²⁴⁸

Unterschiede zwischen den Gruppen: Eine Schichtung der politischen Beteiligung

Eine gewisse Schichtung der politischen Beteiligung wird durch die Analyse der Unterschiede zwischen den Nutzer*innen der Plattform und der Vergleichsgruppe sowie des Elektorates deutlich. Während die Kontrollgruppe tendenziell das allgemeine Elektorat widerspiegelt, das in

²⁴⁷ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2019“; Verba, Schlozman, und Brady, *Voice and equality*.

²⁴⁸ SORA Institute for Social Research and Consulting, „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“; Norris, *Driving Democracy*.

seiner politischen Aktivität eher zurückhaltend ist, zeigt die Gruppe der Plattform-Nutzer*innen eine höhere Intensität und Qualität der politischen Partizipation. Dass digitale Partizipations-Plattformen vor allem eine spezifische, politisch engagierte und gut informierte Teilgruppe der Bevölkerung ansprechen, kann dadurch bestätigt werden. Vor allem jene Bürgerinnen und Bürger, die bereits ein starkes politisches Interesse und Engagement aufweisen, werden erreicht und deren politische Aktivitäten verstärkt. Diese Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung digitaler Plattformen als Werkzeuge zur Förderung politischer Teilhabe, werfen aber auch die Frage auf, wie solche Instrumente gestaltet sein könnten, um eine breitere Bevölkerungsschicht zu erreichen. Zukünftige Forschungen sollten sich darauf konzentrieren, die Langzeiteffekte der Nutzung solcher Plattformen zu untersuchen und herauszufinden, wie weniger politisch aktive Bürgerinnen und Bürger mobilisiert werden können. Zudem könnte untersucht werden, welche spezifischen Aspekte der Plattform besonders wirksam sind und wie diese für die Förderung eines breiteren politischen Engagements genutzt werden könnten. In einer Zeit, in der die Legitimität politischer Institutionen in vielen westlichen Demokratien in Frage gestellt wird, könnte „meineabgeordneten.at“ als Modell für eine neue Form der Bürgerbeteiligung dienen, die das Vertrauen in die Demokratie stärkt und die politische Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten fördert.

Praktische Implikationen

Für die politische Praxis bieten die Ergebnisse dieser Studie wertvolle Hinweise darauf, wie digitale Partizipationsplattformen gestaltet und genutzt werden können, um eine breitere und inklusivere politische Teilhabe zu fördern. Besonders wichtig ist dabei die Stärkung sozialer Netzwerke und die Verbesserung des Zugangs zu politischen Informationen. Indem Plattformen wie „meineabgeordneten.at“ soziale Interaktionen fördern und vertrauenswürdige Informationen bereitstellen, können sie das soziale Kapital der Bürgerinnen erhöhen, ihr politisches Selbstvertrauen stärken und dadurch deren politisches Engagement unterstützen. Die Untersuchung zeigt auch, dass digitale Plattformen in der Lage sind, Bürgerinnen zur aktiven Teilnahme an politischen Prozessen zu motivieren und ihr Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Dies ist besonders in Zeiten politischer Polarisierung und sinkender Wahlbeteiligung von Bedeutung. Durch die Bereitstellung einer Plattform, die sowohl Informationen liefert als auch soziale Interaktionen ermöglicht, kann „meineabgeordneten.at“ dazu beitragen, das

Vertrauen der Bürgerinnen in politische Institutionen zu stärken und deren aktive Partizipation zu fördern.

Limitationen der Studie und weitere Forschungsperspektiven

Es ist wichtig anzumerken, dass diese Studie auf einer spezifischen Stichprobe basiert und die Ergebnisse daher explorativer Natur sind und nicht ohne weiteres auf die gesamte österreichische Bevölkerung verallgemeinert werden können. Es wurde durch die Sekundärdatenanalyse zwar ein stärkerer Bezug zur Grundgesamtheit hergestellt, als es mit der Kontrollgruppe machbar gewesen ist. Zukünftige Forschungsarbeiten könnten sich darauf konzentrieren, die Wirkung solcher Plattformen auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen noch genauer zu untersuchen und die langfristigen Auswirkungen auf die politische Kultur in Österreich zu analysieren. Weiters sind die Items der Befragungen genauer zu testen und zu verbessern, Faktorisierungen sollten bereits mitgedacht werden. Gewisse Einstellungen und Motive sind nicht immer direkt interpretierbar und erfordern oft genauerer, meist qualitativer Methoden wie von Interviews, welche in dieser Arbeit nicht möglich waren. Die größte Einschränkung der Arbeit ist, dass es aufgrund des Forschungsdesigns nicht möglich war, vorher nachher aussagen zu treffen, eigentlich nicht möglich ist, die Hypothesen, welche eine Erhöhung von Merkmalen implizieren, zu bestätigen. Zwar gibt es viele Merkmale, die bei den Nutzenden der Plattform höher ausgeprägt sind als bei der Kontrollgruppe, jedoch kann dadurch keine Kausalität impliziert werden. Jene Hypothesen konnten also nur bedingt getestet werden. Auch Experteninterviews zur weiteren Kontextualisierung und Interpretation der Ergebnisse sind denkbar, um die Ergebnisse besser zu kontextualisieren. Es wäre zusätzlich auch interessant zu erforschen, wie solche Plattformen in verschiedenen politischen und kulturellen Kontexten funktionieren und welche spezifischen Funktionen am effektivsten sind, um politische Partizipation zu fördern. Längsschnittstudien, bei welchen unterschiedliche Partizipationstools eingesetzt und deren Effekte auf die Partizipationsmotive, Intensität und andere Einstellungen gemessen werden können, wären denkbar. Außerdem könnten andere qualitative Studien, wie vertiefende Interviews oder Fokusgruppen, weitere Einblicke in die individuellen Motive und Erfahrungen der Nutzenden bieten und somit die quantitativen Ergebnisse ergänzen.

6 Literaturverzeichnis

- Aichholzer, Julian, Julia Partheymüller, Markus Wagner, Sylvia Kritzing, Carolina Plescia, Jakob-Moritz Eberl, Thomas Meyer, u. a. „AUTNES Online Panel Study 2017-2019 (SUF Edition)“. AUSSDA, 2020. <https://doi.org/10.11587/QDETRI>.
- „Alle Volksbegehren der zweiten Republik“. Zugriffen 9. Juli 2024. https://www.bmi.gv.at/411/Alle_Volksbegehren_der_zweiten_Republik.aspx.
- Arbeiterkammer Oberösterreich. „Arbeitsklima Index April 2019“. Zugriffen 18. September 2024. https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/arbeitsklima_index/Arbeitsklima_Index_2019_April.html.
- Arnstein, Sherry R. „A Ladder Of Citizen Participation“. *Journal of the American Institute of Planners* 35, Nr. 4 (Juli 1969): 216–24. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>.
- Arzberger, Peter, Peter Schroeder, Anne Beaulieu, Geof Bowker, Kathleen Casey, Leif Laaksonen, David Moorman, Paul Uhler, und Paul Wouters. „An International Framework to Promote Access to Data“. *Science (American Association for the Advancement of Science)* 303, Nr. 5665 (2004): 1777–78. <https://doi.org/10.1126/science.1095958>.
- Bakker, Tom P., und Claes H. De Vreese. „Good News for the Future? Young People, Internet Use, and Political Participation“. *Communication Research* 38, Nr. 4 (August 2011): 451–70. <https://doi.org/10.1177/0093650210381738>.
- Bakshy, Eytan, Solomon Messing, und Lada A. Adamic. „Exposure to Ideologically Diverse News and Opinion on Facebook“. *Science (American Association for the Advancement of Science)* 348, Nr. 6239 (2015): 1130–32. <https://doi.org/10.1126/science.aaa1160>.
- Bandura, Albert. „Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change.“ *Psychological Review* 84, Nr. 2 (1977): 191–215. <https://doi.org/10.1037/0033-295X.84.2.191>.
- Baringhorst, Sigrid. „Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation“. In *Politik in der Mediendemokratie*, herausgegeben von Frank Marcinkowski und Barbara

- Pfetsch, 609–34. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91728-3_25.
- Barnidge, Matthew, Hernando Rojas, Paul A. Beck, und Rüdiger Schmitt-Beck. „Comparative Corrective Action: Perceived Media Bias and Political Action in 17 Countries“. *International Journal of Public Opinion Research* 32, Nr. 4 (2020): 732–49. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edz043>.
- Baur, Nina, und Jörg Blasius, Hrsg. *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2014. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.
- Berinsky, Adam J., und Gabriel S. Lenz. „Education and Political Participation: Exploring the Causal Link“. *Political Behavior* 33, Nr. 3 (September 2011): 357–73. <https://doi.org/10.1007/s11109-010-9134-9>.
- Boulianne, Shelley. „Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research“. *Political Communication* 26, Nr. 2 (11. Mai 2009): 193–211. <https://doi.org/10.1080/10584600902854363>.
- Campbell, David F. J. *Global Quality of Democracy as Innovation Enabler: Measuring Democracy for Success*. Palgrave Studies in Democracy, Innovation, and Entrepreneurship for Growth. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 2019.
- Campbell, Rosie, und Thomas Zittel. „The Personal Sources of Responsiveness. Introduction to a Special Section“. *Swiss Political Science Review* 26, Nr. 1 (März 2020): 1–9. <https://doi.org/10.1111/spsr.12389>.
- Castells, Manuel. *The Rise of the Network Society*. Second edition, with A new preface. The Information Age / Manuel Castells Volume 1. Chichester: Wiley-Blackwell, 2010. <https://doi.org/10.1002/9781444319514>.
- Coffé, Hilde. „Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis“. Edited by van W. van Deth, José Ramón Montero, and Anders Westholm. (Routledge, 2007.)“. *The Journal of Politics* 71, Nr. 3 (Juli 2009): 1204–5. <https://doi.org/10.1017/S0022381609091087>.
- Coffé, Hilde, und Catherine Bolzendahl. „Same Game, Different Rules? Gender Differences in Political Participation“. *Sex Roles* 62, Nr. 5–6 (März 2010): 318–33. <https://doi.org/10.1007/s11199-009-9729-y>.

- Coleman, Stephen, und Jay G. Blumler. *The Internet and Democratic Citizenship: Theory, Practice and Policy*. 1. Aufl. Cambridge University Press, 2009.
<https://doi.org/10.1017/CBO9780511818271>.
- Dahl, Robert A. *Democracy and Its Critics*. New Haven: Yale University Press, 1989.
<http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=52831>.
- . *Polyarchy: Participation and Opposition* /. New Haven: Yale University Press, 1971.
<http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=52899>.
- Dahlberg, Ingetraut. „Interview with Ingetraut Dahlberg December 2007“. *Knowledge organization* 35, Nr. 2–3 (2008): 82–85.
- Dalton, Russell J. *Democratic challenges, democratic choices: the erosion of political support in advanced industrial democracies*. Comparative politics. Oxford; New York: Oxford University Press, 2004.
- De Feraudy, Tatiana. „Cartographie de la civic tech en France, Observatoire de la civic tech et de la démocratie numérique en France, Décider ensemble.“, 2019.
[https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+\(2019\).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&oq=de+Feraudy%2C+T.+\(2019\).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&aqs=chrome..69i57j69i64l2j69i60.423j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8](https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+(2019).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&oq=de+Feraudy%2C+T.+(2019).+Cartographie+de+la+civic+tech+en+France%2C+Observatoire+de+la+civic+tech+et+de+la+de%CC%81mocratie+nume%CC%81rique+en+France%2C+De%CC%81cider+ensemble.&aqs=chrome..69i57j69i64l2j69i60.423j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8).
- . „Une ville plus contributive et durable: crowdsourcing urbain et participation citoyenne numérique. Iddri Study, 4, 1–72.“, 2017.
[https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+\(2017\).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+nume%CC%81rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&oq=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+\(2017\).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+nume%CC%81rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&aqs=chrome..69i57j69i64l2.337j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8](https://www.google.com/search?q=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+(2017).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+nume%CC%81rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&oq=de+Feraudy%2C+T.+%26+Saujot%2C+M.+(2017).+Une+ville+plus+contributive+et+durable%3A+crowdsourcing+urbain+et+participation+citoyenne+nume%CC%81rique.+Iddri+Study%2C+4%2C+1%E2%80%9272.&aqs=chrome..69i57j69i64l2.337j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8).
- Delli Carpini, Michael, und Scott Keeter. *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Press, 1996.

- Deth, Jan W. van. „Politische Partizipation“. In *Politische Soziologie*, herausgegeben von Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 141–61. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6.
- Deth, Jan W. van, Hrsg. *Private groups and public life: social participation, voluntary associations and political involvement in representative democracies*. New York: Routledge, 1997.
- Deth, Jan W. van, José R. Montero, und Anders Westholm, Hrsg. *Citizenship and involvement in European democracies: a comparative analysis*. Routledge research in comparative politics 17. London ; New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 2007.
- „Digital Economy and Society Index (DESI) 2020 | Shaping Europe’s Digital Future“, 11. Juni 2020. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2020>.
- Dolezal, Martin. „Wer protestiert in Österreich? Soziodemografische, ideologische und psychologische Aspekte der Normalisierungsthese“. In *20 Jahre Österreich im European Social Survey*, herausgegeben von Peter Grand, Marcel Fink, und Guido Tiemann, 1. Aufl., 69–94. Wien: Böhlau Verlag, 2023. <https://doi.org/10.7767/9783205217183.69>.
- Dolezal, Martin, und Swen Huter. „Consensus democracy under pressure? Political protest in Austria, 1975-2005“. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36, Nr. 3 (2007): 337–54.
- Downs, Anthony. „An Economic Theory of Political Action in a Democracy“. *Journal of Political Economy* 65, Nr. 2 (April 1957): 135–50. <https://doi.org/10.1086/257897>.
- Emmer, Martin, und Gerhard Vowe. „Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger“. *Politische Vierteljahresschrift* 45, Nr. 2 (1. Juni 2004): 191–212. <https://doi.org/10.1007/s11615-004-0031-x>.
- European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC). „ESS9 - integrated file, edition 3.2“. [object Object], 2023. https://doi.org/10.21338/ESS9E03_2.
- . „ESS10 - integrated file, edition 3.2“. Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, 2023. https://doi.org/10.21338/ESS10E03_2.
- Festinger, Leon, Stanley Schachter, und Michael S. Gazzaniga. *Extending psychological frontiers: selected works of Leon Festinger*. New York: Russell Sage Foundation, 1989.

- Finnigan, Kristia H. „Social Capital and European Democracy. Jan W. van Deth , Marco Maraffi , Ken Newton , Paul F. Whiteley“. *The Journal of Politics* 63, Nr. 1 (Februar 2001): 339–40. <https://doi.org/10.1086/jop.63.1.2691925>.
- France, Alex. „Cass R. Sunstein: #Republic: Divided Democracy in the Age of Social Media: Princeton, Princeton University Press, 2017. [Hardback] (ISBN 9780691175515) (\$29.95 | £24.95) [310 + Ix Pp.]“. *Ethical Theory and Moral Practice* 20, Nr. 5 (2017): 1091–93. <https://doi.org/10.1007/s10677-017-9839-5>.
- Glavanovits, Josef, Johann Gründl, Sylvia Kritzinger, und Patricia Oberluggauer. „Politische Partizipation“. In *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*, herausgegeben von Johann Bacher, Alfred Grausgruber, Max Haller, Franz Höllinger, Dimitri Prandner, und Roland Verwiebe, 439–56. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2019. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6_18.
- Gohdes, Clarence, Roy P. Basler, Marion Dolores Pratt, und Lloyd A. Dunlap. „The Collected Works of Abraham Lincoln.“ *American Literature* 25, Nr. 2 (Mai 1953): 254. <https://doi.org/10.2307/2921291>.
- Granovetter, Mark S. „The Strength of Weak Ties“. *American Journal of Sociology* 78, Nr. 6 (Mai 1973): 1360–80. <https://doi.org/10.1086/225469>.
- Guerra Blanco, Edgar Everardo. „Charles Tilly. Regimes and repertoires. Chicago, Ill.: The University of Chicago Press, 2006. 256 p“. *Estudios sociológicos (Mexico City, Mexico)* 25, Nr. 75 (2007): 843–47.
- Hadjar, Andreas, und Rolf Becker, Hrsg. *Die Bildungsexpansion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90325-5>.
- Hansen, Susan B. „Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?2nd Edition. By Lester W. Milbrath and M. L. Goel. (Chicago: Rand McNally, 1977. Pp. Xi + 223. \$4.95, Paper.)“. *American Political Science Review* 72, Nr. 4 (Dezember 1978): 1482–84. <https://doi.org/10.2307/1954644>.
- Harrison, Teresa M., und Djoko Sigit Sayogo. „Transparency, participation, and accountability practices in open government: A comparative study“. *Government Information Quarterly* 31, Nr. 4 (1. Oktober 2014): 513–25. <https://doi.org/10.1016/j.giq.2014.08.002>.
- Hershey, Marjorie Randon. „The Unheavenly Chorus: Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy. By Kay Lehman Schlozman, Sidney Verba, and Henry

- E. Brady. Princeton: Princeton University Press, 2012. 728p.“ *Perspectives on Politics* 11, Nr. 4 (Dezember 2013): 1193–95. <https://doi.org/10.1017/S1537592713003046>.
- Hetherington, Marc J. *Why Trust Matters: Declining Political Trust and the Demise of American Liberalism*. 2. print., 1. paperback print. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press, 2007.
- In 't Veld, Roeland J., Hrsg. *Knowledge Democracy: Consequences for Science, Politics, and Media*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, 2010. <https://doi.org/10.1007/978-3-642-11381-9>.
- Inglehart, Ronald. „Cognitive Mobilization and European Identity“. *Comparative Politics* 3, Nr. 1 (Oktober 1970): 45. <https://doi.org/10.2307/421501>.
- Inglehart, Ronald, und Wayne E. Baker. „Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values“. *American Sociological Review* 65, Nr. 1 (1. Februar 2000): 19–51. <https://doi.org/10.1177/000312240006500103>.
- Iwand, Wolf Michael. *Paradigma Politische Kultur*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1985. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-97171-5>.
- Kaase, Max. „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“. In *Vergleichende Politikwissenschaft: Ein einführendes Studienhandbuch*, herausgegeben von Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel, 159–74. Uni-Taschenbücher. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1997. https://doi.org/10.1007/978-3-322-97392-4_10.
- Kaina, Viktoria, und Andrea Römmele. *Politische Soziologie: ein Studienbuch*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, Wiesbaden, 2009.
- Lijphart, Arend. „Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma Presidential Address, American Political Science Association, 1996“. *American Political Science Review* 91, Nr. 1 (März 1997): 1–14. <https://doi.org/10.2307/2952255>.
- Linders, Dennis. „From E-Government to We-Government: Defining a Typology for Citizen Coproduction in the Age of Social Media“. *Government Information Quarterly* 29, Nr. 4 (Oktober 2012): 446–54. <https://doi.org/10.1016/j.giq.2012.06.003>.
- Lupton, Deborah, und John Tulloch. *Risk and Everyday Life. Social Theory & Health*. Bd. 3, 2003.
- Maier-Rabler, Ursula, und Stefan Huber. „Towards a Participatory Society. A Socio-Technological Approach to ICTs and Participation“, 2011.

- Marien, Sofie, Marc Hooghe, und Ellen Quintelier. „Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-Level Analysis of 25 Countries“. *Political Studies* 58, Nr. 1 (Februar 2010): 187–213. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2009.00801.x>.
- Marshall, T H. *Citizenship and Social Class*. Pluto Classics. London: Pluto Press, 1987.
- McAdam, Doug. „Recruitment to High-Risk Activism: The Case of Freedom Summer“. *American Journal of Sociology* 92, Nr. 1 (Juli 1986): 64–90. <https://doi.org/10.1086/228463>.
- Milbrath, Lester W., und Madan Lal Goel. *Political participation: how and why do people get involved in politics?* 2d ed. Chicago: Rand McNally College Pub. Co, 1977.
- Niemi, Richard G., Stephen C. Craig, und Franco Mattei. „Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study“. *The American Political Science Review* 85, Nr. 4 (1991): 1407–13. <https://doi.org/10.2307/1963953>.
- Norris, Pippa. *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism*. Cambridge : Cambridge University Press, 2002.
- . *Driving Democracy: Do Power-Sharing Institutions Work? /. Cambridge : Cambridge University Press, 2008. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511790614>*.
- Norris, Pippa, und Graham Murdock. „Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide“. *European Journal of Communication* 17, Nr. 3 (2002): 385–90.
- Oberle, Monika. „Gabriel A. Almond/Sidney Verba: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1963, 562 S“. In *Klassiker der Sozialwissenschaften*, herausgegeben von Samuel Salzborn, 225–28. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13213-2_51.
- OECD. *Focus on Citizens: Public Engagement for Better Policy and Services*. OECD Studies on Public Engagement. OECD, 2009. <https://doi.org/10.1787/9789264048874-en>.
- oecd-ilibrary.org. „Citizens as Partners: OECD Handbook on Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making | READ online“. Zugegriffen 22. September 2023. https://read.oecd-ilibrary.org/governance/citizens-as-partners_9789264195578-en.
- Pariser, Eli. *The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You*. New York, NY [u.a.]: Penguin Books, 2012.

- Pateman, Carole. *Participation and Democratic Theory*. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2000.
- Polat, Rabia Karakaya. „The Internet and Political Participation: Exploring the Explanatory Links“. *European Journal of Communication* 20, Nr. 4 (Dezember 2005): 435–59. <https://doi.org/10.1177/0267323105058251>.
- Praprotnik, Katrin, und Flooh Perlot, Hrsg. *Das Politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke*. 1. Aufl. Wien: Böhlau Verlag, 2022. <https://doi.org/10.7767/9783205215950>.
- Praprotnik, Katrin, Flooh Perlot, Daniela Ingruber, und Peter Filzmaier. „Soziale Medien als politischer Informationskanal“. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 10. Mai 2019, 1-17 Seiten. <https://doi.org/10.15203/OZP.2726.VOL48ISS1>.
- Putnam, Robert D. „Bowling Alone: America’s Declining Social Capital“. *Journal of Democracy* 6, Nr. 1 (1995): 65–78.
- Rothstein, Bo, und Jan Teorell. „What Is Quality of Government? A Theory of Impartial Government Institutions“. *Governance (Oxford)* 21, Nr. 2 (2008): 165–90. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0491.2008.00391.x>.
- Santana, Arthur D. „Virtuous or Vitriolic: The Effect of Anonymity on Civility in Online Newspaper Reader Comment Boards“. *Journalism Practice* 8, Nr. 1 (2014): 18–33. <https://doi.org/10.1080/17512786.2013.813194>.
- Sigel, Roberta S. „Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies, by Samuel H. Barnes and Max Kaase“. *Political Science Quarterly* 95, Nr. 3 (1. September 1980): 539–41. <https://doi.org/10.2307/2150095>.
- Sigel, Roberta S., Sidney Verba, Norman H. Nie, und Jae-o Kim. „Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison.“ *Political Science Quarterly* 94, Nr. 4 (1979): 724. <https://doi.org/10.2307/2149664>.
- SORA Institute for Social Research and Consulting. „Österreichischer Demokratie-Monitor 2019“. SORA, 2019.
- . „Österreichischer Demokratie-Monitor 2020“. SORA, 2020.
- . „Österreichischer Demokratie-Monitor 2021“. SORA, 2021.
- . „Österreichischer Demokratie-Monitor 2022“. SORA, 2022. SORA-Bericht 2022 PDF.
- . „Studie zur politischen Beteiligung in Österreich“, 2020.

- Statista. „Global Internet Penetration Rate by Region 2024“. Zugegriffen 4. November 2024.
<https://www.statista.com/statistics/269329/penetration-rate-of-the-internet-by-region/>.
- Statista. „Sonntagsfrage Nationalratswahl Österreich 2024“. Zugegriffen 4. November 2024.
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288503/umfrage/sonntagsfrage-zur-nationalratswahl-in-oesterreich-nach-einzelnen-instituten/>.
- Svolik, Milan W. *The Politics of Authoritarian Rule*. Cambridge Studies in Comparative Politics. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
<https://doi.org/10.1017/CBO9781139176040>.
- Tarrow, Sidney. *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*. 2. Aufl. Cambridge University Press, 1998. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511813245>.
- Tolbert, Caroline J., und Karen Mossberger. „The Effects of E-Government on Trust and Confidence in Government“. *Public Administration Review* 66, Nr. 3 (2006): 354–69.
<https://doi.org/10.1111/j.1540-6210.2006.00594.x>.
- Treisman, Daniel. „The Causes of Corruption: A Cross-National Study“. *Journal of Public Economics* 76, Nr. 3 (2000): 399–457. [https://doi.org/10.1016/S0047-2727\(99\)00092-4](https://doi.org/10.1016/S0047-2727(99)00092-4).
- Tufekci, Zeynep. *Twitter and Tear Gas: The Power and Fragility of Networked Protest* /. New Haven : Yale University Press, 2017.
<http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=1510181>.
- Verba, Sidney, und Norman Nie. *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York, NY [u.a.]: Harper & Row, 1972.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. *Voice and equality: civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1995.
- „Volksbegehren“. Zugegriffen 4. Oktober 2023. https://www.bmi.gv.at/411/start.aspx#pk_01.
- Wagener, Andreas. „KI als Staatsprinzip: Leitlinien demokratischer Legitimation von AI Governance“. *SWS-Rundschau* 61. Jg. (31. Dezember 2021): 369–90.
- Weerakkody, Vishanth, Gurgit Dhillon, Yogesh Dwivedi, und Wendy Currie. „Realising Transformational Stage E-Government: Challenges, Issues and Complexities“. *AMCIS 2008 Proceedings*, 1. Januar 2008. <https://aisel.aisnet.org/amcis2008/181>.
- Zuiderwijk, Anneke, Marijn Janssen, und Chris Davis. „Innovation with open data: Essential elements of open data ecosystems“. *Information Polity* 19 (12. Juni 2014): 17–33.
<https://doi.org/10.3233/IP-140329>.

7 Appendix

Fragebogen

Vielen Dank dass Sie sich etwas Zeit für meine Masterarbeit nehmen, die Ergebnisse werden strikt anonym behandelt. Bei Interesse bitte melden Sie sich unter julian.sarwat@gmail.com

Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen (z. B. Nationalwahlen, Landtagswahlen, Gemeindewahlen)?

- ☐ Ja
☐ Nein

Was motiviert Sie generell zur politischen Partizipation?

Sind Sie Mitglied in einer politischen Partei oder politischen Organisation?

- ☐ Ja
☐ Nein

Welcher dieser Parteien fühlen Sie sich zugehörig?

- ☐ SPÖ
☐ ÖVP
☐ FPÖ
☐ NEOS
☐ Grüne
☐ KPÖ
☐ Bierpartei
☐ Keine

Haben Sie in den letzten 12 Monaten an politischen Versammlungen, Diskussionsgruppen oder Treffen teilgenommen?

- ☐ Ja
☐ Nein

Wenn Sie sich selbst auf einer politischen Skala einordnen müssten, wo wäre das?

Links

☐

Eher links

☐

Mitte

☐

Eher rechts

☐

Rechts

☐

Fühlen Sie sich durch politische Aktivitäten näher an andere Gleichgesinnte gebunden?

☐ Ja

☐ Nein

Fühlen Sie sich politisch einer bestimmten Gruppe oder Bewegung zugehörig?

☐ Ja

☐ Nein

Wie viele Male pro Tag lesen Sie politische Nachrichten auf Online-Nachrichtenportalen? (In Zahlen)

Wie alt sind Sie?

Welches Geschlecht haben Sie?

☐ Männlich

☐ Weiblich

☐ Divers

Was ist der höchste Bildungsabschluss, den Sie erreicht haben?

- ☐ Pflichtschule
- ☐ Hauptschule/Mittlere Reife
- ☐ Lehre/Fachausbildung
- ☐ Matura
- ☐ Diplom
- ☐ Bachelor
- ☐ Master oder höher
- ☐ Studium ohne Abschluss
- ☐ Sonstiges

Wie hoch ist Ihr durchschnittliches monatliches netto Haushaltseinkommen?

- ☐ €0 - €999
- ☐ € 1.000 - € 1.999
- ☐ € 2.000 - € 2.999
- ☐ € 3.000 - € 3.999
- ☐ € 4.000 - € 4.999
- ☐ € 5.000 - € 5.999
- ☐ € 6.000 oder mehr

Bitte geben Sie an, welche Ihrer Interessen Sie als besonders wichtig oder relevant für Sie empfinden. (Mehrfachauswahl möglich)

- ☐ Politik und Gesellschaft
- ☐ Umwelt und Nachhaltigkeit
- ☐ Technologie und Innovation
- ☐ Kunst und Kultur
- ☐ Gesundheit und Wellness
- ☐ Sport und Freizeit
- ☐ Bildung und Forschung
- ☐ Wirtschaft und Finanzen
- ☐ Familie und Beziehungen
- ☐ Unterhaltung und Medien

Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

	Vertraue sehr	Vertraue ziemlich	Vertraue wenig	Vertraue gar nicht
Bundespräsident	☐	☐	☐	☐
Parlament	☐	☐	☐	☐
Bundesregierung	☐	☐	☐	☐

Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

	Vertraue sehr	Vertraue ziemlich	Vertraue wenig	Vertraue gar nicht
Polizei	☐	☐	☐	☐
Medien	☐	☐	☐	☐
Justiz	☐	☐	☐	☐

Der Staat bevormundet uns immer mehr.

Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Weder noch	Stimme eher zu	Stimme zu
☐	☐	☐	☐	☐

Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.

Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Weder noch	Stimme eher zu	Stimme zu
☐	☐	☐	☐	☐

Im Österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.

Stimme nicht zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher zu	Stimme zu
☐	☐	☐	☐	☐

In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll.

Stimme zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
☐	☐	☐	☐	☐

Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse.

Stimme zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
☐	☐	☐	☐	☐

Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit?

Gar nicht gut

☐

Eher nicht gut

☐

Weder noch

☐

Eher gut

☐

Sehr gut

☐

Wie oft diskutieren Sie mit anderen Menschen über politische Angelegenheiten?

Sehr selten

☐

Eher selten

☐

Weder noch

☐

Eher häufig

☐

Sehr häufig

☐

Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Petition unterschrieben, für ein politisches Anliegen geworben oder direkten Kontakt zu einer Politikerin gehabt?

Sehr selten

☐

Eher selten

☐

Weder noch

☐

Eher oft

☐

Sehr oft

☐

Wie wichtig ist es Ihnen, politischen Einfluss zu haben?

Nicht wichtig

☐

Eher nicht wichtig

☐

Weder noch

☐

Eher wichtig

☐

Sehr wichtig

☐

Wie oft nehmen Sie an politischen Aktivitäten teil, um Veränderungen herbeizuführen?

Sehr selten

☐

Eher selten

☐

Weder noch

☐

Eher häufig

☐

Sehr häufig

☐

Ich empfinde Freude an der Teilnahme an politischen Diskussionen mit anderen Menschen?

Stimme nicht zu

☐

Stimme eher nicht zu

☐

Weder noch

☐

Stimme eher zu

☐

Stimme zu

☐

Wie oft nehmen Sie an politischen Treffen oder Versammlungen teil, um soziale Kontakte zu pflegen?

Sehr selten

☐

Eher selten

☐

Weder noch

☐

Eher häufig

☐

Sehr häufig

☐

Wie wichtig ist es für Sie, sich mit einer politischen Gemeinschaft zu identifizieren?

Sehr unwichtig

☐

Eher unwichtig

☐

Weder noch

☐

Eher wichtig

☐

Sehr wichtig

☐

Wie leicht fällt es Ihnen, verlässliche politische Informationen zu aktuellen Themen zu erhalten?

Gar nicht leicht

☐

Eher nicht leicht

☐

Weder noch

☐

Eher leicht

☐

Sehr leicht

☐

Wie vertrauenswürdig und neutral empfinden Sie die politischen Informationen, die Sie erhalten?

Gar nicht vertrauensw...

☐

Eher nicht vertrauens...

☐

Weder noch

☐

Eher vertrauenswürdig...

☐

Sehr vertrauenswürdig...

☐

Nehmen Sie aktiv an politischen Diskussionen in sozialen Medien oder Online-Foren teil?

Gar nicht häufig

☐

Eher nicht häufig

☐

Weder noch

☐

Eher häufig

☐

Sehr häufig

☐

Wie wichtig sind soziale Medien, um sich über politische Themen zu informieren?

Nicht wichtig

☐

Eher nicht wichtig

☐

Weder noch

☐

Eher wichtig

☐

Sehr wichtig

☐

Wenn sie über die Ergebnisse der Studie informiert werden möchten, tragen Sie Ihre E-Mail hier ein.

Email

(e.g. john@example.com)

Vielen herzlichen Dank, dass Sie etwas Ihrer kostbaren Zeit gegeben haben, um einen Anteil zur Erforschung der Demokratie zu leisten.